PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 - Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – . Die Zeitung wurde am Dienstag, 9. März 1976, fertiggstellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

11. März 1976 Jg. 4 Nr. 10 50 Pfennig

Tarifauseinandersetzungen:

Die Streiks und Demonstrationen bringen die Bewegung nach vorn

Die Härte der gegenwärtigen Lohnauseinandersetzung schlägt sich in ihrer Langwierigkeit nieder. Die Kapitalisten und die Regierung bleiben bei ihren Scheinangeboten um die vier Prozent. Daß sie überhaupt mit Angeboten herausgekommen sind, ist die erste Wirkung der Streiks in der Metallindustrie. Die Langwierigkeit der Tarifauseinandersetzungen, die sich jetzt in der Metallindustrie bereits über zwei Monate hinziehen und den Arbeitern nichts gebracht haben, ist auch Ausdruck der sozialdemokratischen Führung der Tarifauseinandersetzung. Diese Klassenversöhnler finden keinen Ausweg aus der Auseinandersetzung, und den einzigen Ausweg, den geschlossenen Streikkampf, wollen sie nicht einschlagen. So zeigt die diesjährige Tarifauseinandersetzung bisher: die Unversöhnlichkeit der Interessen der Arbeiter und Angestellten auf der einen Seite und der Kapitalisten und der Regierung auf der anderen Seite sowie die vollständige Unfähigkeit der Sozialdemokraten, die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften in diesem unversöhnlichen Kampf zu führen.

Die Selbständigkeit wächst

Sie zeigt aber auch, in welcher Richtung für die Arbeiterbewegung allein ein Fortschritt liegen kann: in der selbständigen Aufnahme des Kampfes gegen den Feind und im Bruch mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik. Schritte in diese Richtung werden bereits gemacht. Ein Teil der Sozialdemokraten tut alles, um diese Aktionen zu verhindern. Ein anderer Teil beteiligt sich an ihnen und trägt sie mit. Diese Differenzierung der Sozialdemokratie, dieses toten Gewichts auf der Arbeiterbewegung, ist gut. Sie schafft Bewegungsraum. Man kann ihn nur nutzen, wenn alle sozialdemokratischen Ideen von Versöhnung und Reform des Kapitalismus bekämpft werden.

Viele der Warnstreiks in der Metallindustrie enthalten Elemente der Selbständigkeit. Im öffentlichen Dienst werden zahlreiche kleine Aktionen durchgeführt. Sie reichen vom Aufhängen einer Wandzeitung bis zu Veranstaltungen und Demonstrationen. Am heutigen Dienstag haben Tausende Metaller in Hessen und in München Warnstreiks durchgeführt. Elemente von Selbständigkeit sind: Es wird länger gestreikt als geplant, oder es wird gestreikt, wo es nicht geplant war. Während der Streiks wird über weitere Kampfschritte gesprochen. Die Postler in Frankfurt und in Kiel haben heute Demonstrationen gemacht. In Frankfurt sind 500 Postler durch die Stadt zum Gewerkschaftshaus gezogen. Es wurden Resolutionen gegen das Angebot der Regierung und für die 135 DM gefaßt. Das Regierungsangebot von knapp 4 % wurde als beleidigend verurteilt. Eine gemeinsame Kundgebung mit ÖTV und Eisenbahnern am 15. März wurde beschlossen. Für diesen Tag sind die nächsten Verhandlungen vorgesehen. Zur Vorbereitung von Kampfmaßnahmen wurden ausgehend von den Erfahrungen aus dem Streik von 1974 Aktionsgruppen gebildet. Vor zwei Jahren hatten die Aktionen der Postler und gerade der Frankfurter Postler eine befreiende Wirkung auf die Einleitung der Kampfaktionen ausgeübt. Um so größere Aufmerksamkeit finden daher ihre jetzigen Aktionen bei allenb Arbeitern und Angestellten.

Kapitalisten und Regierung gehen auf Zeitgewinn

Kapitalisten und Regierung tun so, als ob sie unendlich viel Zeit hätten. Auf der einen Seite bedeutet jeder Tag ohne Abschluß einen gewaltigen Kredit der Arbeiter an diese raffgierigen Gauner. Kapitalisten und Regierung hoffen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften dennoch am Zügel halten und daß sich so die Langwierigkeit der Tarifauseinandersetzung auf die Kampffähigkeit der Arbeiter und Angestellten schlecht auswirkt.

Auf der anderen Seite aber kann die Langwierigkeit der Tarifauseinandersetzung auch dazu führen, daß sich die Arbeiter und Angestellten weitere Klarheit über ihren Feind verschaffen und über die Gemeinsamkeit ihrer Interessen im Kampf gegen diesen Feind. Die Unverschämtheit und Hartnäckigkeit der Kapitalisten zwingt dazu. Das ganze Jahr über Verschärfung der Arbeitshetze, Lohndrückerei, Drohung mit Entlassung und Entlassungen ... leicht kann das Auftreten der Kapitalisten und der Regierung, die sich wunder wie stark fühlen, dazu führen, daß ihnen jetzt auf breiter Front die richtige Antwort erteilt wird. Diesen rücksichtslosen Schweißauspressern und Unterdrückern gegenüber muß man zeigen, wer in dieser Gesellschaft den materiellen Reichtum produziert, muß man zeigen, daß die Gesellschaft nicht von der aneignenden und schmarotzenden Klasse lebt, sondern von der produzierenden Klasse, die im Kapitalismus ausgebeutet und unterdrückt wird und sich mit Gewalt ihrer Haut wehren muß. Dieser Gedanke breitet sich aus.

Fortsetzung Seite 2

Frankreich: Generalstreik im öffentlichen Dienst

Eine Million Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes haben sich in Frankreich an einem 24-stündigen Generalstreik des öffentlichen Dienstes beteiligt. Vor allem der Streik der Eisenbahner hatte eine große Wirkung. In verschiedenen Städten wurden von den Arbeitern und Angestellten Demonstrationen durchgeführt. In Paris beteiligten sich daran mehrere Zehntausend. Der Streik richtete sich gegen das Lohnangebot der Regierung. Die Regierung bietet einen vorgeblichen „Teuerungsausgleich" und zwei Prozent Lohnerhöhung. Die Gewerkschaften weisen dieses Angebot der Regierung zurück. Der „Teuerungsausgleich" beruht auf falschen und gefälschten Berechnungen, die vor allem die niederen Lohngruppen benachteiligen. Ebenfalls am Dienstag streikten in Italien die Beschäftigten der Post und die Journalisten.



Das Volk von Zimbabwe wird sein Land befreien (Seite 13).

Landtagswahlen Baden-Württemberg: Hochsaison für Volksbetrug?

Der Wahlkampf in Baden-Württemberg verläuft für die Filbinger und Eppler nicht wunschgemäß. Geht es nach den bürgerlichen Politikern, dann sollen die Massen bei den Parlamentswahlen zusammen mit dem Stimmzettel auch ihren selbständigen Willen in die Urne werfen. Den Wahlkampf mit all seinen Lügen und Phrasen wollen die bürgerlichen Politiker nutzen, um den selbständigen Willen und das Klassenbewußtsein zu zerstören. In Baden-Württemberg sind sie zu diesem Zweck am Wochenende in die „heiße Phase" des Wahlkampfes eingestiegen.

Dabei haben sie an verschiedenen Orten eine kalte Dusche bekommen. Sie sind als das behandelt worden, was sie sind, als Feinde des Volkes. Sprechchöre haben sie empfangen und die Pfiffe hielten dem Schlußbeifall die Waage. Nicht von einer Woge von Vertrauen wurden die bürgerlichen Politiker getragen, sondern mit Knüppeln müssen sie sich den Weg ebnen lassen. Die bürgerliche Presse tobt. „Blutige Schlacht um Kohl" meldet die Bild-Zeitung aus Freiburg. „Die Welt" ergänzt: „Erst vor sechs Wochen hatte ein Mann in Freiburg einen Leibwächter Kohls mit einem Rehbockgehörn niedergestochen." Daß es sich bei diesem Mann um ein CDU-Mitglied gehandelt hatte, das mit seinem Rehbockgehörn den „Extremisten" ans Leder wollte und dabei einen Sicherheitsbeauftragten Kohls unters Gehörn bekam, soll man inzwischen wieder vergessen haben.

Ein bißchen mehr Wahrheit läßt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" heraus: „Filbinger, der dann (d.h. nach einer ersten Serie von Polizeischlägereien zwecks Herstellung von Ruhe und Ordnung, Red.) das Wort nimmt, hat während seiner ganzen Rede eine linksradikale Gegenkundgebung im eigenen Saal." Gerade dazu hat der KBW aufgerufen, den Kundgebungen der bürgerlichen Politiker gegenüber kundzutun, was die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes sind und daß sie auch gegenüber hochdotierten Ministerpräsidenten und mit Knüppeln bewaffneten Polizeikohorten aufrechterhalten werden. Der Bourgeoisie paßt das natürlich nicht. Es bleibt ihr die Polizeigewalt. Von ihr hat sie in Freiburg einmal mehr Gebrauch gemacht. Rund zweihundert Leute hat die Polizei aus dem Saal prügeln können. Wie die Hasen sollten sie über den Platz vor der Stadthalle getrieben werden. Das haben sie sich nicht gefallen lassen und sich die Polizei schließlich mit Steinen vom Hals gehalten. Jetzt kreischen die bürgerlichen Zeitungen, die Kommunisten benutzten Steine als Argumente. Ja sollen sich die Kommunisten vielleicht mit Marx-Zitaten gegen die Knüppel der Polizei wehren? Da hätten sie sich bald isoliert. Die christlichen Politiker sähen es gern, daß ihre Polizei wüten kann und daß ihre Gegner noch die andere Wange hinhalten. Weil das nicht so ist, verführt die Presse ein großes Geschrei. Der eigentliche Grund des Geschreis ist: Das Volk läßt sich immer weniger betrügen. Die Kommunisten unterstützen das nach Kräften.

(Siehe letzte Seite)

Rundreise mit der FPOLISARIO

Auf Einladung des Zentralen Komitees des KBW findet in der Zeit vom 22. bis 26.3.1976 in der BRD eine Rundreise mit einem Vertreter der FPOLISARIO mit Veranstaltungen in Freiburg, Frankfurt, Aachen, Braunschweig und Westberlin statt. Die Rundreise soll der Information über den gerechten Kampf des Volkes von West-Sahara für nationale und soziale Befreiung dienen und der Unterstützung dieses Kampfes.

Generalstreik in den Baskenprovinzen

Massenstreiks und Demonstrationen in Spanien

Die Massenstreikbewegung gegen das faschistische Nachfolgeregime in Spanien breitet sich mit jedem Tag weiter aus. Am Montag folgte praktisch die gesamte Arbeiterklasse in den baskischen Provinzen dem Generalstreik. Den faschistischen Polizeitruppen gelang es nicht, die Demonstrationen zu verhindern, obwohl sie mit großer Brutalität vorgingen. Ein weiterer Arbeiter wurde erschossen. Am Dienstag wieder gewaltige Demonstrationen und Fortführung der Streiks, die zum Teil schon seit Wochen andauern.

Die westdeutsche Bourgeoisie jammert in ihrer „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" am nächsten Tag, „daß nun eine Beschleunigung der Vorgänge eintritt, die, wenn sie anhält, zu nichts Gutem führen wird". Von ihrem Standpunkt aus sind solche Befürchtungen berechtigt. Für die spanische Arbeiterklasse, das spanische Volk und alle Völker sind sie eine ausgezeichnete Nachricht.

In Vitoria, einer baskischen Industriestadt von knapp 200 000 Einwohnern, gibt es seit Wochen eine Streikbewegung, die ständig an Stärke und Kampfbereitschaft gewann. Am Mittwoch, den 3. März, sollten die verschiedenen Aktionen zusammengefaßt werden in einem örtlichen Kampftag, an dem alle Betriebe bestreikt werden sollten. Außerdem war eine Demonstration in der Stadt geplant. Vorbereitet wurden die Aktionen von Arbeiterversammlungen der einzelnen Betriebe auf der untersten Ebene und daraus hervorgehenden Arbeiterversammlungen auf der Stadtteilebene und in den Vororten. Diese Vorbereitung zeigt bereits die große Selbständigkeit, die die Arbeiter von Vitoria im Verlauf ihrer Streikaktionen gewonnen haben. Das ist ein politisches Element, das zunehmend in der gesamten Streikbewegung in Spanien zur Geltung kommt. Die politische Seite des Streiks von Vitoria zeigt sich noch klarer in den Forderungen: Wohl ging es um die Erhöhung des Lohns, der im Durchschnitt für die vorwiegend in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter dort nicht mehr als monatlich 575 DM beträgt. Aber zugleich mit der Lohnforderung stellten die Arbeiter die Bedingung an die Kapitalisten, zu denen in Vitoria die Zweigbetriebe zahlreicher internationaler Konzerne gehören – u.a. besteht dort auch ein gemeinsames Montagewerk von VW und Daimler-Benz –, die Verhandlungen nur mit von den Arbeitern selber gewählten Vertretern zu führen. Diese Forderung richtet sich gegen die seit 40 Jahren bestehende faschistische Ordnung für die Festlegung der Löhne, gegen die staatlichen Zwangssyndikate, in denen der Staat bestimmt, wie hoch der Lohn ist.

Die Forderungen bedeuten einen Angriff auf das Regime

Die Forderung war also zugleich ein Angriff auf das Regime und zwang die Regierung selber zum Eingreifen. Die Kapitalisten und die Regierung lehnten die Bedingung der Arbeiter ab. Sie machten Front gegen die Arbeiter und erlassen – besonders bei Forjas Alavesas, dessen Belegschaft offenbar führend war im Kampf – jene, die sie für Rädelsführer hielten. Aber so wie bei allen Streiks in Spanien zeigte sich auch hier, daß diese Maßnahme die noch entschlossenere Gegenwehr der Arbeiter zur Folge hatte. Die Streikfront verbreiterte sich ganz gewaltig, die Arbeiter in verschiedenen Betrieben gingen zur Besetzung über. Mehrfach wurde versucht, die Aktionen zusammenzufassen. Dabei erhielten die Arbeiterversammlungen ein immer stärkeres Gewicht. Als Lenker der Streikaktionen standen sie unter ständiger Verfolgung durch die Polizei, vor der sie nur noch in den verschiedenen Kirchen der Stadt und der umliegenden Vororte einigermaßen sicher waren.

Fortsetzung Seite 3

(Siehe auch Seite 14)

Tarifauseinandersetzung Fortsetzung

Die Drohung von Lohnraubabschlüssen bleibt

Das müssen die Kapitalisten und die Regierung fürchten, und sie fürchten es auch. Deshalb versuchen sie, mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern hintenrum und auf Kosten der Gewerkschafter und aller Arbeiter und Angestellten doch ins Reine zu kommen. Schon hört man aus der „Süddeutschen Zeitung", daß im Tarifverband Nord der IG Metall „die Verhandlungen nicht ohne Aussicht auf Erfolg sind". Das hört man, ohne daß man von irgendeinem neuen Angebot etwas gehört hätte. Und bei der Preussag-Metall hat die Tarifkommission Niedersachsen schon abgeschlossen mit 5,4 %.

Die Lage in den Tarifauseinandersetzungen mit den Kapitalisten und der Regierung ist günstig, denn große Arbeitermassen sind bereits aktiv an ihnen beteiligt und sind sich der Unvermeidlichkeit des Kampfes bewußt. Ungünstig wird die Lage, wenn die Arbeiter und Angestellten sich auf die Versöhnler verlassen, die bereits die Unterwerfung vorbereiten.

Die Postler in Frankfurt haben bei ihrer heutigen Demonstration und Versammlung gefordert, daß über jeden Abschluß unter 135 DM und über jede anders zusammengesetzte Forderung eine Urabstimmung stattfinden müßte. Sie haben die Konsequenzen aus ihren eigenen Kampferfahrungen gezogen und aus ihren Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. In den Streiks 1974 ging die Losung um: Die Postler in Frankfurt machen es richtig! Heute kann man diese Losung erneut verbreiten: Nur selbständige Aktionen und nur das Vertrauen in die eigene Kraft werden einen Erfolg über die Kapitalisten und die Regierung ermöglichen.

nur das Vertrauen in die eigene Kraft werden einen Erfolg über die Kapitalisten und die Regierung ermöglichen.

Das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln ist die Fessel

3,4 Prozent weniger Güter und Dienstleistungen wurden 1975 in der BRD gegenüber 1974 produziert; um soviel ist das reale Bruttosozialprodukt gesunken. Allerdings ist das noch beschönigend. Denn der Wert der Dienstleistungen erhöht sich in dieser Berechnung auch, wenn der Staatsapparat um einige tausend Polizeibeamten erweitert wird. Die Industrieproduktion ist daher wesentlich mehr, um 7,5 Prozent und damit fast auf den Stand von 1971 gesunken. Im Maschinenbau und in der Bauindustrie wurde weniger als 1969 produziert.

Landauf, landab verkünden die Hetzredner der Bourgeoisie, bei den Lohnabschlüssen müsse Rücksicht genommen werden auf „ausreichende Investitionen".

Richtig ist, daß die Neuinvestitionen auf 56 Milliarden DM gesunken sind, real ist das weniger als halb so viel wie vier Jahre zuvor und auch erheblich weniger als vor 15 Jahren. Gesunken ist auch die „Kapitalrendite" von 1965 bis 1975 von 9,5 Prozent auf 5 Prozent.

Falsch aber ist die Behauptung, es fehle an Investitionen. Im Gegenteil: Im Juli stand jede vierte Maschine ungenutzt, jetzt im Januar jede fünfte, in der Bauindustrie sogar die Hälfte. Die Zahl der Pleiten erreichte mit 9. 195 den höchsten Jahresstand der Nachkriegszeit; Forderungen von 6,4 Milliarden DM wurden dabei geltend gemacht und also entsprechend Werte und Produktionsmittel vernichtet. Für zig Milliarden DM Luxuswohnungen stehen leer; dadurch, daß Millionen Arbeiter an der Arbeit gehindert werden, gehen hunderte Milliarden DM verloren. Wie kann man da behaupten, die Investitionen seien zu gering!

daß Millionen Arbeiter an der Arbeit gehindert werden, gehen hunderte Milliarden DM verloren. Wie kann

Falsch ist auch die Behauptung, es sei kein Geld da für Investitionen. Tatsache ist, daß die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" von 1970 bis 1975 von 176 Milliarden DM auf 225 Milliarden DM gestiegen sind. Doch immer weniger davon haben die Kapitalisten wieder in ihren Betrieb investiert; 1970 noch ein Viertel, 1974 nur noch ein Zehntel. 1975 haben die Kapitalisten 1,5 Milliarden DM mehr Gewinne entnommen als die Profite nach Steuerabzug ausmachen. Das heißt, sie haben nicht bloß ihren Profit vollständig für ihren persönlichen Gebrauch verwendet, sondern auch noch einen Teil des in den Vorjahren von den Arbeitern produzierten Kapitals. Die Gewinnentnahmen nach Steuerabzug einschließlich Dividende, Mietzins und Zinseinnahmen sind von 1970 bis 1974 von etwa 103 Milliarden DM um 41 Prozent auf 146 Milliarden DM und bis 1975 um etwa 52 Prozent auf 156 Milliarden DM gestiegen. (Dabei sind die Bauern gegenüber den vorigen Angaben abgezogen, da der Großteil von ihnen selbst nur gerade sein Essen verdient.) So hat jeder Kapitalist im Durchschnitt letztes Jahr rund 78 000 DM verfressen oder an der Börse verspekuliert – den fünften Teil davon, 16 000 DM, hatten alle Arbeiter und Angestellten im Durchschnitt, um ihre Arbeitskraft zu erhalten, soweit sie überhaupt Arbeit hatten.

So wenig der Verkauf von Luxusgütern und erlesenen Delikatessen eine Krise hatte, so erlebt die Börse und der Kapitalexport Rekordzeiten. Allein festverzinsliche Wertpapiere wurden für fast 50 Milliarden DM neu verkauft, für 22 Milliarden DM wurde Kapital exportiert.

eine Krise hatte, so erlebt die Börse und der Kapitalexport Rekordzeiten. Allein festverzinsliche Wertpapiere

Es gibt keinen sachlichen Grund für einen Stillstand oder Rückgang der Produktion. Produktivkräfte sind reichlich vorhanden, und auch eine reichliche Masse gesellschaftlichen Überschusses wurde produziert. Als Schranke erweist sich bloß das Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln. Die Produktivkräfte werden gefesselt und vernichtet, weil den Kapitalisten der Ertrag auf ihr eingesetztes Kapital zu gering ist, nicht etwa, weil es stofflich nicht möglich wäre. Weshalb sollten die Arbeiter, die die entscheidende Kraft der Produktion sind, aber jetzt millionenweise auf die Straße geworfen werden, nicht die stillstehenden Maschinen in Gang setzen und die Produktion entwickeln können, wenn sie bloß über die Produktionsmittel verfügen – und wo sie doch auch die mehr produzierten Güter sicher brauchen könnten?

So aber mußten sie das um 7,5 Prozent geringere Industrieprodukt in 11,1 Prozent weniger geleisteten Arbeiterstunden herstellen und haben für die größere Arbeitshetze eine Nettolohn- und Gehaltssumme erhalten, die (Preiserhöhung abgezogen) um 3 Prozent gesunken ist. Das Frankfurter Sozialamt hat jetzt gemeldet, daß in der Stadt die Zahl der „Nichtseßhaften", die ohne Arbeit und Wohnung sind, mit 6 203 einen Höchststand erreicht hat. Das ist ein Einwohner auf hundert. Das sind Gesetzmäßigkeiten im Kapitalismus. – (fb) (Quellen: Wirtschaft und Statistik, Mitteilungen des Bundeswirtschaftsministeriums, Handelsblatt 4.3. und 5.3.)

(fb) (Quellen: Wirtschaft und Statistik, Mitteilungen des Bundeswirtschaftsministeriums, Handelsblatt 4.3. und 5.3.)

Erdgasumstellung abgeschlossen – Millionenwerte werden verschrottet

In Kiel wurde jetzt ein vor zehn Jahren fertiggestelltes hochmodernes Gaswerk stillgelegt. Die Stadt Kiel wird fortan mit Erdgas vesorgt. In den vergangenen fünf Jahren wurden für die Umstellung auf Erdgas 30 Millionen DM ausgegeben, wobei die Umstellung ganze fünf Jahre nach der Fertigstellung der jetzt zur Verschrottung anstehenden teuren Spaltgasanlage begonnen wurde. Die Stadt Kiel hat erst kürzlich Tarife für Strom, Gas und Wasser erhöht; neue Erhöhungen stehen an. Die Kapitalisten und ihr Staat sind nicht in der Lage, die Produktion zu lenken. Ständige Vernichtung von Milliardenwerten, das ist unter anderem der Preis, den das Volk für die Herrschaft der Kapitalisten zahlen muß. – (Nach: Kieler Express, 4.3.76)

Totale Erfassung wird vorbereitet

Dem Bundestag liegt der Entwurf eines Datenschutzgesetzes zur Beratung vor. Vorgeblicher Zweck: Der Mißbrauch und die Weitergabe persönlicher Daten sollen ausgeschlossen werden. Versprochen wird, daß sowohl der Handel mit persönlichen Daten als auch politischer Mißbrauch verhindert werden. – Gleichzeitig mit dem Datenschutzgesetz wird der Entwurf eines Bundesmeldegesetzes beraten. Wichtigste Neuerung: die Einführung einer aus zwölf Ziffern bestehenden Personenkennzahl für alle Bürger, wodurch die totale Efassung und Ausnutzung aller vorhandenen Datensammlungen überhaupt erst möglich wird. – (nach Süddeutsche Zeitung, 6.3.76)

USA schlagen Abkommen zur Verdeckung der Korruption vor

USA schlagen Abkommen zur Verdeckung der Korruption vor

Das US-Außenministerium hat ein weltweites Abkommen „gegen internationale Bestechungspraktiken" vorgeschlagen. Die amerikanische Regierung will Informationen über Bestechungsfälle an solche Regierungen geben, die sich bereit erklären, diese Informationen vertraulich zu behandeln bis zur offiziellen Anklageerhebung. Man kann sicher sein, daß es bei der Methode niemals zu einer Anklageerhebung kommen wird. Die US-Regierung hat ein Abkommen nicht zur Bekämpfung, sondern zur Verdeckung der Korruption vorgeschlagen. – (nach Süddeutsche Zeitung, 8.3.75)

Drei weitere Bankpleiten in den USA

Drei weitere amerikanische Banken haben Konkurs angemeldet während der ersten beiden Monate 1976. Gleichzeitig sind zahlreiche andere Banken in großen finanziellen Schwierigkeiten. Das Jahr 1975 war bereits bezüglich der Bankpleiten ein Rekordjahr: Insgesamt gingen 13 Banken in Konkurs, Höchststand seit 1942. „Wall Street Journal", die Zeitung des US-Finanzkapitals, schreibt: Das zeigt, wie schwer die Stöße sind, die die Banken infolge der wirtschaftlichen Rezession erhalten." Unter den drei Banken, die bereits in diesem Jahr in Konkurs gingen, befindet sich auch die „Hamilton National Bank", die eine der großen Banken des amerikanischen Finanzkapitals ist. Das sei der dritte Konkurs einer Großbank in der Geschichte der USA, wird berichtet. (Hsinhua, 3.3.76)

UdSSR: Dollaranleihen und „Arbeitsteilung mit den kapitalistischen Ländern"

Die sowjetische Zeitschrift „za roubejam" hat erklärt: „Unter den Bedingungen der Entspannung" hat die „Arbeitsteilung mit den kapitalistischen Ländern" der Sowjetunion erlaubt, „wirksamer die Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus zu lösen". Wie ein zweiter Artikel, publiziert in der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit" (38/75) zeigt, hat die UdSSR knapp 9 Milliarden US-Dollar (8,8 Mrd.) in den vergangenen Jahren bei Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Kanada bis September/Oktober 1975 geliehen. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS hat bereits im März 1975 erklärt, daß die UdSSR weiter für die Periode des 10. Fünfjahresplans Kredite in Höhe von 8 Milliarden und 700 Millionen US-Dollar aufnehmen wolle bei Frankreich, Großbritannien, Westdeutschland, Japan und Italien. (Hsinhua, 2.3.)

SPD: Kein zehntes Schuljahr mehr

Rohdes bildungspolitische Zwischenbilanz

Ein Schuljahr weniger für alle. Das ist die Quintessenz der „bildungspolitischen Zwischenbilanz" des Ministers Rohde. Eine „bildungspolitische Sensation" hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" dies genannt, und man kann es vorwegnehmen, die Sensation sieht sie darin, daß die SPD jetzt auch offiziell auf die letzten Bastionen ihrer bildungspolitischen Reformvorstellungen verzichtet.

Worum geht es bei diesem Schuljahr? Seit Jahren treten die Sozialdemokraten im Rahmen ihrer Gesamtschulpläne für ein zehntes Pflichtschuljahr an den Hauptschulen ein. Denn, so sagen sie: die Realschüler haben bis zum Abschluß zehn Schuljahre, die Oberschüler haben bis zur mittleren Reife zehn Schuljahre, und von wegen „Chancengleichheit" müßten auch die Hauptschüler zehn Schuljahre erhalten. Dieses Reformversprechen war einer der großkalibrigen Köder der SDP, denn, so sagte sie sich: das Recht auf Ausbildung liegt im argen für die Masse der Jugend. Verspricht man, daran etwas zu verbessern, das wird Eindruck schinden.

Weniger Gegenliebe fand das zehnte Pflichtschuljahr stets schon bei der CDU. Ja und Nein war hier die Rede. Denn einerseits wollte sie vor den Massen nicht als schlechter Vertreter des Rechts auf Ausbildung dastehen und andererseits war ihr stets in tiefster Seele klar, daß ein Jahr mehr allgemeine Schulpflicht ein Jahr weniger Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft durch die Kapitalisten bedeutet.

Wie man bei der Verabschiedung des Jugendarbeitsschutzgsetzes und am Berufsbildungsgesetzentwurf sehen kann, hat die Kapitalistenklasse dieses Ja und Nein mittlerweile entschieden. Um ihre Ausgangsposition für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu verbessern, besteht sie darauf, daß die jugendliche Arbeitskraft ihr so früh wie möglich zum Zwecke der Ausbeutung und Lohndrückerei gegenüber der ganzen Arbeiterklasse zur Verfügung gestellt wird. Das bedeutet den Angriff auf bestehende Schutzrechte der Jugendlichen in der Produktion und auf das Recht auf Ausbildung. Und auf diesen Kurs der hemmungslosen Zerstörung der schöpferischen und produktiven Fähigkeiten der Jugend hat die Bourgeoisie mittlerweile nun auch die SPD-Regierung ausgerichtet.

Ohne kleine Hakeleien in den bürgerlichen Reihen geht das aber nicht, und wie das bei solchen Hakeleien der Bourgeoisie ist, kommt dadurch auch oft etwas ans Licht der Öffentlichkeit, das anschaulich zeigt, welcher Mittel sich die Bourgeoisie bei der Durchsetzung ihrer Forderungen gegenüber dem Staat bedient.

In den Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag hat sich der SPD-Abgeordnete Glombig über die Hotel- und Gaststättenkapitalisten beklagt, die jetzt im Bundesrat versuchten, die Sonntagsruhe für Jugendliche im Gaststättengewerbe aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz zu streichen. Folgendermaßen trug er seine Beschwerde vor:

„Dabei – während der Beratung des Gesetzes – wurde die Schichtzeit um eine Stunde verlängert und als Kompensation die Ausnahme vom Gebot der Sonntagsruhe gestrichen. Wenn die Regierungsvorlage nach den Wünschen des Bundesrates jetzt wiederhergestellt werden soll, d.h. die Sonntagsarbeit also wieder möglich sein soll, muß gleichzeitig wieder die Schichtzeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt werden. Nur dann wird man von einem ausgewogenen Kompromiß sprechen können." Nicht nur, daß von den Interessen der Jugendlichen nicht die Rede ist, fällt an dieser „Beschwerde" auf, sondern daß dieser „Kompromiß" in nichts anderem besteht, als daß die Sozialdemokraten gegenüber den Kapitalisten geltend gemacht haben, einige Bestimmungen im Jugendarbeitsschutzgesetz müsse man so machen, daß wenigstens der Anschein der Reform erhalten bliebe. Und offensichtlich ist, daß die Kapitalisten dies gegenwärtig nicht für notwendig halten – und die Sozialdemokraten müssen nun auch auf den Anschein verzichten.

Was den bildungspolitischen Zwischenbericht betrifft, da ist freilich der Anschein der Reform drauß, das ist die offene Bankrotterklärung der Reform der Bildungspolitik, und eben dies empfindet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" als „Sensation". Das zehnte Pflichtschuljahr soll fallengelassen werden und gleichzeitig um ein Jahr „eine Verkürzung der Mittelstufen der Realschulen und besonders des Gymnasiums" vorgenommen werden, so daß, wo schon den Hauptschülern kein Jahr gegegeben, so doch den Real- und Oberschülern ein Jahr genommen wird.

Diese Maßnahme sei notwendig, erklärte der Minister, weil anderweitig der kommende „Schülerberg" nicht zu bewältigen sei. Das sei „wirtschaftlicher Realismus" erklärte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Aber worin besteht denn der nicht zu bewältigende Schülerberg? Doch in nichts anderem, als daß die Kapitalisten das Recht der Jugend auf Ausbildung selbst in der bestehenden kümmerlichen Form für ein Hindernis halten, um ungehemmt an die Arbeitskraft der Jugendlichen heranzukommen. Da muß ihr Staat, der die Ausbildung der Jugend organisiert, dann das Recht auf Bildung einschränken und erklären, es handele sich um einen „unbewältigbaren Schülerberg".

Nicht anders denken sich Kapitalisten und Staat die Bewältigung dieses „Schülerberges", als daß die Jugendlichen auf die Straße gesetzt werden, um dort auf Gedeih und Verderb den Kapitalisten ausgeliefert zu sein. In einer Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit wird für 1981 mit insgesamt 959000 Schulabgängern gerechnet, denen 400000 Lehrstellen und 274000 Ausbildungsplätze an Hochschulen und weiterführenden Schulen gegenüberstehen. Per Saldo bleiben so 285000 Jugendliche, denen jede weitere Ausbildung vorenthalten wird, eine Reserve billigster Arbeitskräfte für die Kapitalisten.

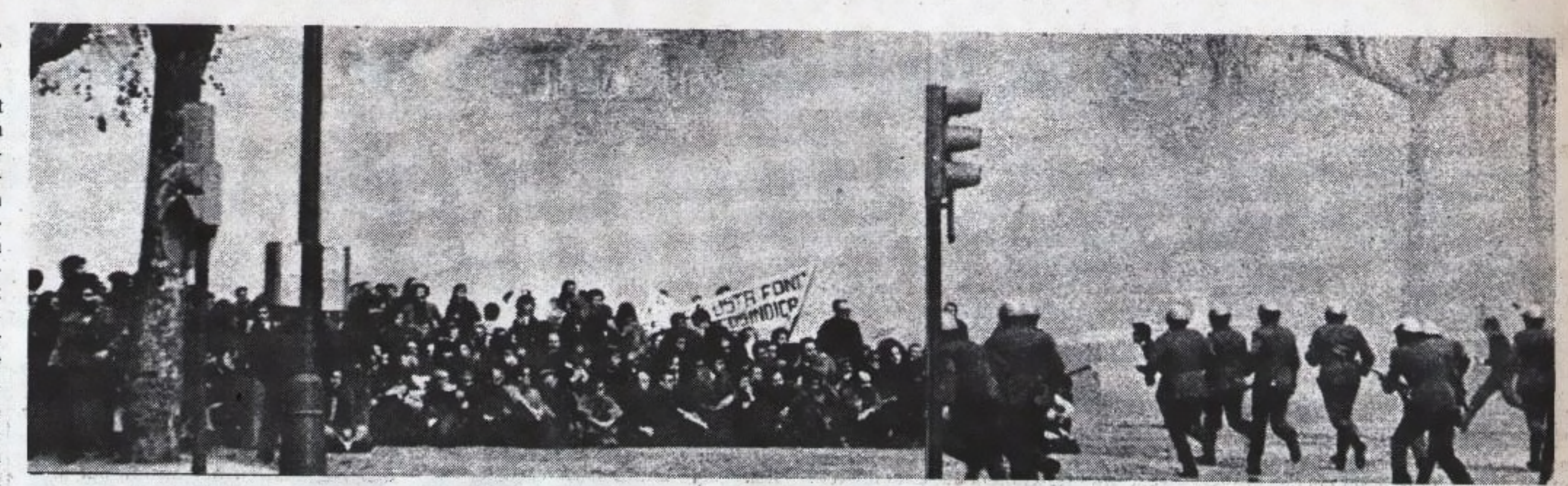
Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die ja das vollkommenste Sprachrohr der Bourgeoisie ist, sieht den i-Punkt der Sensation aber nicht im „wirtschaftlichen Realismus" dieses Vorschlages. Nein, „der pädagogische Realismus, der überrascht". Denn die Sozialdemokraten haben diesen Abgesang ihres Reformplanes bezüglich des zehnten Schuljahres auch gleich noch wissenschaftlich untermauert. Der „pädagogische Realismus" bezieht sich darauf, daß Rohde den Verzicht auf das zehnte Pflichtschuljahr, die Kürzung der Mittelstufe in Real- und Oberschule mit der „Problematik einer allgemeinen Schulzeitverlängerung" begründet hat oder kurz mit der „Schulmüdigkeit".

Er will so die weitere Einschränkung des Rechts auf Bildung damit begründen, daß die Jugend von diesem Recht gar keinen Gebrauch mache, und bewiesen hat er dies mit Zahlen: daß viele Jugendliche gar nicht scharf auf einen Hauptschulabschluß seien, sondern darauf, so schnell wie möglich die Hauptschule zu verlassen.

Damit, so meint er, sei bewiesen, daß die Einschränkung des Rechts auf Bildung von der Jugend selbst verursacht worden sei. Es kommt diesem ministeriellen Hohlkopf offensichtlich gar nicht in den Sinn, welche vernichtende Kritik dieses staatlichen Schulwesens er damit selbst von sich gibt: Denn was beweisen diese Zahlen anderes, als daß es an diesen Schulen öde, langweilig und wie in einer Kaserne zugeht? Da macht sich freilich „Schulmüdigkeit" breit an Schulen, in denen man sich keine Kenntnisse der wirklichen Verhältnisse in Produktion und Gesellschaft aneignen kann. Und worin anders hat dies seinen Grund als darin, daß dieser Staat die Lehrinhalte festsetzt, Lehrinhalte, deren A und O die Heiligsprechung und Heilighaltung der kapitalistischen Eigentumsordnung sind?

Rohdes Verzicht auf das zehnte Pflichtschuljahr ändert für die Masse der Hauptschüler nichts, schreibt nur den bestehenden Zustand fest, daß sie nach neun Hauptschuljahren sich den Kapitalisten ausliefern müssen. Für die Real- und Oberschüler bedeutet ein Jahr weniger Unterricht, daß sich der Druck und die Konkurrenz unter ihnen verschärfen soll, womit sie der bürgerliche Staat sich gefügig machen will. Unübersehbar wird aber mit diesem Vorschlag Rohdes, daß die Jugend beim Kampf um das Recht auf Ausbildung auch die sozialdemokratischen Politiker offen als Gegner sich gegenüberstehen hat. Das ist keine „Sensation", trägt aber zur Klärung der Fronten bei.

Das Recht auf Ausbildung, das die Jugend braucht, um sich Kenntnisse über die Verhältnisse in Produktion und Gesellschaft anzueignen, kann nur erkämpft werden, wenn man sich unter einer klaren Forderung für dieses Ziel gegenüber dem bürgerlichen Staat zusammenschließt. Die Kommunisten halten die Forderung nach der polytechnischen Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr unter Kontrolle des Volkes als dafür geeignet. In verschiedenen Kämpfen gegen das staatliche Schulwesen und gegen die Berufsausbildung in den Händen der Kapitalisten wurde diese Forderung auch bereits erhoben. Festgehalten wird in dieser Forderung daran, daß das Recht auf Ausbildung für die Massen nur einen Zweck hat in einem Volksbildungswesen, über das sie und nicht der Staat der Kapitalisten bestimmen. Denn worin sollte sich das Recht der Volksmassen auf umfassende Ausbildung ihrer Jugend anders Geltung verschaffen als in einem Volksbildungswesen, das von den Volksmassen alleine kontrolliert wird? – (e.r.)



Fortsetzung

Massenstreiks und Demonstrationen in Spanien

Tränengas und Einsatz automatischer Waffen

In der vergangenen Woche nun hat die Polizei, die aus den umliegenden Provinzen nach Vitoria zusammengezogen war, diese Zurückhaltung gegenüber den Kirchen aufgegeben. Am Mittwoch, dem festgelegten Aktionstag, hat sie zunächst die sich bildenden Demonstrationen immer wieder aufzulösen versucht. Als ihr das aber nicht mehr gelang, hat sie einen Demonstrationszug von rund 3 000 Menschen vor sich her getrieben und mit äußerster Brutalität angegriffen. Die Berichterstatter der bürgerlichen Zeitungen schreiben, daß die Brutalität des Polizeieinsatzes alles bisher Dagewesene in den Schatten stelle und an die Zeiten des größten Terrors unter der Franco-Herrschaft wieder anknüpfe. Die Demonstranten flüchteten sich in eine Kirche, in der sich bereits 3 000 Arbeiter zu einer Aktionsbesprechung zusammengefunden hatten. Die Polizei ließ den Rückzug in die Kirche zu, in der sich nun über 6 000 Personen befanden. Die Kirche sei vollständig überfüllt gewesen, heißt es. Das folgende berichtet der englische Korrespondent der „Times“: „Als die Türen der Kirche des Heiligen Franziskus aufgebrochen waren, feuerte die Polizei eine Tränengassalve nach der anderen in die Menge.“ Andere Zeitungen berichten, Tränengas sei auch durch Luftschächte in die Kirche geworfen worden. Der englische Korrespondent schreibt weiter: „Als die Menge dann, blind und nach Luft ringend, herausströmte, eröffnete die Polizei das Feuer auf sie mit automatischen Waffen.“ Nur vier Personen, drei Arbeiter und ein Student, seien dabei getötet worden. Inzwischen ist bekannt geworden, daß zwei weitere Personen an den Folgen ihrer Verletzungen gestorben sind. Mit weiteren Toten sei zu rechnen, schreibt der englische Korrespondent. Wie man inzwischen festgestellt hat, beträgt die Zahl der von Schüssen Verletzten über 120. Mit dem Feuerüberfall auf die Demonstranten in der Kirche aber hat sich die Soldateska nicht zufriedengegeben: Die Polizeischergen drangen in die Verwundetenaufnahmestationen der Krankenhäuser ein und schlugen dort wahllos die Menschen nieder, die gerade behandelt wurden. Die meisten waren Frauen und Kinder.

und Kinder.

Die Barrikaden zeugen von der Gegenwehr der Arbeiter

Der Erfolg jedoch, den das Regime sich durch diesen Terroreinsatz gegen das Volk erhoffte, blieb aus. Die Arbeiter von Vitoria ließen sich dadurch nicht einschüchtern und von ihren Aktionszielen abbringen. Sie haben sich gehörig zur Wehr gesetzt. Davon zeugt weiter der Bericht des „Times“-Korrespondenten: „Der Arbeitervorort Arana gleicht noch am nächsten Morgen einem Schlachtfeld. Die Straßen sind übersät mit den Resten von Barrikaden, niedergerissenen Verkehrsschildern und Planken, die von der Polizei langsam weggeräumt werden. Die Fenster von Banken und Geschäftshäusern sind verschlossen.“ Und in den Nachbarstädten Pamplona und Bilbao hat sich sofort eine breite Solidaritätsbewegung entwickelt: Zehntausende haben in beiden Städten demonstriert und sich heftige Kämpfe mit der Polizei geliefert. Überall sind Barrikaden gebaut worden.

Diese Bewegung fand ihre erste Zusammenfassung bei der Beerdigung der Erschossenen. 70 000 Menschen haben daran teilgenommen. Die Beerdigung wurde so zu einer mächtigen Manifestation gegen die Fortexistenz des Franco-Regimes. Einreihen in diese Bewegung mußte sich notgedrungen der gesamte Klerus der Provinz. Berichtet wird, wie der Bischof von Vitoria gezwungen wurde, eine Passage der Leichenrede zu genehmigen, in der das Regime direkt angegriffen wird, „blinde Gewalt angewendet zu haben, die das Leben von drei Personen gekostet hat“.

Die spanische Regierung hatte zuvor in einer Erklärung den Polizeiterror gutgeheißen: In Vitoria hätten die Polizisten versucht, „die individuellen Freiheiten zu schützen“, und die „schweren Störungen der öffentlichen Ordnung“ sowie der „Zerstörungswille der Demonstranten“ habe die Polizisten zum Gebrauch der Schußwaffe als legitimes Mittel der Verteidigung berechtigt. (Le Monde, 7./8. März)

„Die Verantwortlichen sind eine Handvoll Fabrikherren und die Regierung“

In der Kirche, in der die Leichenfeierlichkeiten stattfanden, haben dann hintereinander 6 Arbeiter Ansprachen an die Versammelten gehalten. Sie bekamen häufig großen Beifall. Einer er-

hintereinander 6 Arbeiter Ansprachen an die Versammelten gehalten. Sie bekamen häufig großen Beifall. Einer er-

klärte: Es sei nicht möglich, am selben Ort die Mörder und die Opfer zu versammeln. „Die Verantwortlichen für diese Massaker sind eine Handvoll von Fabrikherren und die Regierung, die die Befehle dieser Handvoll von Fabrikherren ausgeführt hat. Wir fordern den Rücktritt der Regierung und die Freilassung aller Gefangenen.“ (Le Monde, 7./8. März) Im Anschluß an die Feierlichkeiten führte der Leichenzug dann durch das Zentrum der Stadt. Vor dem Gouverneurspalast wurde Halt gemacht, Parolen wurden gegen das Regime gerufen. Zwei Tage später, am Montag dem 8. März, fand dann der Generalstreik im Baskenland statt, der die gesamte Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen im Kampf sah gegen das Regime. In allen Städten, besonders den industriellen Zentren Bilbao, San Sebastian, Vitoria, wurden gegen die Polizeibelagerungen die geplanten Demonstrationen durchgesetzt. Trotz brutalstem Polizeiterror – in Bilbao wurde ein Arbeiter von der Polizei getötet – kam es überall zu Barrikadenkämpfen. Die Arbeiter und die Volksmassen konnten sich erneut behaupten.

Diese Aktionen sind ein bedeutender Schritt voran und stellen eine wesentliche Stärkung der gesamten Kampffront in Spanien gegen das Regime dar, dessen Volksfeindlichkeit niemals so deutlich war wie nach den Ereignissen im Baskenland. Als Reaktion auf diese Ereignisse treten jetzt überall die politischen Forderungen mehr und mehr in den Vordergrund. Zum Beispiel wollen die Bauarbeiter, deren Mindestlohn nach wochenlangem Streik jetzt überall im Land erhöht worden ist, ihren Streik fortsetzen, um eine selbständige Interessenvertretung zu erkämpfen. Insgesamt streiken in den spanischen Provinzen außerhalb des Baskenlandes mindestens 300 000 Arbeiter. Dazu kommen weitere 100 000 Arbeiter und Angestellte der Post, der Feuerwehr und der Polizei von Barcelona, die dienstverpflichtet, d.h. unter die Kontrolle der Armee gestellt wurden. Außerdem beteiligen sich Zehntausende von Handwerkern, LKW-Besitzern und kleinen Kaufleuten an den Aktionen gegen das Regime.

Die Politik der revisionistischen PCE: „Pakt mit den Unternehmern“

schen PCE: „Pakt mit den Unternehmern“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ meldete am 6. März, daß bei Michelin in Vitoria, ein Betrieb, wo die comission obrera unter dem Einfluß der revisionistischen PCE steht, bis Mittwoch den 3. März nicht gestreikt wurde. In der Tat gewinnen in der breiten Massenstreikbewegung die revolutionären Organisationen immer mehr die Führung, während die Revisionisten ihre ganze Taktik auf die Anerkennung durch das faschistische Nachfolgeregime setzen und die revolutionäre Stoßrichtung gegen das Regime zu torpedieren suchen. In einer Rede von Santiago de Carrillo, dem Generalsekretär der revisionistischen PCE, vor Funktionären der Partei im Oktober letzten Jahres in Paris erklärte dieser: „Auf keine Fall Besetzung von Fabriken oder Betrieben ... Die Syndikate (die staatlichen Zwangssyndikate) können besetzt werden. Die Betriebe können nicht besetzt werden ... nichts, was über die demokratischen Ziele ... hinausgeht ... Dagegen ist heute klar, daß wir uns dafür einsetzen müssen, mit den Unternehmern den politischen Pakt auf allen Ebenen zu verhandeln.“

Solidarität mit den kämpfenden spanischen Arbeitern

Bremen. Der Personalrat des Dienstleistungsbereiches der Universität Bremen hat seine Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes in einer Resolution ausgedrückt. Die Erschießung von drei streikenden Arbeitern in Vitoria wurde darin scharf verurteilt. Der Personalrat fordert den DGB auf, Maßnahmen zur Unterstützung der Streiks der spanischen Arbeiter zu ergreifen. Von der Bundesregierung wird gefordert, jede Unterstützung für das spanische Regime einzustellen. Die Resolution wurde den streikenden Arbeitern in Vitoria übermittelt.

Die Politik der PCE unterstützt die Umwandlung des faschistischen Regimes in die Form einer bürgerlichen Parteienherrschaft. In der Plattform der „Demokratischen Junta“, die von der PCE beherrscht ist, bietet sie dem Regime im Austausch für die Zulassung aller Parteien alle Garantien, die es sich wünschen kann: Amnestie für alle politisch bedingten Handlungen, wodurch sie die Verurteilung der fa-

alle politisch bedingten Handlungen, wodurch sie die Verurteilung der fa-

schistischen Verbrecher ausschließt und diese auf eine Stufe mit den gefangenen Freiheitskämpfern und Revolutionären stellt. Beibehaltung der bestehenden Armee, deren innenpolitische Neutralität gefordert wird, das heißt Erhaltung des wichtigsten Instruments des bestehenden Regimes. Anerkennung aller internationalen Verträge, das heißt auch der Stützpunkt-Verträge mit dem US-Imperialismus, und die Forderung nach Beitritt in die EG. Das bedeutet, daß die PCE auch die imperialistische Herrschaft über Spanien anerkennt. Die PCE, obwohl sie von dem faschistischen Nachfolgeregime noch nicht anerkannt wird, bietet dem Regime doch die Voraussetzung dafür, daß es die Politik der Reform des Faschismus riskieren kann. Die Reform des Faschismus und der damit mögliche politische Anschluß Spaniens an die Gemeinschaft der europäischen Imperialisten, die das Land zusammen mit dem US-Imperialismus ökonomisch und politisch unter der Knute haben, ist die Hoffnung der Imperialisten gegenüber den spanischen Volksmassen, die auf Befreiung, Unabhängigkeit und Revolution drängen. Die PCE bietet sich als Garant eines solchen „friedlichen Übergangs“ an. Derzeit allerdings versucht das Regime noch ohne Anerkennung der PCE durchzukommen, und auf der anderen Seite befreien sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen zunehmend vom konterrevolutionären Einfluß der Revisionisten. Nach dem Massaker in Vitoria forderten die Massen Volksgerichte zur Aburteilung der faschistischen Verbrecher, wie die „Süddeutsche Zeitung“ am 5. März berichtet.

Die Bundesregierung findet die Entwicklung in Spanien „ermutigend“

Dagegen versuchte Innenminister Fraga Iribarne das Regime aus der Angriffslinie zu ziehen. Er erklärte inzwischen, nach seinem Besuch im Baskenland, die Forderungen der Arbeiter seien gerecht, nur sollten sie nicht auf anarchistische und utopische Weise auf die Straße getragen werden. Für die Toten seien alle Spanier verantwortlich. Dieser Minister hat selbst den Oberbefehl über die Polizei. Vor einer Woche erläuterte er bei einem Besuch in der BRD dem Bundesaußenminister Genscher den „spezifischen Demokratisierungsprozeß“ in Spanien. Das

Genscher den „spezifischen Demokratisierungsprozeß“ in Spanien. Das

Vorgehen der Polizei in Vitoria erläutert uns anschaulicher, worüber die Herren sprachen, mit welchen Methoden das Fortbestehen des faschistischen Regimes in Spanien und der Vorherrschaft der Imperialisten über Spanien gesichert werden soll. Die Bundesregierung erklärte dazu, sie finde die eingeschlagene Richtung ermutigend und für sie sei die Schaffung von stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen auf der Iberischen Halbinsel von großer Bedeutung. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. März) So sprechen die Vertreter von Bosch, Daimler-Benz, VW, Siemens und der anderen westdeutschen Kapitalinteressen in Spanien. Die spanischen Arbeiter und Volksmassen sammeln ihre Kräfte, ihre in- und ausländischen Unterdrükker und Ausbeuter loszuwerden. Ihr Kampf hat die Solidarität und Sympathie der internationalen Arbeiterklasse und aller Völker der Welt.

Solidarität gegen Unterdrückung der Ausländer

Zwei der inhaftierten türkischen Revolutionäre freigelassen

Der Kampf gegen die drohende Abschiebung geht weiter

Am Freitag letzter Woche sind Hatice Yurtan und Ömer Özerturgut, zwei der vier Verurteilten der Kölner Türkenprozesse vom Kölner Landgericht auf freien Fuß gesetzt worden. Damit hat die Solidaritätsbewegung mit den vier türkischen Revolutionären einen wichtigen Erfolg errungen. Nach der Verurteilung und der Überführung von drei der vier Angeklagten in Abschiebehaft waren die Proteste nicht abgerissen, immer wieder wurde gefordert: Keine Abschiebung und sofortige Freilassung der vier türkischen Patrioten! Die Evangelische Studentengemeinde machte eine Veranstaltung, an der dreihundert Menschen teilnahmen und auf der sich auch ein Vertreter der Amnesty International gegen die Pläne der Ausländerbehörden aussprach. Ausgehend von der Universität Köln fand ein Go-in beim Leiter der Ausländerbehörde, Faber, statt. Die Fachgruppe der Gerichtsreferendare und der Arbeitskreis Erzieher in der ÖTV schickten Protestbriefe an das Ausländeramt. Schließlich organisierten der KBW, die Gruppe Rote Fahne und die Gruppe Roter Morgen am 14.2. eine 800 Mann starke Demonstration in Köln. Der Druck der Öffentlichkeit, der bis ins Fernsehen (Blickpunkt und in den WDR 3) drang, führte dazu, daß der Rechtsdezernent der Stadt Köln, Dr. P. Schäfer, erklären mußte, die Abschiebung der türkischen Patrioten würde nicht vor der Entscheidung über die gestellten Asylanträge erfolgen.

Die Abschiebung der zwei Freigelassenen scheint nun aufgeschoben zu sein, bis über ihren Asylantrag entschieden ist. Diesen wurde von der Ausländerbehörde eine nur beschränkte Aufenthaltsgenehmigung für zwei Monate erteilt. Mustafa Tutkun und Yüksel Ugurlu, wurden vom Kölner Landgericht bis heute nicht freigelassen.

Das zeigt, daß kein Grund zum Jubeln besteht und daß die Freilassung der zwei nur einen vorläufigen Erfolg darstellt. Die Abschiebung in die Türkei, wo alle Angeklagten Todesstrafen, mindestens aber lebensbedrohende Haftstrafen zu erwarten haben, droht ihnen weiterhin. Und solang, wie diese Drohung besteht, wird auch der Kampf weitergehen. Schickt Briefe mit der Forderung: Keine Abschiebung für Hatice Yutan, Ömer Özerturgut, Mustafa Tutkun, Yüksel Ugurlu und Asylrecht für die vier türkischen Patrioten, an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in 8502 Zirndorf.

500 fordern Freispruch der Angeklagten im Dynamit-Nobel-Prozess

Nürnberg. Am Samstag, dem 6. März demonstrierten etwa 500 deutsche und türkische Arbeiter für den Freispruch der Angeklagten in den Dynamit-Nobel-Prozessen. Aufgerufen zu der Demonstration hatten die türkischen Arbeitervereine, der Kommunistische Arbeiterbund Deutschland, die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML), die Gruppe Rote Fahne (KPD) und die Ortsgruppe des KBW.

In dem Prozess, der am 23. Februar begann, stehen 4 deutsche und 2 türkische Arbeiter vor Gericht. Sie sind angeklagt wegen „Landfriedensbruch“, wie die Bourgeoisie und ihre Klassenjustiz die Beteiligung bzw. Unterstützung des Streiks bei Dynamit-Nobel im Mai 1975 nennt.

Wie kam es im Mai 75 zum Streik? Die ganzen letzten Jahre über hatten die Nobel-Kapitalisten die Arbeitshetze gesteigert. Unfälle stehen immer wieder auf der Tagesordnung. Wurde Anfang 1975 auf einer Betriebsversammlung noch gesagt, daß keine Entlassungen vorgenommen würden, so flatterten Anfang Mai 1975 19 Kollegen die Kündigung ins Haus. Betroffen von den Kündigungen wurden vor allem ausländische Kollegen. Gegen diese Kündigungen, die das Faß zum Überlaufen brachten, traten vor allem türkische Arbeiter in den Streik. Der Bundesgrenzschutz besetzte daraufhin das Werk. Es gelangt nicht, den Streik auszuweiten. Die Nobel-Kapitalisten setzten die Polizei ein, die den Streik zerschlug und 32 Menschen verhaftete. 26 Türken wurden letztes Jahr in die Türkei abgeschoben. Die 2 angeklagten türkischen Arbeiter befanden sich 5 bzw. 10 Monate in Untersuchungshaft und wurden erst auf Druck der Solidaritätsbewegung freigelassen.

Der Streik der Arbeiter bei Dynamit-Nobel war gerecht und verdient unsere Unterstützung. – (j., Nürnberg)



Freispruch für die türkischen Arbeiter!

In der Textilindustrie wächst der Widerstand

Unter den schlechtestbezahlten Schichten des westdeutschen Proletariats stellen die Arbeiter der Textil- und Bekleidungsindustrie das Hauptkontingent. Von 1950 bis 1968 haben die Textilarbeiter das Nettoanlagevermögen ihrer Ausbeuter allein im Inland von 2,2 Milliarden auf 11,1 Milliarden DM oder um das 5,1-fache vermehrt. Die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie sogar von 259 Millionen auf 2 720 Millionen DM oder um das 10,6-fache. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Beschäftigten zwar von 711 000 auf 856 000, geht aber vom Höhepunkt 1960 mit 976 000 ständig zurück auf 637 000 Arbeiter und Angestellte Ende September 1975.

Am stärksten ist der Rückgang in der Textilindustrie, wo die Beschäftigtenzahl von 620 000 im Jahre 1960 auf 351 100 im September 1975 fast halbiert wurde. Zufrieden stellt die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" fest: „Von der Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre (vollzog sich) in der Textilindustrie ein Wandel, der einen vorwiegend lohnintensiven Industriezweig zu hoher Kapitalintensität führte. In diesem Jahrzehnt durchlief die Textilindustrie einen Prozeß, an dessen Ende modernste Maschinenparks und Automatisierungsgrade von über 80 Prozent stehen." (9. September 1975) Mit wachsendem Reichtum der Kapitalisten mußten die Arbeiter ihr eigenes Überflüssigwerden produzieren. „Für das Proletariat bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung." (Programm des KBW)

In der Bekleidungsindustrie, wo kleinere Betriebe vorherrschen, ist der Rückgang von 356 000 auf 286 400 Beschäftigte weniger drastisch. Dort wird mit geringrem Aufwand an Maschinerie und Automation die Arbeitskraft besonders billig vernutzt. Die durchschnittlichen Bruttowochenlöhne sind in der Bekleidungsindustrie mit 294 DM so niedrig wie sonst nur noch in der lederverarbeitenden Industrie, für fast 34 000 Arbeiterinnen liegt der Durchschnittslohn bei 256 DM. In der Textilindustrie liegt der Durchschnittslohn wegen des höheren Anteils an männlichen Facharbeitern bei 335 DM und damit an viertletzter Stelle in der Branchenskala.

Unter Ausnutzung der Krise sind die Kapitalisten der Textil- und Bekleidungsindustrie gegenwärtig dabei, die Löhne unter das Tariflohnniveau zu drücken. Schon 1970 blieb das Wachstum der durchschnittlichen Effektivlöhne pro Stunde um 1 Prozent hinter dem Wachstum der Tariflöhne zurück, 1971 war das Wachstum gleich, 1972 blieb es wieder um 0,4 Prozent zurück und 1973 gar um 2,5 Prozent. Diese Entwicklung hat sich in den letzten beiden Jahren mit Sicherheit noch verschärft.

Bei diesen Hungerlöhnen lag die Produktivitätssteigerung pro Beschäftigtenstunde von 1950 bis 1973 in der Textilindustrie deutlich über der der Gesamtindustrie. Nimmt man 1962 gleich 100, so stieg das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde von 1950 gleich 43,3 Prozent auf 1973 gleich 205,9 Prozent, gegenüber der Gesamtindustrie, wo es von 51,6 Prozent auf 189,7 Prozent stieg, also um 24,5 Punkte schneller. Die Produktion der Textilindustrie hat sich trotz verringerter Arbeiterzahl in diesem Zeitraum verdreifacht. Da die Anlageinvestitionen pro Beschäftigten in der Textilindustrie im Durchschnitt 25 Prozent unter denen in der Gesamtindustrie liegen, ist eindeutig, daß der Vorsprung im Produktivitätsfortschritt ausschließlich auf Kosten erhöhten Verschleißes der Arbeitskraft geht. In der Bekleidungsindustrie, deren Produktivitätszuwachs je Arbeiterstunde von 1970 bis 1974 mit 19,3 Prozent hinter dem der Gesamtindustrie von 28,6 Prozent zurückblieb, machen die jährlichen Bruttoanlageninvestitionen pro Beschäftigten nur etwa ein Viertel des Durchschnitts in der Gesamtindustrie aus. Die Auspressung der menschlichen Arbeitskraft und ihr rascher Verschleiß sind gerade hier ganz überdurchschnittlich.

Die Arbeiter in der Textil- und Bekleidungsindustrie nehmen diese Entwicklung nicht kampflos hin. 12 000 Textilarbeiter demonstrierten 1973 gegen Stillegungen und Entlassungen in Bonn. Und eine Versammlung von 1 000 Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Bayern beschloß am 17. November 1973 in München eine Resolution, in der es heißt: Wir „protestieren gegen die Absicht verantwortlicher Politiker, Wirtschaftler und Unternehmer, große Teile der Textil- und Bekleidungsindustrie im Rahmen einer sogenannten ‚weltweiten Arbeitsteilung' ins Ausland zu verlagern. Die Ausbeutung der Arbeitnehmer in Ländern mit Hungerlöhnen ist keine Entwicklungshilfe, sondern Kolonialismus mit anderen Mitteln." Trotz Rückgang der Beschäftigtenzahl hat die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder zugenommen, allein von 1971 bis 1973 von 287 140 auf 295 565. Die Zahl der Betriebsräte ist von 1968 gleich 13 543 auf 1972 gleich 15 816 sprunghaft gestiegen.

Über das ganze letzte Jahr hinweg haben einzelne Belegschaften in zum Teil zäh und hartnäckig geführten Kämpfen gestanden. Bekannt geworden sind die Streiks bei Eles in Wiesbaden, Elbeo in Kiel, Brauer in Aachen sowie in Albstadt/Tailfingen. Die Demonstrationen der Glöggler-Belegschaft, von Arbeitern des Akzo-Konzerns. Ebenso wie der Kampf gegen die unteren Lohngruppen ist der Kampf der schlechtestbezahlten Schichten des Proletariats gegen Lohndrückerei und Verelendung von großer Bedeutung für die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse insgesamt. Es ist ein gutes Zeichen, daß auch unter den gedrücktesten Schichten des westdeutschen Proletariats die Bereitschaft zum Kampf gegen die Kapitalisten wächst und zum Zusammenschluß, der die Zersplitterung überwindet. (Statistische Angaben aus offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes, des Arbeitsministeriums und des Arbeitgeberkreises Gesamttextil)

Peine GmbH

„Kinder kann ich mir nicht leisten"

Wilhelmshaven. *Die Peine GmbH ist ein Familienbetrieb. In Wilhelmshaven gehören dem Textilfabrikanten Marcus Peine die Herrenbekleidungsfabrik Seriös mit etwa 270 Beschäftigten, das Uniformwerk Seriös (knapp 200 Beschäftigten) und die Damenoberbekleidungsfabrik Bawi. Auf dem Lande, in der Nähe Wilhelmshavens besitzt Peine ein Uniformwerk in Heide und eine Kleiderfabrik in Rodenkirchen. Jüngst weihte Marcus Peine gemeinsam mit Außenminister Genscher seine neue Herrenbekleidungsfirma in Zambia ein.*

Die Peine GmbH kann sich rühmen, in Wilhelmshaven so ziemlich die niedrigsten Löhne durchgedrückt zu haben und als Schweißauspresser bei den Arbeitern verhaßt zu sein. Die „Arbeiterstimme", Zeitung des KBW für die Kollegen der Wilhelmshavener Textilbetriebe, nimmt unter dem Titel „Der Kapitalismus erzwingt die Kinderlosigkeit der Arbeiterklasse" zur Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Peine-Fabriken Stellung:

briken Stellung:

„Kinder kann ich mir nicht leisten. Das ist viel zu teuer. Das bißchen Lohn reicht gerade für meinen Mann und mich. Wir wollen uns auch mal was leisten und in die Ferien wegfahren."

„Wenn ich Kinder hätte, dann müßte ich mit der Arbeit aufhören, und dann reicht das Geld nicht mehr. Halbtags bekommt man ja keinen Arbeitsplatz mehr, bei Seriös werden sie alle rausgeschmissen mit der Begründung: Die Maschinen müssen den ganzen Tag laufen. Und 100 DM für einen Kindergartenplatz, das liegt nicht drin."

Das ist die Meinung vieler Kolleginnen bei Seriös. Mit Stückakkord und zunehmender Arbeitshetze versuchen sie uns zu immer mehr Arbeit anzustacheln. Selbst während des Mutterschutzes versucht der Seriös-Kapitalist Marcus Peine unter der Hand den Akkord durchzusetzen: Obwohl die betreffenden Frauen nach Zeitlohn bezahlt werden, müssen sie Akkordzettel kleben, und wenn sie zu wenig geklebt haben, bekommen sie Druck vom Lohnbüro. Genauso bei den Lehrlingen: Mit einem Taschengeld von zum Teil nur 150 DM müssen sie Akkordzettel kleben, und wenn sie „bummeln", werden sie nach der Lehre einfach nicht übernommen.

Zu der steigenden Arbeitshetze bei Seriös kommt die kleinlichste Despotie: Ist eine Arbeiterin länger auf der Toilette als es der Bandleiterin paßt, läßt sie sie durch eine Kollegin zurückholen. Sitzt eine Arbeiterin unter der Maschine, um die Spule einzusetzen, bekommt sie schon einen Anschiß, weil die Maschine nicht mehr läuft; reden die Kolleginnen bei der Arbeit, dann wird das verboten. „Das ist ja schlimmer als im Knast", ist die Reaktion einer Kollegin.

Mit einem Tagesverdienst zwischen 30 und 65 DM bei acht Stunden Ran-

30 und 65 DM bei acht Stunden Ran-

klotzen im Akkord kann man sich kaum die notwendigsten Lebensmittel kaufen. Außerdem ist man nach acht Stunden so kaputt, daß man sich gekrümmt mit Rückenschmerzen von der Maschine erhebt und gerade noch imstande ist, den Haushalt abends notdürftig zu versorgen. Oft gehen die Kollegen schon um 9 Uhr ins Bett, denn sonst schaffen sie am nächsten Tag den Akkord nicht.

Nicht verwunderlich ist deshalb, wenn Kinder nur unter dem Kostengesichtspunkt betrachtet werden nach dem Motto: Entweder kann man sie sich leisten oder nicht. Für die Textilarbeiter ist die materielle Notlage so groß, daß sie sich zum großen Teil keine Kinder mehr leisten können.

Die „Arbeiterstimme" fährt fort:

Der staatliche Zwang durch den § 218, ungewollte Kinder zur Welt zu bringen und sie in elenden Verhältnissen aufzuziehen, ist bei der Notlage von großen Teilen der Arbeiterklasse nichts anderes als eine weitere Schikane zusätzlich zu jenen, denen die Proletarier bereits jetzt ausgesetzt sind. Der § 218 muß weg! Volksentscheid gegen den § 218! – (Branchenzelle Textil Wilhelmshaven)

MEZ-Werke

Die Arbeiter rücken zusammen

Freiburg. 1974 haben die MEZ-Kapitalisten die Umsätze auf über 100 Millionen DM steigern können. Das waren etwa 10 Millionen mehr als im Jahr 1973. Für 3,5 Millionen DM wurde investiert, vor allem in Rationalisierungen – das war um eine Million mehr als 1973.

Auf der Hauptversammlung der Aktionäre im letzten Sommer wurde dieser Erfolg gefeiert. Auf das Grundkapital wurden 30 Prozent Dividende ausgeschüttet, das machte für 1974 6 Millionen DM.

Nach den letzten Lohnerhöhungen, die im Schnitt 44 Pfennig erbrachten, verdienen die meisten Frauen tariflich zwischen 6,17 und 6,38 DM in den Lohngruppen 2 und 3.

Da für diese Hungerlöhne niemand zu bekommen war, haben die MEZ-Kapitalisten drauflegen müssen. Ganze 8 DM verdienen Spitzenspulerinnen, wenn sie in Akkord- und Schichtarbeit das letzte aus sich herausholen. Wer

das letzte aus sich herausholen. Wer

diese Knochenarbeit nicht mehr schafft, geht mit gut einer Mark weniger in der Stunde heim.

Vor etwa vier Jahren hat es angefangen mit den Rationalisierungsinvestitionen. Die Belegschaft ist in der letzten Zeit um etwa 60 Kollegen reduziert worden: Verrentungen, ausländische Kollegen, die in ihre Heimat zurückgegangen sind, ein paar wenige Frauen, die die Nase voll hatten. Die Arbeitsplätze wurden nicht neu besetzt. Die vor Zeiten als Allheilmittel verkündete „Politik des Einstellungsstopps" brachte der Geschäftsleitung jedoch nicht die erwünschte „Stabilisierung" der Profite. Sie ging über zu Kündigungen.

Zu Anfang waren das Kündigungen, deren Begründung manchem Kollegen noch einging: Alkohol, „Faulenzer" usw. Das war aber nur die eine Seite. Gleichzeitig mit diesen Kündigungen wurden die Qualitätskontrollen verschärft, häuften sich die „Reklamationen", setzte die Minutenschinderei nach den Pausen und vor Arbeitsschluß ein, mußten Kolleginnen bei Arbeitsplatzwechsel schwere Lohneinbußen hinnehmen.

Diese Erfahrungen am eigenen Leib haben das Bewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter geschärft: Kurz vor

nen und Arbeiter geschärft: Kurz vor

Weihnachten kam es zu einer Kündigung, die den Protest fast unserer ganzen Abteilung hervorrief: Da wurde einer ausländischen Kollegin gekündigt, nicht weil sie faul war, im Gegenteil, ihr Fleiß wurde von den Zynikern der Geschäftsleitung sogar gelobt, sondern weil die Kollegen „zu oft krank" gewesen sei. Und warum war die Kollegin krank? Weil nach der Geburt eines Kindes im letzten Frühjahr Unterleibskomplikationen aufgetreten waren. „Was kann denn die Kollegin dafür? Ist das denn nicht klar, daß es zu sowas kommen kann, wenn man den ganzen Tag im Akkord um jede Mark krampfen muß, sich von morgens um 6 und in der Spätschicht bis abends um half elf die Beine in den Bauch stehen muß? Diese Kündigung ist eine Schweinerei!"

Diese Kündigung hat in unserer Abteilung was in Bewegung gebracht. Die Kolleginnen und Kollegen rücken zusammen. Sie beobachten die Maßnahmen der Geschäftsleitung genauer und rücken ab von ihren Vorgesetzten, die sich als allzu eifrige Handlanger der Geschäftsleitung herausstellen: „Hopp, hopp, an die Arbeit", hatte der Meister der Gegenschicht eine italienische Kollegin schon drei Minuten vor Arbeitsbeginn an die Maschine jagen wollen. Der Kollegin stank das, dies wiederum dem Meister. Den ganzen Tag über drangsalierte er die Kollegin, machte sie dafür verantwortlich, daß der alte Klöpfer, an dem sie schuften muß, nicht lief, wies ihre Materialbeanstandungen zurück:: „Nur keine Entschuldigungen", und warf ihr zum Schluß vor, Produktion hätte sie ja wohl heute auch nicht gebracht. Am Feierabend war die Kollegin fix und fertig. Ihr Mann war drauf und dran, den Meister zu Hause persönlich auf-

den Meister zu Hause persönlich auf-

zusuchen und ihm die Meinung zu sagen.

Was früher kaum der Fall war: Die Kollegen berichten einander von diesen Vorkommnissen. „Du darfst jetzt nicht nachgeben. Das wollen die nur. Biet dem Burschen die Stirn und sag' ihm alle Schand", wurde die Kollegin unterstützt. Das hat der italienischen Kollegin Mut gemacht. Sie ist nicht zu Kreuze gekrochen. Insgesamt gesehen sind das kleine Beispiele, aber für uns bedeuten sie viel bei einer Belegschaft, die, was die Produktion betrifft, zu weit über der Hälfte aus meist jungen ausindischen Kolleginnen und Kollegen besteht, zum anderen Teil aus deutschen Kolleginnen und Kollegen, von denen sehr viele ihr 25-jähriges schon gefeiert haben oder bald feiern werden. – (u., Freiburg)

Firma Otto Knecht

Die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter ausgenutzt

Darmstadt. Im Sommer 1967 lief bei der Firma Otto Knecht in Darmstadt ein erstes Band an, an dem die Arbeiter Alttextilien sortierten. Acht Tonnen war damals die Tagesleistung am Band. Die Alttextilien waren billig, die Löhne niedrig.

Inzwischen schaffen bei der Firma 84 Kollegen, davon 70 Ausländer, in der Produktion. An fünf Bändern, an denen je sieben Kollegen arbeiten, fast alles Türken, werden Kleider, die bei der Altkleidersammlung des Deutschen Roten Kreuzes, der Medico und ähnlicher caritativer Organisationen gesammelt wurden, in Brauchbares und Unbrauchbares aussortiert.

Die brauchbaren werden ins Ausland geschicht, so z.B. nach Indien.

Die Tagesleistungen in Darmstadt sind mittlerweile auf 16 Tonnen pro 7-Mann-Band hochgesetzt worden. Der Stundenlohn liegt bei 6,54 DM für die Männer und 6,10 DM für die Frauen.

Am Ende des Monats sieht es in der Lohntüte entsprechend aus: Auf 800 DM netto bringen es die Männer. Noch mieser sieht es bei den Frauen aus. Um die Kollegen weiterhin bei der Stange halten zu können, hat sich der Kapitalist Knecht etwas Besonderes ausgedacht:

Aus den Kleidern, die von den caritativen Verbänden über die Altkleidersammlung kostenlos eingetrieben werden, verkauft er wöchentlich im Durchschnitt für 300 DM Altkleider an jeden Arbeiter, damit diese die Altkleider ihrerseits an ihre Landsleute zu „Vorzugspreisen" weiterverkaufen. Für die Altkleider, die er sich mit 1 200 DM im monatlichen Durchschnitt pro Arbeiter bezahlen läßt, hat er selber 80 DM an das Deutsche Rote Kreuz bezahlen müssen. Aus diesem dreckigen Geschäft springen für den Kapitalisten Knecht also 1 100 DM netto pro Mann und Monat heraus, bei einer Belegschaft, die zu fast 90 Prozent aus Ausländern besteht.

Der Kapitalist Knecht hat es auf diese Weise eingerichtet, daß er nicht nur die Mehrarbeit von 84 Arbeitern sich aneignet, sondern daß er die von ihm angewandten Arbeiter über den Kauf von Altkleidern und ihre Tätigkeit als Kleinhändler auch noch ihre Löhne selber bezahlen läßt.

Quittungen über diese Geschäfte gibt es nicht. Der Parasit genießt den weiteren Vorzug, steuerfrei zu bleiben.

Vor zwei Monaten war für die Kollegen das Maß voll. Nachdem im November 1973 schon mal gestreikt worden war, erhoben die Arbeiterinnen und Arbeiter die Forderung nach neuen innerbetrieblichen Vereinbarungen. Konkret: Die Normalleistung sollte von 16 auf 14 Tonnen pro Tag und Band reduziert werden. Die zweite Forderung war die Senkung der Preise für Altkleider.

Auf diese Forderungen ging die Betriebsleitung gar nicht ein. Ende Januar lädt die Betriebsleitung den Betriebsrat zu Verhandlungen ein, obwohl sie ihm gleichzeitig vorwirft, einen Bummelstreik anzetteln zu wollen. Die Antwort der türkischen Betriebsräte war ein Sprichwort aus der Heimat: „Hungrige Bären tanzen nicht gerne."

Am 4. Februar wird vormittags fünf, nachmittags zwei Kollegen gekündigt. Darunter sind zwei Betriebsratsmitglieder, die die Interessen der Kollegen seit Jahren konsequent vertreten, und eine schwangere Frau. Nur ihre Kündigung hat man nachträglich zurückgenommen.

Die Firmenleitung unternimmt am 20. Februar den nächsten Schritt. Sie unterrichtet den Betriebsrat davon, daß sie den Betriebsratsvorsitzenden fristlos zu kündigen beabsichtige. Begründen tut sie es unter anderem damit, daß der Vorsitzende Aufgaben wahrgenommen hat, die gar nicht zu seinem Funktionsbereich gehören.

Er hat sich bei der Ausländerbehörde, bei der Polizei und dem Gewerbeaufsichtsamt darüber erkundigt, was der Weiterverkauf der Altkleider seitens seiner Landsleute für Konsequenzen für sie hätte haben können. Viele sind nämlich schon beim Verkaufen ohne Gewerbeschein erwischt und zu Strafen zwischen 600 und 1 400 DM verdonnert worden. Die Firma Knecht weiß sehr genau, welches Risiko die Kollegen bei diesem illegalen Verkauf eingehen. Trotzdem zwingt sie diese indirekt zu solchen Verkaufsaktionen. Einen Dreck schert sie sich darum, daß über 90 Prozent der Kollegen Gastarbeiter sind, die ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nur dann erhalten, wenn auf ihrem Paß der Stempel „Nur Aufnahme einer unselbständigen Erwerbstätigkeit gestattet" klebt, was heißt: Lohnsklaverei mit dem Segen der Ausländerbehörde.

Die gekündigten Kollegen klagen jetzt beim Arbeitsgericht Darmstadt. In seiner Sitzung am 23. Februar hat sich der Betriebsrat mit drei Stimmen und einer Enthaltung eindeutig gegen die beabsichtigte fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden ausgesprochen.

Dieses unverschämte Vorgehen des Kapitalisten Knecht ist nur deshalb möglich, weil ihm die Ausländergesetze und die Behörden bei der Ausbeutung und Entrechtung der türkischen Kollegen Flankenschutz bieten. Die zusätzliche politische Entrechtung der Ausländer, niedergelegt in den Ausländergesetzen, wird von der Kapitalistenklasse dazu gebraucht, sie als Lohndrücker und Krisenschuldige gegen die deutschen Kollegen einzusetzen. Die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit kann kein Interesse daran haben, daß Teile von ihr einer besonderen Entrechtung unterliegen. – (k., Darmstadt)

Breite Streiks in der Metallindustrie

Frankfurt. Am 8. März haben in Frankfurt gestreikt: Teves, 1 200, T&N, 1 800, und VDM, einige hundert.

Am 9. März streikten im Tarifgebiet der IG Metall Hessen und Bayern insgesamt 30 000. Bei Opel Rüsselsheim insgesamt 5 000 Mann im Motorenbau.

In Frankfurt: bei Messer Griesheim und Siemens 500. In Bayern streikten in Augsburg bei Renk (Zahnräderfabrik) 800 der 1 200 Mann Belegschaft und bei MAN 1 200 jeweils eine halbe Stunde. MAN streikte zum zweiten Mal in dieser Tarifrunde. In Kassel haben insgesamt 8 500 in sieben Betrieben gestreikt, bei AEG in Kassel mindestens 1 000 fast eine Stunde, bei Rheinstahl 2 300 eine halbe Stunde, bei VW am Montag 1 000 bis zu zweieinhalb Stunden von acht bis halb elf abends; der Streik ging von einer Halle nur aus. In Limburg streikten 180 Beschäftigte der Firma Körting gegen die Stillegung. Die Beratung über den Sozialplan dauert noch an.

Warnstreik in der VDM

Frankfurt/M. Am Montag, 8.3., wurde in der VDM ein 15 bis 20 minütiger Warnstreik nach der Frühstückspause durchgeführt. Weit über 90 % der Kollegen beteiligten sich „zur Überraschung" der Kapitalisten am Streik. Das 4 % Provokationsangebot der Metallarbeitgeber, von dem keiner leben und sterben kann, war den Kollegen entschieden zu wenig. In Diskussionen wurden von vielen Kollegen umfangreiche Aktionen gefordert: Die IGM muß die Verhandlungen abbrechen, Urabstimmung und solange Streikaktionen durchführen, bis mindestens die 8 % durchgesetzt sind. Bei der 8 %-Forderung wurde von einer Reihe Kollegen festgestellt, daß sie nicht dem einheitlichen Vorgehen der Metallarbeiter dient und daß deshalb ein Festgeldbetrag, wie ihn die ÖTV fordert, aufgestellt werden müßte. Kritisiert wurde, daß diese Aktionen nicht richtig vorbereitet wurden:

Ein bis zwei Stunden wären das Mindeste gewesen. Keine Versammlung vorher, die Gewerkschaft muß solche Aktionen *aktiv* unterstützen.

Das selbständige Vorgehen der Kolleginnen und Kollegen paßte den Herren von der Betriebs- und Werksleitung überhaupt nicht. Auch ihr hektisches Herumrennen durch die Abteilungen konnte nichts daran ändern. Ein Betriebsleiter meinte, den Kollegen drohen zu können: Wer bis 9.30 Uhr nicht arbeitet, wird entlassen. Die Kollegen ließen sich nicht einschüchtern. – (VDM-Betriebszelle)

Wandzeitungen blieben hängen

Darmstadt. Am Mittwoch letzter Woche hingen in dem Metallbetrieb Donges Stahlbau an zwei Schwarzen Brettern kleinere Wandzeitungen mit folgendem Inhalt:

Auch in der Krise kampffähig
- gegen die Provokation von Gesamtmetall
- gegen Lohnraub
- für Streik.

Die meisten Kollegen, die an den Wandzeitungen vorbeigingen, blieben stehen und lasen sie durch. In verschiedenen Kolonnen gab es daraufhin Diskussionen über einen Streik. Kein Kollege sprach sich hierbei gegen einen Streik aus, aber er müßte von der Gewerkschaft organisiert werden. Einzelne Kollegen vertraten auch den Standpunkt, es hat keinen Sinn, noch länger zu warten, wir müßten eigentlich den Hammer hinschmeißen, aber dabei würden die meisten nicht mitziehen. Dies ist ein häufiges Argument der Kollegen, in den nächsten Tagen kommt es darauf an, diese Meinungen zusammenzufassen und einen Streik zu organisieren. Zu diesem Zwecke sollte auch die Wandzeitung dienen. Die Geschäftsleitung wagte es bis zum Wochenende nicht, die Wandzeitung abzuhängen, hat sie doch zu sehr Angst, sie müßte sich dann mit den Kollegen anlegen. – (h., Metallzelle)

Mit Kündigung gedroht

Sachsenheim/Ludwigsburg. Bei Kienle und Spiess, Stanz- und Druckgießwerk, nicht im Arbeitgeberverband, streikte die Belegschaft. Die Geschäftsleitung hatte auf einen Brief der IGM nicht geantwortet, sondern stattdessen Briefe geschickt, in denen mit genereller Kündigung gedroht wurde, um so die Forderung nach höheren Löhnen zu unterdrükken. Nach dem Streik drohte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat wegen Vertragsbruch mit fristloser Entlassung.

Harnischfeger Dortmund: Streik gegen Akkordverschärfung

Dortmund. Am Freitag, den 5. März, haben Kollegen der Abteilung Schweißerei und Maschinenbau 4 bei Harnischfeger in Dortmund von 10 bis 11.30 Uhr gestreikt. Anlaß war, daß neue Akkordsätze ausgegeben worden sind, bei denen im Gegensatz zu früher die Zulieferzeiten und die Verschnaufzeiten gestrichen worden sind. Die Kollegen zogen zum Betriebsrat. Die Betriebsleitung mußte sich bereit erklären, mit einer zweiköpfigen Delegation der Streikenden zu verhandeln. Ein Ergebnis liegt bisher noch nicht vor. Vorbereitet wurde die Neufestsetzung der Akkordzeiten dadurch, daß Ende 1975 REFA-Leute in den Abteilungen Schweißerei und Maschinenbau 4 auftauchten und damals schon erhebliche Unruhe unter den Kollegen hervorgerufen hatten. Vorher wurden schon in den Abteilungen Maschinenbau Stückbegleitkarten eingeführt, worin die Bearbeitungszeiten je Stück festgelegt wurden. Die Betriebsleitung behauptet, das diene dazu, zu erreichen, daß man immer wisse, wo das Stück sich gerade befindet. Praktisch heißt das aber, daß damit der Akkord auch in dieser Abteilung eingeführt worden ist. Offensichtlich ist es so, daß die Akkordarbeit auf den ganzen Betrieb ausgedehnt werden soll und gleichzeitig der Akkord verschärft werden.

„Die IGM muß härter ran"

Streik bei AEG Kassel

Kassel. Am 9. März streikten in den AEG-Fabriken Kassel mindestens 1 000 Kollegen der Früh- und Normalschicht von kurz nach 11 bis um 12 Uhr. „Wir müssen es so machen wie die VW-Kollegen gestern abend, die zweieinhalb Stunden gestreikt haben", das war die allgemeine Meinung. Der KBW hatte am Morgen ein Flugblatt verteilt, das zahlreich verbreitet war und von Hand zu Hand ging. Es fand große Zustimmung und wurde während des Streiks diskutiert. „Was die da über den Kampf der ÖTV-Kollegen berichten, ist gut, Wenn wir hier eine Festgeldforderung hätten, dann wären wir uns schon einig. Wenn man sieht, daß die IG Metall in Einzelfällen mit niedrigen Prozenten abgeschlossen hat, dann kommt einem das Grausen." So und ähnlich sprachen die Kollegen. „Hier steht, daß die Kollegen aus Wolfsburg sich am Streik aus Kassel ein Beispiel nehmen wollten. Es ist bedauerlich, daß es da nicht geklappt hat", meinten einige. Weitere Stimmen, die häufig zu hören waren: „Die IG Metall müßte härter rangehen. Dauernde Vertagungen der Verhandlungen bringen nichts. Eh' man sich versieht, sind wir von den Unternehmern eingewickelt. Jeder Tag, an dem der Streik hinausgezögert wird, stärkt nur unsere Gegner. Die IG Metall muß die Verhandlungen platzen lassen, damit wir alle den Streik vorbereiten können."

Streik bei Henschel

Kassel. Am Montag ging das Gerücht um, daß am Dienstag wieder nach dem Frühstück eine halbe Stunde gestreikt werden soll. Am Dienstag Morgen nach der Pause blieb dann auch fast der gesamte Getriebebau sitzen.

Im Blockbau nahe Halle 45 meinten viele Kollegen, daß die halbe Stunde nur Begleitmusik sei zu den Verhandlungen und daß es besser sei, mal den ganzen Tag die Arbeit ruhen zu lassen. Auch wurden stärker als beim letzten Mal die Stimmen laut, daß wir zur Ortsverwaltung ziehen müßten, damit Schluß gemacht wird mit der Rechnerei und die Verhandlungen für gescheitert erklärt werden.

Massenarbeitslosigkeit und Überstunden

Der blanke Widersinn

Auf der einen Seite Massenarbeitslosigkeit und auf der anderen Seite Überstunden und Sonderschichten, dieses Bild bietet derzeit der Kapitalismus.

Weil dieser Zustand für die Arbeiter blanker Widersinn ist, gibt es Widerstand dagegen. Friderichs, der Wirtschaftsminister, hat diesen Widerstand abzufangen versucht und in die Welt gesetzt, daß Überstunden gesetzlich verboten werden sollen. Das wurde dementiert. Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen hat dann die Lohnsteuer für Überstundenzuschläge erhöht (siehe KVZ Nr. 9/76). Aus dem Versprechen der Abschaffung von Überstunden wurde – ein Schritt zur Abschaffung der Bezahlung von Überstunden. Diesen Weg, die Überstunden, die die Arbeitswoche bis auf 60 Stunden ausdehnen können, abzuschaffen, predigen die Reformisten seit langer Zeit. Überstundenzuschläge seien schlecht, weil die Arbeiter dann einen Anreiz erhielten, die Überstunden, die verlangt werden, abzuleisten. Diesen Weg zur „Abschaffung der Überstunden" hat der bürgerliche Staat jetzt eingeschlagen. Die ergriffenen Maßnahmen entpuppen sich aber keineswegs als Abschaffung der Überstunden, sondern als erneute Schröpfung der Arbeiter. Von den Kapitalisten mit Drohungen zu Überstunden gepreßt, durch den kargen Lohn aus der Normalarbeit zu Überstunden gezwungen, werden jetzt die Zuschläge verstärkt besteuert.

Die Kapitalistenklasse nutzt alle Mittel und Möglichkeiten, um die Zeit der unbezahlten Mehrarbeit gegenüber der notwendigen Arbeitszeit auszudehnen. Dann kommt der bürgerliche Staat und steuert weg. Angeblich „um die Arbeiter davon abzuhalten, sich durch Überstunden zu ruinieren". Erst fordert der Wirtschaftsminister scheinheilig das Verbot der Überstunden, und dann stößt eine Landesregierung nach und raubt den Arbeitern die Überstundenzuschläge. Das Geld steckt sie dann wieder den Kapitalisten zu. Alles wegen dem Profit der Kapitalisten. Der Heißhunger der Kapitalisten nach unbezahlter Mehrarbeit, der Quelle des Profits, kann nicht beseitigt werden. Der Kapitalismus selbst muß beseitigt werden und der Sozialismus aufgebaut werden.

Im Kampf für den Sozialismus wird die Arbeiterklasse die notwendige Einheit und Stärke erreichen, wenn sie für die Durchsetzung von Forderungen kämpft, die der Ausbeutung gewisse Schranken setzen:

Verbot der Überstundenarbeit!
Für den Siebenstundentag!
Mindestens 80 Prozent Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Selbstverwaltung der Versicherungen!

Kanzler Schmidt bei Betriebsversammlung VW Wolfsburg

Erfahrungen lassen sich nicht beiseiteschieben

Wolfsburg. Am 4. März fand im Volkswagen-Werk eine Betriebsversammlung statt. Der Betriebsrat und die Geschäftsleitung hatten zu dieser Betriebsversammlung den Bundeskanzler Schmidt eingeladen. Anwesend waren auf der Betriebsversammlung etwa 20 000 Arbeiter und Angestellte des VW-Werkes. Schmidt sagte: Die Bundesrepublik habe mit dem Jahr 1975 eines der schwierigsten Jahre gut hinter sich gebracht. Nun stehe der Aufschwung vor der Tür. Das Jahr 1975 sei vor allem deshalb so gut gemeistert worden, weil das Netz der sozialen Sicherheit so eng geknüpft sei und man im Gegensatz zu anderen Staaten Gewerkschaften habe, die zu Kompromissen bereit seien. Die Erfahrung der Kollegen mit Massenentlassungen, der Arbeitslosigkeit, der Akkordschinderei und dem Druck auf die Löhne haben sich nicht einfach beiseite schieben lassen. Dementsprechend bekam Schmidt auch nicht viel Beifall. Also versuchte er es anders rum. Er beschwor die Weltwirtschaftskrise, an der die BRD keine Schuld habe: Die BRD habe die Erdölpreise nicht erhöht, hetzte er gegen die erdölproduzierenden Staaten, um ihre Schuld an der Weltwirtschaftskrise zu beweisen, kaum Beifall. Also fuhr er fort: Die Krise sei unabhängig vom Wirtschaftssystem, und er führte an, daß es der Bevölkerung der Sowjetunion noch schlechter ginge.

Schmidt wollte die Herrschaft der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion zum Anlaß nehmen, um gegen den Sozialismus zu hetzen. Aber auch das gelingt nicht mehr so einfach. Als er fortfuhr: „Ich war bei Mao in China", applaudierten die Kollegen laut. Wiederum mußte er sich gesagt haben, daß er so auch nicht an sein Ziel kommt, und versuchte die Tatsache, daß die Volksrepublik China ein Entwicklungsland ist, auszunutzen, um darzulegen, daß es hier den Arbeitern besser ginge, trotz der Wirtschaftskrise, als den Arbeitern im sozialistischen China.

Die Löhne in der BRD seien mit die höchsten in der Welt, und dies sei der Tatsache zu verdanken, daß hier wenig gestreikt würde.

Schmidt mußte auf der Betriebsversammlung die Erfahrung machen, daß man den Arbeitern nicht einreden kann, die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes in der BRD sei gut, wenn sie sich ständig verschlechtert.

Als er eine Passage aus der Betriebszeitung des KBW zitierte: *„Wenn der Bundeskanzler, der heute auf der Betriebsversammlung spricht, die bekannte Parole ausgibt, Das Erreichte sichern', so haben ihn die Kapitalisten gut verstanden. Sie verteidigen ihren Raub mit Zähnen und Klauen."* Und als außer einem Raunen der versammelten Kollegen nichts zu hören war, rief er ärgerlich: „Ich finde das lächerlich. Warum lacht denn hier niemand!"

20 Kollegen hatten sich für die Diskussion gemeldet. Hauptthema war die Tarifauseinandersetzung und die Lage der Arbeiterklasse, besonders die Lage der Jugend in der BRD. Vor kurzem waren Pläne, im VW-Werk Wolfsburg 500 Jugendliche ans Band zu stellen, bekannt geworden und scharf angegriffen worden, so daß dieser Plan aufgegeben werden mußte. Mehrere Redner forderten, daß keine Jugendlichen unter 18 Jahren zur Schichtarbeit eingeteilt werden. Das VW-Werk solle mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Schmidt wurde von einem Kollegen aufgefordert, sich zur Arbeitslosigkeit in der BRD zu äußern, zur Kürzung des Arbeitslosengeldes durch die Berechnung nach Steuerklassen und zur Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung. Der Kollege erhob die Forderung nach 80 Prozent Arbeitslosenunterstützung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und für die volle Beitragszahlung durch die Kapitalisten. Schmidt solle sich zu der Forderung äußern. Das tat Schmidt allerdings nicht direkt. Er sagte nur, die westdeutschen Kapitalisten seien auch nicht schuld an der Arbeitslosigkeit, und verwies auf die Weltwirtschaftskrise.

Ein anderer Kollege nahm zu der Äußerung Schmidts Stellung, daß das Netz der sozialen Sicherheit ausgezeichnet sei und daß die Erträge der Unternehmer höher sein müßten, indem er den steigenden Absatz für Luxusartikel der Kapitalisten wie z.B. Jachten usw. der Entwicklung der Armut anhand der offiziellen Statistiken gegenüberhielt. Alle Kollegen, die zu den Tarifverhandlungen sprachen, nahmen gegen die 4-Prozent-Provokation von Gesamtmetall Stellung. Der VW-Vorstandsvorsitzende Schmücker wurde aufgefordert, zu den Tarifverhandlungen Stellung zu nehmen. Er erwiderte darauf, daß er sich jetzt noch nicht äußern könne, VW dürfe keine Vorreiter machen. Die Streikbewegung der letzten Wochen hat auch auf den VW-Vorstand ihre Wirkung nicht verfehlt. Schmücker sagte auf der vorletzten Betriebsversammlung, er sei zuversichtlich, daß das gute Beispiel vom letzten Jahr, wo VW ein Prozent unter den anderen Tarifbezirken abgeschlossen hätte, wiederholbar sei. Diesmal sagte er, diese Hoffnung habe er aufgegeben. Er konnte damit aber niemand überzeugen, daß die Tarifverhandlungen damit zum Guten für die Belegschaft ausgehen würden. Mit 4 Prozent brauchen sie nicht zu kommen, sagte ein Kollege zu Schmücker. Bundeskanzler Schmidt vermied es in der Diskussion, zu den laufenden Tarifauseinandersetzungen Stellung zu nehmen. Als ein Kollege sagte, Schmidt hätte in seiner Rede über Streiks in England gehetzt, er wolle nun wissen, was Schmidt zu den Streiks der Metallarbeiter gegen die 4-Prozent-Provokation von Gesamtmetall sage, ging er auch nicht darauf ein.

VW-Tarifverhandlungen abgebrochen

Die VW-Tarifverhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden, nachdem die VW-Leitung 4 Prozent angeboten hat, von denen 0,9 Prozent auf zwei Tage mehr Urlaub fallen, ein Teil in die Altersruhegeldkasse fließen soll, so daß nur etwa 2 Prozent als Lohnerhöhung rauskämen. Schmücker will offensichtlich die Provokation der Metallkapitalisten überbieten. Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Volkswagenwerk

Zwang zu Sonderschichten

Wolfsburg. Am nächsten Samstag wird im Volkswagenwerk die 15. Sonderschicht seit den Massenentlassungen gefahren. An jeder der Sonderschichten mußten zirka 10 000 Arbeiter teilnehmen. Diese Sonderschichten werden von den VW-Arbeitern verlangt, obwohl es in der Bundesrepublik zur Zeit zirka 1,3 Millionen Arbeitslose gibt. Seit Anfang des Jahres sind von diesen Sonderschichten nicht nur die Arbeiter in der Produktion, sondern auch die Facharbeiter des Schnittbaus (Werkzeugneuanfertigung und Reparaturabteilung) betroffen.

Von vielen Kollegen werden die Sonderschichten abgelehnt. Darauf reagierte der VW-Vorstand mit Zwangsmaßnahmen. Wer nicht zur Sonderschicht kommt, muß damit rechnen, daß ihm der Tag als „unentschuldigt gefehlt" angerechnet wird. Diese Zwangsmaßnahmen werden da angewandt, wo Kollegen sich beständig weigern, an den Sonderschichten teilzunehmen. Auf der anderen Seite gibt es eine ganz große Anzahl Kollegen, die zur Sonderschicht kommen, auch wenn sie gar nicht dran sind (zur Sonderschicht ist jeweils die Frühschicht eingeteilt). „Was willst du machen, wenn du das Geld brauchst?" sagte ein Kollege.

Die Sonderschichten im Volkswagenwerk werfen ein Schlaglicht auf die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse während der kapitalistischen Krise. Die Kapitalisten nutzen die Krise, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse schrankenlos zu erhöhen. Eines ihrer Mittel ist die Verlängerung der Arbeitszeit. Erst wurden im VW-Konzern über 20 000 Kollegen entlassen. „Man braucht eine Belegschaftsstärke, mit der man schwierige Zeiten überstehen kann", sagte der VW-Vorstandsvorsitzende Schmücker letztes Jahr zu den Entlassungen. Diese Entlassungen bekommen nur für die Kapitalisten aber erst den richtigen Sinn, wenn sie die Arbeiter der übrigen Kollegen verlängern, um so verstärkt Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszupressen.

Gleichzeitig wurden die Vorgabezeiten für die Neuanfertigungen gekürzt und jetzt wird auch noch die Arbeitszeit verlängert, indem Überstunden verlangt werden. Die Entlassung eines Teiles der Arbeiterklasse ist nur die Bedingung für die Überarbeit des in der Produktion befindlichen Teils. Die Lohndrückerei durch die Kapitalisten beschleunigt diese Entwicklung, denn je geringer der Lohn der Arbeiter ist, desto leichter können die Kapitalisten die Arbeiter zu Sonderschichten pressen. Entscheidend ist aber, daß die Kapitalisten in den jetzigen Lohnauseinandersetzungen nicht mit ihrer Absicht durchkommen können, den Lohn der Arbeiter entscheidend zu drücken. Insbesondere, daß es ihnen nicht gelingt, die Kollegen in den unteren Lohngruppen in eine elende Lage zu bringen. Die Einheit im Lohnkampf herzustellen, schafft gute Voraussetzungen für den Kampf gegen die Ausdehnung der Arbeitszeit und für ein völliges Verbot der Überstundenarbeit. – (h., Wolfsburg)

Interview

Die Ausbildung der Kinder wird immer teurer

Die Aufziehung und Ausbildung der Kinder wird immer mehr zu einer finanziellen Belastung für die Arbeiterfamilien. Das nachstehende Interview wurde mit einer Arbeiterfamilie mit drei Kindern geführt in Eppelheim/Nordbaden.

Wie alt seid ihr?

Mann: Ich bin 32, meine Frau ist 29.

In welchem Alter sind eure Kinder?

Frau: Die Älteste ist 12 Jahre alt, der Junge 10 und die Jüngste ist 8.

Könnt ihr sagen, wie ihr monatlich über die Runden kommt?

Mann: Ich schaffe bei der Bahn als Arbeiter und bin in der Lohngruppe 5, dazu kommen 17 % Schmutz- und Erschwerniszulage. Nach Abzug von Lohnsteuer, Versicherung und den Sozialabgaben bleiben mir noch 1550 DM netto. Die Frau schafft nicht mit, da sie für die Kinder sorgen muß.

Wir haben vom Vater meiner Frau das Haus geerbt und vor vier Jahren umgebaut. Damals hieß es, wir müssen monatlich etwa 400 DM abzahlen. Wir dachten, das müssen andere auch für die Miete bezahlen. Heute sind es aber 720 DM, so daß uns, wenn der Monat 31 Tage hat, um die 800 DM zum Leben übrigbleiben. Im Februar kriege ich wegen der 28 Tage noch weniger heraus. Für Gas und Strom müssen wir monatlich 100 DM bezahlen. Uns bleiben also für fünf Personen täglich zirka 23 DM.

Wieviel Kindergeld kriegt ihr vom Staat?

Mann: Im Nettolohn von 1550 DM sind 240 DM Kindergeld enthalten.

Welche Kosten entstehen für die Kinder?

Mann: An Krankenversicherung zahle ich für die ganze Familie monatlich [illegible] knapp 100 DM. Dann haben wir für die Kinder eine Lebensversicherung abgeschlossen, das macht pro Kind 9,25 DM monatlich.

Frau: Was ein Kind kostet, ist schwer zu sagen. Für die Schule muß ich monatlich an die 30 DM rechnen für Hefte, Zeichenblöcke, Schreibzeug und Farbstifte. Die Schulbücher habe ich zum halben Preis gekauft, die andere Hälfte zahlt dann die Gemeinde. Wir bezahlen das, damit den Kindern die Bücher gehören, damit sie richtig arbeiten können und auch etwas hineinschreiben können. So umgeht der Staat die Lehrmittelfreiheit und zieht der. Eltern das Geld aus der Tasche. Jedes Jahr müssen wir darum kämpfen, daß wir die teuren Mathematikblöcke, die Verbrauchsmaterial sind, nicht auch noch bezahlen müssen. Für die Handarbeit – das lernen die Jungen ja jetzt auch – brauchen die Kinder auch fast 10 DM monatlich für Stoffe und Garne. Für den Sportunterricht brauchen sie oft neue Turnhosen und Turnschuhe, im Winter einen Trainingsanzug, außerdem Badesachen. Grad das Fahrgeld bleibt uns erspart, weil die Kinder in die Schule am Ort gehen können. Wenn sie mal größer sind und in die Berufsschule müssen, kommt das auch noch dazu.

Das Aufziehen und die Ausbildung der Kinder hat sich in den letzten Jahren sehr verteuert. Könnt ihr das an Beispielen belegen?

Frau: Sagen wir mal, ich kaufe für die Älteste eine Hose, so zahle ich 50 DM dafür, denn sie braucht schon Damengröße. Schuhe, die auch etwas taugen sollen, zum Beispiel ein Fußbett haben, kosten um die 35 DM. Ich schaue immer herum, wo ich günstig einkaufen kann.

Meine Cousine berichtete mir, daß innerhalb des Zeitraums von 1974 bis 1976 eine Dose Säuglingsnahrung um 6 DM teurer geworden ist. Da ich im nächsten Monat auch einen Säugling erwarte, kommen da noch schöne Preisüberraschungen auf uns zu.

Mann: Mit der Ausbildung ist das auch so eine Sache. Die höhere Schule ist nicht drin. Heute brauchen ja die Kinder schon in der Grundschule einen Nachhilfelehrer, weil wir Eltern mit der modernen Mathematik nicht mehr mitkommen. In der Hauptschule lernen die Kinder fünf Jahre, in der Realschule wären es sechs, im Gymnasium neun Jahre. In dieser Zeit brauchen sie Nahrung, Kleidung, Lernmittel, und das wird doch ständig teurer. Bevor beim Arbeiter einmal der Lohn ein bißchen in die Höhe geht – und man von dem Bißchen noch einen Haufen Steuern abgezogen kriegt – gehen vorher zwei, drei Mal die Lebensmittelpreise in die Höhe.

Die staatlichen Arbeitgeber hetzen gegen die 135 DM Forderung. Sie haben [illegible] 4 % angeboten. Was würde dir das bringen im Vergleich zu deinem Chef?

Mann: Unser Chef verdient um die 5000 DM brutto herum. Er würde dann 200 DM einstecken. Bei mir mit 2000 DM brutto kämen ganze lumpige 80 DM heraus.

Was sagt ihr zur 135 DM Forderung?

Mann: Der Staat will denen, die schon viel haben, noch mehr geben, und wir können sehen, wo wir bleiben. Das ist aber ganz ungerecht. Die 135 DM für alle sind gerecht, denn dann hat jeder das Gleiche. Dann hat nicht der Chef mehr und wir Arbeiter weniger.

Ersatzlose Streichung des § 218

Wolfsburg. Kanzler Schmidt konnte die Verschärfung des § 218 den Wolfsburger VW-Arbeitern nicht als Erneuerung und Reform verkaufen. Auf der Betriebsversammlung am 4. März behauptetete Schmidt in seiner Schlußrede, daß die Neufassung des § 218 eine Reform in Interesse des Volkes sei. In einer Diskussion am Passat-Band wurde später von Kollegen einhellig festgestellt, der § 218 muß nach wie vor ersatzlos gestrichen werden.



Veranstaltung des KBW

Dienstag, 9. März 1976 19.30 Uhr Wienerwald

Speyer. In mehreren spontanen Abteilungsversammlungen protestierten am Freitag, dem 5. März, Arbeiter bei VFW Speyer gegen die geplanten Massenentlassungen und gegen die Stillegung. Über 1 000 Arbeiter von VFW und anderen Speyerer Betrieben demonstrierten am 6. März in der Speyerer Innenstadt. Aufgerufen hatte neben dem IG-Metall-Komitee eine Bürgerinitiative. Auch am Dienstag, dem 9. März, fanden wiederum über den ganzen Betrieb hinweg Abteilungsversammlungen statt. Der Betrieb stand praktisch still. Die Belegschaft diskutierte, wie die Stillegung noch verhindert werden kann.

Für den Abend des 9. März hatte die Ortsgruppe des KBW zu einer Veranstaltung eingeladen unter dem Thema „Faulender Kapitalismus (am Beispiel der Region von Speyer und VFW) – Aufblühender Sozialismus (am Beispiel der Selbstverwaltung der Fabriken in China)". Ein Kollege von VFW Bremen berichtete über die dortige Situation. 40 Besucher, vor allem Arbeiter von VFW und aus anderen Speyerer Betrieben, diskutierten am Ende über die Ursache der Massenentlassung und die Möglichkeit des Kampfes dagegen.

600 Drucker demonstrierten gegen Entlassungen

Hamburg. Am 5. März demonstrierten etwa 600 Kollegen der Hamburger Druckindustrie gegen die bevorstehenden Entlassungen im Ortsbereich und gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Ein Transparent mit der Forderung zur Tarifrunde „140 DM für alle" wurde mitgetragen.

Drucker wollen 140 DM

Frankfurt/M. Am Samstag, dem 6. März, fand in Frankfurt eine Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier statt über die anstehende Tarifrunde. Verfaßt wurde folgender Brief an die Tarifkommission zur aufgestellten Tarifforderung, auf dessen Grundlage auch Unterschriften unter den Kollegen gesammelt werden sollen:

„. . . in Anbetracht dessen, daß diese Forderung unser bisheriges Einkommen nur absichern kann, bedeutet sie für uns eine Mindestforderung . . . Das heißt, daß die Forderung der Tarifkommission dahingehend konkretisiert werden muß, klipp und klar zu sagen: Erhöhung des Facharbeitereeklohnes um 9 % und dementsprechend 140 DM für alle darunterliegenden Lohngruppen. Deshalb unsere Empfehlung an die Kollegen in der Tarifkommission: Sollte die Arbeitgeberseite auf ihrer bisherigen Taktik des Lohnabbaus bestehen bleiben, dann sind die Verhandlungen abzubrechen und entsprechende Kampfmaßnahmen zu ergreifen."

Streik in der Papierverarbeitung

Reutlingen. Über 300 Kollegen von Emil Adolff Reutlingen haben am 4.3. für eine halbe Stunde die Arbeit hingeschmissen. Emil Adolff gehört zur papier-, pappe- und kunststoffverarbeitenden Industrie. Gestreikt haben die Kollegen aus Protest gegen die Haltung der Papierkapitalisten in der Lohnrunde. Die Forderung der Gewerkschaft steht bei 8 %, die Kapitalisten zeigen sich bisher unnachgiebig und bieten nichts an.

IG Chemie

Darmstadt. Auf der Vertrauensleuteversammlung Merck am Donnerstag (5.3.76) wurde eine Festgeldforderung von 170 DM aufgestellt.

IG Chemie Vertrauensleute Hannover: 150 DM mehr!

Hannover. Die IG-Chemie-Vertrauensleuteversammlung der Verwaltungsstelle Hannover hat sich am 8. März für eine Festgeldforderung ausgesprochen. Vertreten wurde zwar auch eine Mischforderung, wie sie der Hauptvorstand propagiert, aber die Mehrheit der hundert Anwesenden stimmte bei etwa 30 Gegenstimmen für eine Festgeldforderung von 150 DM. Diese Forderung wurde von Vertrauensleuten von Pelikan eingebracht mit der Begründung, daß die Kollegen dort in der Mehrheit in den unteren Lohngruppen 1 und 2 wären und die Festgeldforderung sich gegen ein weiteres Herabdrücken der unteren Lohngruppen richtet.

Erwitte: Ein Jahr Kampf

Am 10. März 1975 nahmen die Zementarbeiter von Seibel/Erwitte den Kampf gegen ihre Entlassungen auf und besetzten das Werk. Sie setzten bis heute ihren Kampf fort. In Erwitte findet am 10. März eine Veranstaltung statt, auf der der DGB-Vorsitzende Vetter spricht.

BASF

Programm für Jugendvertreterkandidaten

Ludwigshafen. Bei der BASF haben die Lehrlinge mit der Vorbereitung der Jugendvertreterwahlen begonnen. Für diese Wahlen haben zahlreiche Kämpfe der BASF-Lehrlinge in den letzten Monaten gute Voraussetzungen geschaffen. Im letzten Sommer berichteten wir über Streik und Demonstrationen gegen die Nichtübernahme von Lehrlingen, die ihre Ausbildung abgeschlossen hatten. Im November über Streiks der Lehrlinge in H400 und in der Friesenheimer Lehrwerkstatt gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen.

Waren in der Friesenheimer Werkstatt die Forderungen der Lehrlinge bald erfüllt worden, hatte die Betriebsleitung bei H400 versucht, die Lehrlinge über Wochen mit Versprechungen hinzuhalten. Die Lehrlinge in H400 haben daraufhin debattiert, den Streik wieder aufzunehmen. Die Vertrauensleute forderten in einer Resolution die Ausbildungsleitung auf, bis Ende Februar die Halle endlich schallzuisolieren und Trennwände zwischen den einzelnen Abteilungen hochzuziehen. Daraufhin wurde schleunigst mit den Bauarbeiten begonnen und die gesetzten Termine eingehalten. Die Lehrlinge haben gesehen, die Sprache von Kampfmaßnahmen verstehen die BASF-Kapitalisten sehr wohl, zumal wenn Lehrlinge und Arbeiter gemeinsam vorgehen.

Jetzt bei der Vorbereitung der Jugendvertreterwahlen wird überlegt, wie der Zusammenschluß gegen die Kapitalisten gefestigt werden kann. Der Versuch der bisherigen Jugendvertretung, die Wahlvorbereitung hinter den Kulissen zu betreiben, ist deshalb sofort auf Kritik gestoßen. Die Jugendvertretung hatte auf der Jugendversammlung vom 19.2. zwar auf die anstehenden Wahlen hingewiesen, sich aber geweigert, einen Termin bekannt zu geben. Nur einigen Vertrauensleuten wurde gesagt, daß der Termin der 20. März sei. Begründet wurde die Geheimnistuerei damit, daß sich sonst andere Gruppen in die Wahl einmischen würden. Die Betriebszeitung der BASF-Zelle des KBW schrieb dazu:

„Es ist aber doch so, daß alle Jugendlichen wissen müssen, wann die Kandidaten aufgestellt werden. Sie wählen ja auch die Jugendvertreter und brauchen die Zeit, um ihre Vorschläge zu diskutieren. Man wählt ja einen Jugendvertreter nicht nach der Nase, sondern nach dem, was für Forderungen und Positionen er vertritt und wie er sich einsetzt."

Ein Jugendvertrauensmann, der von den 30 Kollegen in seiner Gruppe als Kandidat vorgeschlagen wurde, hat jetzt ein Programm vorgelegt, das von der Gruppe einstimmig angenommen wurde. Es tritt nicht nur für Forderungen gegenüber den BASF-Kapitalisten ein, sondern auch für Forderungen gegenüber dem Staat. Das Programm, das wir im folgenden abdrucken, fand auch an der Berufsschule bei sechs Gruppen (etwa 90 Kollegen) Unterstützung. Es wird jetzt versucht, das Programm im ganzen Betrieb bekannt zu machen und alle Kandidaten darauf zu vereinheitlichen. – (BASF-Zelle Ludwigshafen)

Wahlprogramm

Der Kandidat ist nach seiner Wahl verpflichtet, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

1. Übernahme aller Lehrlinge
Wir dulden es nicht, daß auf Kosten der gesamten Belegschaft Arbeitskräfte eingespart werden; denn kommen keine neuen Facharbeiter in den Betrieb, bleibt die Arbeit an den anderen hängen, die Arbeitshetze im Betrieb steigt. Wir lassen es außerdem nicht zu, daß Teile der Ausgelernten ins Elend der Arbeitslosigkeit gestürzt werden.

2. Verbot der Akkordarbeit für Jugendliche
Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz erlaubt Akkordarbeit für Jugendliche. Auch bei der BASF werden Lehrlinge, die mit einem Gesellen zusammenschaffen, in dessen Akkord mit reingezogen. Akkord schadet der Ausbildung und führt zu frühem körperlichem Verschleiß.

3. Fahrkostenrückerstattung
Für Fahrkosten geht ein großer Teil des sowieso geringen Lehrlingslöhns drauf, was nicht gerechtfertigt ist. Die BASF-Kapitalisten sind es ja, die unsere Arbeitskraft täglich brauchen, um sie auszubeuten oder sie dazu auszubilden. Sie müssen die Kosten für An- und Abfahrt tragen.

4. 60 % vom Facharbeitereckiohn für Lehrlinge
Es muß den Lehrlingen möglich sein, sich selbst zu versorgen, da sie sonst auf der Tasche der Eltern liegen. Viele Haushalte können sich das nicht leisten, was dazu führt, daß Teile der Jugendlichen keine Ausbildung machen können.

5. Anerkennung der jugendlichen Schulabgänger ohne Arbeit als Arbeitslose. 60 % vom Facharbeitereckiohn als Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit
Wenn die jugendlichen Arbeitslosen kein Auskommen haben, können sie leicht als Druckmittel für die im Betrieb ausgenutzt werden, da sie dann auf jede Arbeit unter noch so schlechten Bedingungen angewiesen sind. Das wirkt sich spaltend und hemmend auf die Kämpfe der Jugendlichen im Betrieb aus. Jeder kennt das: „Was – du muckst auf? Wir brauchen dich nicht – da draußen stehen genug!"

6. Weg mit den Beurteilungsbögen!
Die Beurteilungsbögen sind nicht fachbezogen, sondern bewerten die Person. Sie dienen als Druckmittel für die Lehrlinge.

7. 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Werktagen
Die theoretische Ausbildung kommt oft im Betrieb zu kurz. Mit dieser Forderung wenden wir uns gleichzeitig gegen das Vorhaben der Regierung, die Berufsschulpflicht aufzuheben.

8. Kontrolle der Berufsschule durch die Gewerkschaft, Betriebsräte und Jugendvertretungen,
um zu erreichen, daß die Ausbildung in der Schule im Interesse der Jugendlichen geschieht. Oft ist es so, daß betriebliche und schulische Ausbildung weit auseinander klaffen, die schulische Ausbildung aus Lehrermangel oder mangelnden staatlich bereitgestellten Mitteln schlecht ist. Darauf müssen die Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten Einfluß haben.

9. Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr
Forderung 7 und 8 zielen darauf hin, eine Ausbildung, theoretisch und praktisch, im Interesse der Jugendlichen zu erreichen. Wir müssen die Spaltung in Haupt-, Sonder-, Realschüler und Gymnasiasten aufheben und eine einheitliche Ausbildung erlangen, die theoretisch und praktisch die Grundlagen der Hauptzweige der Produktion vermittelt.

Der gewählte Jugendvertreter ist an dieses Programm und die Beschlüsse der Jugendlichen gebunden und rechenschaftspflichtig. Er ist auf Verlangen der Mehrheit der Jugendlichen jederzeit abwählbar.

Frankfurt

500 Postler demonstrieren

Frankfurt. Am 9. März haben die Vertrauensleute des Fernmeldeamtes 2 und des Postscheckamtes in Frankfurt um 15.30 Uhr eine Demonstration mit etwa 500 Teilnehmern von der Stiftstraße durch die Innenstadt zum Gewerkschaftshaus durchgeführt, wo um 16 Uhr eine Vertrauensleutekörpersitzung der Ortsverwaltung Frankfurt stattfand mit dem Gewerkschaftsfunktionär Ferdinand, Mitglied der Tarifkommission der DPG, als Gast.

Sie hatten zwei große Transparente dabei, auf denen sie sich gegen die Lohnkürzung und für 135 DM fest und keinen Pfennig weniger aussprachen und die sie dann im Sitzungssaal aufgehängt haben.

Zuerst hatte der Gewerkschaftsfunktionär Ferdinand das Wort, der ausführlich den Gang der Tarifverhandlungen darstellte. Seine Ausführungen wurden immer wieder durch laute Empörung aus dem Saal unterbrochen, weil Kollegen ihrem Ärger einfach Luft machen mußten über die Frechheit, mit der der Staat ihren gerechten Forderungen entgegengetreten ist.

In seinem Angebot vom 4. März, meinte das Bundespostministerium, sei die soziale Komponente genügend berücksichtigt. Wie diese soziale Komponente für die unteren Lohngruppen aussieht, das spottet jeder Beschreibung. Zwischen zwei und drei DM im Monat beläuft sich der soziale Zuschlag für die Arbeiter und Angestellten der unteren Lohngruppen.

Jede Äußerung Ferdinands, die sich gegen dieses verhöhnende Angebot wendete, wurde von den Versammelten mit anhaltendem Beifall begrüßt. Die ersten Kollegen, die sich dann zu Wort meldeten, haben alle nochmal bekräftigt, warum sie 135 DM dringend brauchen. Daß das schon viel zu wenig sei und daß sie deshalb davon nicht abrücken.

„Wie soll ich denn mit 1 000 DM weiterleben und drei Kindern, steigenden Kosten überall, da gehen wir doch kaputt!" rief einer der Kollegen.

Sie haben davon berichtet, wie in den Ämtern jetzt durch Stellenstopp und Streichungen von den übergebliebenen Kollegen immer mehr Arbeit verrichtet werden muß.

Aus allen Berichten, nicht nur aus dem vom Postamt 2 und 4, wurde deutlich, daß sie kein Verständnis haben für die goldenen Brücken, die Ferdinand dem Bundespostminister noch glaubte bauen zu müssen.

Die Versammelten wollen, daß am 15. März, dem nächsten Verhandlungstag, Schluß ist mit der Friedenspflicht und daß man jetzt schon Aktionen dafür vorbereiten muß. Unter Umständen eine Urabstimmung.

Es wurden drei Aktionsvorschläge einstimmig angenommen: Entschließung 1. und 2.

Entschließung an das Bundespostministerium

1. Die Teilnehmer der Vertrauensleutekonferenz der Ortsverwaltung Frankfurt der DPG am 9. März 1976 protestieren gegen das vorgelegte ungenügende, unsoziale und beleidigende Angebot von knapp 4 Prozent. Wir fordern zum nächsten Verhandlungstermin am 15. März ein Festbetragsangebot und verwahren uns gleichzeitig gegen die bisherige Verschleppungstaktik.

Nach den Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst lassen wir uns eine weitere Minderung unseres Einkommens nicht länger gefallen. Wir fordern 135 DM.

2. Die Teilnehmer der Vertrauensleutekonferenz der Ortsverwaltung Frankfurt am 9. März 1976 stehen geschlossen hinter der Forderung nach einem Festbetrag in Höhe von 135 DM und sind bereit, dafür aktiv einzutreten. Deswegen fordern wir den Hauptvorstand auf, die Verschleppungstaktik unseres Arbeitgebers nicht länger hinzunehmen. Wir fordern weiter, daß vor einem Abschluß unter 135 DM oder einer anderen Struktur des Angebotes eine Urabstimmung durchgeführt wird. Bereits jetzt sind Vorbereitungen für die Durchführung von Kampfmaßnahmen zu treffen.

Die Entschließungen sind einstimmig von knapp 500 Vertrauensleuten gefaßt worden.

3. Gestützt auf die Streikerfahrungen von 1974 werden drei Aktionskomitees in den Schwerpunktbereichen Ostbahnhof, Hauptbahnhof und Zeil gegründet.

4. Zum 15. März soll eine Kundgebung oder Demonstration zusammen mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Frankfurt veranstaltet werden.

In Zahlen

Das 3,8/4,2 % Regierungsangebot

Für die öffentlichen Haushalte entsteht durch dieses Angebot von 3,8 % auf das Grundgehalt und 4,2 % auf die Sozialzuschläge eine Belastung von rund 3,95 %. Rechnet man das um auf den Festbetrag, der damit bestritten werden könnte, so beträgt dieser Festbetrag volle 124 DM.

124,– DM

Einer der mehreren hunderttausend Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, die um die 1400 DM als Lohn erhalten, erhält nach diesem Angebot ganze:

55,– DM

Die Differenz ist groß. Wo bleibt sie? Sie fließt in die Taschen der hohen Beamten. Also, in die Taschen von Angehörigen der Bourgeoisie. Dort macht das Angebot bei einem Beamteneinkommen von 5 000 DM, das noch lange nicht das höchste ist, bereits aus:

210,– DM

Der hohe Beamte kauft sich davon einige Aktien, denn zum Leben braucht man das nicht. Er bekommt dafür noch Dividende und ist auch noch an der Ausbeutung der Arbeiterklasse direkt beteiligt.

Die Hunderttausende, für die 55 DM gedacht sind, kommen damit zum Teil nicht mehr aus. Sie werden versuchen, in der Industrie etwas Günstigeres zu bekommen. Das drückt wieder auf die Löhne der Industriearbeiter.

Von Sparsamkeit ist keine Spur zu sehen. Die Staatsmacht ist bürgerlich. Sie macht, was die Kapitalisten wollen. Wo es in die eigene Tasche geht, sind die Bourgeois schon immer großzügig gewesen. Auf den Arbeitslohn sind sie wahre Räuber.

Das „Angebot" enthält zwei Komponenten. Nach Behauptung der Regierung hat es einen sozialen Charakter. Die Orts- und Sozialzuschläge steigen mit Verheiratung und bei jedem Kind, was dazukommt. Die Regierung sagt, sie würde diese Zuschläge höher anheben. Denn die Lebenshaltungskosten sind für Verheiratete und Kinderreiche stärker gestiegen. Das sei in dem Festbetrag nicht berücksichtigt. In dem Angebot der Regierung sei das berücksichtigt. Deswegen sei das Angebot der Regierung „sozial"!

Ein lediger Beschäftigter mit 1800 DM Einkommen erhält danach

70,– DM.

Ein Beschäftigter, der eine Familie mit fünf Kindern zu ernähren hat und 1800 DM verdient, erhält nach diesem Angebot hingegen

72,– DM,

also 2 DM mehr.

Davon kann er seinen fünf Kindern einmal im Sommer ein Eis kaufen. Damit versucht der Innenminister zu spalten. Die Arbeiter werden ihm eins husten.

Zum Abschluß. Die höhere Beamtenehe und das höhere Beamtenkind schätzt der Staat sowieso für etwas Besseres ein. Die entsprechende Zulage beträgt für die bessere Beamtenfamilie 984 DM. Das sind *184 DM* mehr, als zum Beispiel einer Putzfrau mit fünf Kindern, deren Mann Frührentner ist, zugebilligt werden. Vermutlich werden diese 184 DM für den höheren moralischen Standard gebraucht. Für das Essen kann es nicht sein, denn da steht sowieso fünfmal oder zehnmal mehr zur Verfügung.

Die „sozialliberale" Regierung, die das Angebot macht, berücksichtigt den „Verfall des Leistungswillens", der bestimmt bei den Beamtenkindern und in der höheren Beamtenehe eintritt, wenn sie genauso bewertet werden wie ein Putzfrauenkind oder eine Arbeiterehe im Angebot. Nicht nur, daß für die bessere Familie die Erhöhung aufs Grundgehalt des Ernährers mit zum Beispiel 190 DM rund fünf- bis sechsmal soviel ausmacht, nein, auch bei den Orts- und Sozialzuschlägen bringt das Angebot der Regierung um 8,70 DM mehr. „Leistung" muß eben honoriert werden und Eheleben und Kinderaufzucht sind nun mal bei besseren Leuten höher zu bewerten. Und sei es auch nur ums Prinzip. Gehässige Arbeiterverachtung spricht aus den Zahlen des Regierungsangebots. Wer wird sich wundern, wenn jetzt begonnen wird, zu demonstrieren und zu streiken?

Die Sozialdemokraten sagen, man solle nicht streiken, denn das macht die Regierung kaputt.

Wir sagen, gegen dieses Angebot muß gestreikt werden. Was dabei kaputt gerissen wird, ist so oder so bloß der Strick um den Hals der Arbeiter.



Für 135 DM ! STREIK!

Entschließung der 13. Ordentlichen ÖTV-Bundesjugendkonferenz

Die öffentlichen Arbeitgeber haben der Gewerkschaft ÖTV in der zweiten Lohnverhandlungsrunde 1976 ein Angebot von 3,8 % bis 4,2 % vorgelegt.

Dieses Angebot ist eine glatte Unverschämtheit und eine Provokation gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Die Bundesjugendkonferenz hält entschieden an dem einheitlichen Festbetrag von DM 135,– fest und lehnt auch jeden Verhandlungsspielraum ab. Dieser Betrag ist das Mindeste, was wir brauchen, um unseren Lebensstandard zu halten und das Absinken der unteren Lohngruppen in das soziale Elend zu vermeiden.

Durch die bisherigen Verhandlungen sieht man:
Die öffentlichen Arbeitgeber werden nur durch massiven Druck der Kollegen gezwungen werden können, unserer Forderung von DM 135,– nachzugeben. In allen Betrieben und Verwaltungen müssen jetzt sofort Aktionen der Kollegen eingeleitet werden, in denen unsere Entschlossenheit und Kampfkraft den öffentlichen Arbeitgebern entgegengestellt wird.

Post-Kundgebung während der Arbeitszeit

Kiel. Am Dienstag Vormittag gaben die Postler vom Fernmeldeamt in Kiel eine richtige Antwort auf das provokatorische Angebot von 3,9 Prozent. Etwa 200 Arbeiter, Angestellte, Beamte und Auszubildende versammelten sich für 20 Minuten auf dem Hof des Fernmeldeamtes und verlangten den Amtsvorsteher zu sprechen. Amtsvorsteher Jensen war überrascht von der großen Anzahl und gab sich kleinlaut: Er sei ja auch nur Arbeitnehmer und wünsche sich genauso wie die Versammelten mehr Gehalt. Auf die Frage, was er denn von der 135-DM-Forderung hält, schwieg der gute Mann. Er hat es vorgezogen, seine Meinung nicht zu sagen. Ihm würden schon die 3,9 Prozent 200 DM mehr bringen. Die Stimmung unter den Kollegen war geladen. Zur Sprache kamen neben der Forderung nach 135 DM die Maßnahmen des Dienstherrn aus den vergangenen Jahren: Rationalisierungen, Lohn- und Gehaltskürzungen durch das Haushaltsstrukturgesetz und die Hetzkampagne gegen den öffentlichen Dienst in den Massenmedien. Unter dem Beifall der Kollegen bezeichnete der Bezirksvorsitzende der DPG das Angebot als eine Provokation. Er erinnerte an den Streik von 1974 und fragte: „Haben die öffentlichen Arbeitgeber vergessen, daß auch die Beschäftigten der Post ihre Forderungen kämpferisch vertreten können?" Die Versammlung war ein gutes Mittel, dem Gedächtnis des Dienstherrn auf die Sprünge zu helfen. Wenn diese Aktionen weitergetrieben werden, wenn auch öffentliche Kundgebungen aller Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes als weiterer Zusammenschluß auf dem Weg zu einem Streik folgen, dann ist der Sieg gegen den Dienstherrn möglich.

Protestversammlung gegen das 4 Prozent-Angebot

Schwetzingen. Auf Beschluß der ÖTV-Mitgliederversammlung des Kreiskrankenhauses wurde durch die Vertrauensleute für den 8. März eine Protestversammlung organisiert. Ein Aufruf wurde unter den Kollegen am Krankenhaus verteilt. Schilder, Plakate und ein Flugblatt erstellt. Etwa 30 Kollegen haben an der Protestaktion teilgenommen. In den kurzen Reden des ÖTV-Vertrauensleuteobmannes und eines ÖTV-Personalrats wurde die lohnräuberische Absicht des staatlichen Dienstherrn angegriffen. Das verteilte Flugblatt fand bei der Bevölkerung lebhaftes Interesse. Eine Presseerklärung wurde verabschiedet und sogleich durch eine Delegation übergeben. Die ÖTV-Vertrauensleute haben für Freitag eine Diskussionsveranstaltung angekündigt. Die Kollegen aller Betriebe des öffentlichen Dienstes am Ort sind eingeladen. Es soll über weitere Schritte beraten werden.

Bremen. Etwa 50 Kollegen versammelten sich auf dem Marktplatz, um öffentlich für ihre Forderung nach 135 Mark einzutreten. Darunter Kollegen aus dem Krankenhaus St. Jürgenstraße, aus der Universität und anderen Behörden. Eine Gruppe Metallarbeiter unterstützte mit dem Schild „Metaller unterstützen ÖTV-Kollegen" die Kollegen aus dem öffentlichen Dienst. Stelltafeln waren aufgestellt. Mit den Parolen zogen die Kollegen durch die Innenstadt.

Arbeitslose Lehrer in der GEW unterstützen die 135 DM-Forderung

Gießen. Die Arbeitslosengruppe in der GEW Gießen unterstützt vorbehaltlos die 135 DM-Forderung. Gegen den Versuch, die verschiedenen Bereiche im öffentlichen Dienst gegeneinander auszuspielen, sprachen sie sich aus und betonten, daß die Forderung ermöglicht, einen einheitlichen Kampf zu führen. „Vielfach wird versucht, mit Hinweis auf die große Zahl der Arbeitslosen die Kampfkraft der Kollegen zu lähmen. Wir als arbeitslose Lehrer lassen uns nicht als ein Druckmittel benutzen. Wir schweigen nicht zu diesen Tarifkämpfen und treten erst recht nicht gegen sie auf. Es nützt uns nichts, wenn die Kollegen im öffentlichen Dienst ‚Zurückhaltung' üben und damit eine Verschlechterung ihrer sozialen Lage hinnehmen." Jedes Kampfmittel, das von den Kollegen im öffentlichen Dienst ergriffen wird, werden die arbeitslosen Lehrer unterstützen.

Kassel. Am 8. März haben 250 ÖTV-Funktionäre über die Tarifrunde beraten. Als ein höherer ÖTV-Funktionär die Forderung mit der Schonung des Staatshaushaltes zusammenbrachte, riefen Kollegen der Kasseler Verkehrsgesellschaft: „Ihr braucht euch nicht den Kopf des Finanzministers zu zerbrechen!" Von den Vertrauensleuten der Kasseler Verkehrsgesellschaft wurde eine Resolution eingebracht, die das 4-Prozent-Angebot scharf zurückweist und bekräftigt, daß man die 135 Mark durchsetzen will. Sie wurde angenommen.

Plakate mit der Aufschrift „Wir kämpfen für 135 DM" hatte ein Kollege der Gesamthochschule mitgebracht. An den Türen haben sich die Kollegen um die Plakate gerissen, um sie in den Betrieben an die Wände und Türen zu hängen.

Demonstration

Frankfurt. Am 4. März versammelten sich etwa 60 Kollegen der Universität in der Mittagspause zu einer Kundgebung auf dem Campus. Anschließend demonstrierten sie durch eine belebte Geschäftsstraße, wo die Demonstration und die Flugblattverteilung auf Zustimmung stieß.

Die Streiks der Metallarbeiter waren die einzig richtige Antwort

Heidelberg. Die ÖTV-Delegiertenkonferenz am 8. März faßte den Beschluß: „Die Delegiertenkonferenz erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit den Kollegen der Metallindustrie. Gegen das provokatorische Angebot von Gesamtmetall von 4 Prozent waren ihre Warnstreiks die einzig richtige Antwort. Metallkapitalisten und staatliche Dienstherren zielen beide in dieser Tarifrunde auf einen Lohnraubabschluß und wollen dabei Metallarbeiter und Beschäftigte im öffentlichen Dienst gegeneinander ausspielen. Je konsequenter die Arbeiter der Metallindustrie ihre Forderungen vertreten, desto leichter wird es uns fallen, die 135 DM durchzusetzen. Unser Festhalten an den 135 DM wird die Bedingungen im Lohnkampf der Metaller ebenfalls verbessern. Gemeinsam sind wir stark."

Karlsruhe. Die am 9.3. tagende ÖTV-Kreisdelegiertenversammlung Karlsruhe hat in einer Entschließung mit zwei Gegenstimmen das Verhandlungsangebot der Arbeitgeber als völlig unzureichend abgelehnt und hält an der 135 DM Festgeldforderung fest. Sie bekräftigt die Aussage von Kollege Kluncker, bei Nichtannahme der 135 DM in der dritten Runde die Verhandlungen für gescheitert zu erklären.

Die Delegierten bekunden ihre Solidarität mit den Kollegen der IG Metall und den anderen in der Lohnrunde stehenden DGB Gewerkschaften.

In einer Empfehlung bei fünf Gegenstimmen wurde beschlossen, daß der Kreisvorstand eine Flugblattaktion in den Betrieben und der Öffentlichkeit durchführt.

Köln. 40 Kollegen des künstlerischen Personals, Schauspieler und Regisseure, der städtischen Bühne in Köln solidarisierten sich mit ihrer Unterschrift unter eine Resolution mit der 135 DM Forderung ihrer ÖTV-Kollegen im Betrieb vom technischen Personal und forderten die Tarifkommission auf: volle Durchsetzung der 135 DM Forderung und Kampfmaßnahmen.

Personalversammlung verurteilt Entlassung

Fristlose Entlassung wegen Verdacht auf Zusammenarbeit mit dem KBW

Bremen. Am Donnerstag, dem 4. März, stellte die Senatskommission zum Personalwesen einen Antrag von Senator Franke beim Universitätspersonalrat auf fristlose Kündigung des Personalratsmitglieds Dieter Mützelburg. Noch am gleichen Tag wurde auf der Vertrauensleutesitzung der ÖTV der Entlassungsantrag verurteilt und der Personalrat aufgefordert, zum Montag, dem 8. März, eine Personalversammlung einzuberufen, um dort mit allen Kollegen, Hochschullehrern und Studenten Maßnahmen gegen diese Entlassung zu beraten. Am nächsten Tag sprach sich der Personalrat einstimmig gegen eine Kündigung aus. Auf der Personalversammlung am Montag wurde die Empörung der Kollegen über den Entlassungsantrag deutlich. Viele Kollegen sagten in ihren Beiträgen, daß dies keine Maßnahme nur gegen den Kollegen Mützelburg ist, sondern daß damit die Belegschaft der Universität und der gesamte öffentliche Dienst getroffen werden soll. Dies schlug sich in der verabschiedeten Resolution nieder, die die Gründe für die Entlassung darlegte, nämlich das KPD-Verbotsurteil, den Radikalenerlaß und das besondere Dienstrecht. Die Personalversammlung erklärte weiter, daß sie das Recht auf freie Meinungsäußerung auch im öffentlichen Dienst für unverzichtbar hält. Im Anschluß an die Versammlung überbrachte eine gewählte Delegation dem Senator Franke die Erklärung. Dieser hatte auf den Protest der Kollegen von der Universität nichts anderes zu sagen, als daß er immer noch versuchte, eine „goldene Brücke" zu bauen. Im Klartext: Mützelburg distanziert sich von den Zielen der Arbeiterklasse, und er kann im öffentlichen Dienst bleiben. Es wurde beschlossen, den Protest gegen die geplante Entlassung und die Säuberungswelle im öffentlichen Dienst nicht in der Universität zu belassen. Daher wurde für die nächste Woche eine Demonstration beschlossen, die den Protest der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen politische Disziplinierung zusammenfassen soll.

Frankfurter Schuldemonstration

4 000 demonstrieren für das Recht auf Ausbildung

Frankfurt/M. Über 4000 Schüler, Eltern und Lehrer sind am 6. März dem Aufruf der GEW und zahlreicher Schülervertretungen und Elternbeiräte zur Demonstration gegen die unerträglichen Verhältnisse an den Schulen gefolgt.

Die Demonstration hat zum Ausdruck gebracht, daß der Zusammenschluß der Schüler, Eltern und Lehrer in der Stadt einen großen Schritt vorangekommen ist und daß der Kampf gegen die bürgerliche Schulpolitik sich zunehmend schwungsvoller entwickelt. An mehreren Schulen hatten sich Lehrer, Schüler und Eltern schon vorher getroffen und waren gemeinsam mit ihren Transparenten zum Opernplatz gezogen. Auch von außerhalb waren Schulen vertreten, so die Gesamtschule Bischofsheim. Mit aufgerufen zur Demonstration hatten die Falken, die Jusos, die SDAJ und der KBW.

Zahlreiche Plakate und Transparente gingen mit den verheerenden Zuständen an den Schulen scharf ins Gericht. Eine Mutter trug ein Schild mit der Aufschrift „Hauptschüler von heute – Hilfsarbeiter von morgen". Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz wurde angegriffen als ein Gesetz, das die Jugendlichen den Kapitalisten zur Ausbeutung freigibt. Besonders verhaßt gemacht hat sich der hessische Kultusminister mit seinen Plänen, die Rechte der Schüler zu kassieren und die Unterdrückung an den Schulen zu zementieren. „Krollmann ist ein Hampelmann – und die Reichen ziehen dran", hieß die treffende Parole.

Gefordert wurde eine sofortige Verbesserung der Lage an den Schulen. „Mehr Lehrer für uns", „Einstellung aller Lehrer".

Parolen, die den Protest gegen die Schulverhältnisse an die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat binden wollen wie die Mitbestimmungsparolen, haben in dieser Demonstration nur wenig Einfluß gehabt. Fuß gefaßt haben dagegen die Forderungen der Arbeiterbewegung nach einer polytechnischen Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr und Forderungen wie die nach Einspruchsrechten der Schüler-, Eltern- und Lehrervertretungen in allen Schulangelegenheiten.



Frankfurt: Viele Schulen marschierten in geschlossenem Block. Das Bild zeigt Schüler der Gutenberg-Schule.

Auf der Abschlußkundgebung bekam der GEW-Vorsitzende Frister seine Paktiererei mit den SPD-Bildungsfürsten mit anhaltenden Pfiffen quittiert. Beifall konnte er nur ernten, wo er einige Male wortradikal gegen die Zustände an den hessischen Schulen loszog. Beifall dagegen erhielt der Redner des Bezirksvorstandes der GEW, der die Einleitung von Streikmaßnahmen als nächsten Schritt gegen die Bildungspolitik der Regierung vorschlug.

Die Elternbeiräte der Lernerschule und der Konrad-Haenisch-Schule zogen in ihrem Beiträgen aus den Erfahrungen mit der Schulbürokratie den Schluß: Mit Verhandlungen ist überhaupt nichts zu erreichen. „Kämpft weiter!", „Ergreift Maßnahmen bis hin zum Schulstreik/", riefen sie den Versammelten zu.

Gegen die Schrumpfungspläne der Kultusminister

Streiks am Zweiten Bildungsweg

Am 4. und 5. März haben die Studierenden des Zweiten Bildungsweges gegen Pläne der Kultusministerkonferenz, die auf eine schrittweise Abschaffung der Kollegs und Abendgymnasien hinauslaufen, in mehreren Bundesländern gestreikt, u.a. in Westberlin, wo sich 200 Studierende an einer Kundgebung beteiligten, in Dortmund, Speyer, Mannheim, Freiburg, Stuttgart, Frankfurt, Neu-Isenburg, Darmstadt, Kassel (Berichte bei Redaktionsschluß). In Wiesbaden beteiligten sich an einer Demonstration, zu der der Landesring der Studierenden des Zweiten Bildungsweges aufgerufen hatte, 600 bis 700 Kollegiaten aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die Demonstration wurde bestimmt von folgenden Forderungen: Gegen die Integration des Zweiten Bildungsweges in die Sekundarstufe II! Gegen Normbücher! Keine Einschränkungen der Rechte der Studierendenvertretung! Keine Änderungen der Ausbildung ohne Zustimmung der Studierenden! Für kostendeckendes BAFöG! Für den Bonus von 0,5! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung! Und: Weg mit dem § 130 a und 88 a!

Zum dritten Mal Streik

Es ist das dritte Mal innerhalb von

Es ist das dritte Mal innerhalb von wenigen Monaten, daß die Studierenden des Zweiten Bildungswegs bundesweit streiken. Der erste Streik fand im November 1975, der zweite Anfang des Jahres statt. Die Pläne der Kultusministerkonferenz, die die Studierenden trotz häufiger Drohungen mit BAFöG-Entzug (so in Mannheim und in Nordrhein-Westfalen) erneut zum Mittel des Streiks haben greifen lassen, sehen vor, daß die Einrichtungen des II. Bildungsweges im Zuge der Oberstufenreform mit der Oberstufe der Gymnasien gleichgeschaltet werden. Das bedeutet für die Kollegiaten eine krasse Verschlechterung ihrer Lage und eine unerträgliche Verschärfung der Auslese – schon jetzt sind häufig 80 Prozent der Kollegiaten zum Abbruch gezwungen. Denn sie bringen nicht die gleiche Vorbildung mit wie die Gymnasiasten. Die Gleichschaltung wird darauf hinauslaufen, daß Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges geschlossen werden, weil die meisten Kollegs für diese Eingliederung gar nicht die nötigen Voraussetzungen mitbringen. Schon jetzt herrschen an vielen der Kollegs unerträgliche räumliche und personelle Verhältnisse. Hinzu kommt die geplante Einführung von zentralen Prüfungsrichtlinien (Normbüchern). Ab 1977/78 soll außerdem der Notenbonus, den die Kollegiaten bisher auf ihr Abitur angerechnet bekamen – er sollte die schlechteren Ausbildungsbedingungen der oft berufstätigen Studierenden etwas ausgleichen – gestrichen werden. Außerdem sollen die BAFöG-Höchstsätze der Ausbildungsförderung eingefroren werden.

Die Studierenden des Zweiten Bildungsweges sind sich bald darüber einig geworden, worum es bei diesen Plänen geht. Durch die weitere Verschlechterung der längst schon katastrophalen Ausbildungsbedingungen und die Kürzung der BAFöG-Leistungen sollen ihre Reihen gelichtet und der Zweite Bildungsweg in wenigen Jahren ausgetrocknet werden. Bei einem „Überangebot" von Abiturienten, die sich vor den Toren der Hochschulen drängen, hat der bürgerliche Staat keinerlei Interesse daran, die Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges länger beizubehalten. Er ist nicht mehr darauf angewiesen, unter Versprechungen von „Chancengleichheit" über diesen Weg weiter Kinder von Arbeitern und Angestellten für seinen Funktionärsbedarf heranzuziehen.

Die Verhältnisse, unter denen die Studierenden ausgebildet werden, haben bei vielen mit Illusionen aufgeräumt, der bürgerliche Staat sei daran interessiert, ihnen die angestrebte Ausbildung zu gewährleisten.

In den Arbeitsgruppen, die häufig während der Streiks gebildet wurden, ist über diese Verhältnisse immer wieder debattiert worden. In einem Bericht aus Freiburg heißt es z.B.: „Verschiedene Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der jetzigen Lage. Es herrscht ein unerträglicher Leistungsstreß in der Erwachsenenbildung, und die Rechtlosigkeit der ehemals Berufstätigen ist erniedrigend. Die Willkürmaßnahmen der Schulleitung bei der Notengebung und Verteilung von Verwarnungen stoßen oft auf erbitter-
Notengebung und Verteilung von
Verwarnungen stoßen oft auf erbitterten Widerstand. Besonders große Empörung löst die willkürliche Anwendung der Fehlquotenregelung aus, die der Direktion als Mittel dient, den regelmäßigen Schulbesuch zu erzwingen. Viele Kollegiaten halten den Druck aber nur aus, indem sie öfter wegbleiben. (...)

Erniedrigende Ausbildungsbedingungen

Die Debatte um die Lage in der Erwachsenenbildung hat auch die Frage aufgeworfen, um welche Perspektiven der Kampf geführt werden muß. Daß die Lage im Schulwesen überall gleich mies aussieht, lag auf der Hand. Da meinten welche: Das sei eben so, weil die Ausbildung sich nach der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt richten müsse. Aber dem hielten die meisten entgegen: Was für ein unsinniges Prinzip, wo der Bedarf der Unternehmer nach Profiten zählt und die Bedürfnisse des Volkes und der Jugendlichen nach einer umfassenden Ausbildung mit Füßen getreten werden!" (...) Der ‚Arbeitskreis Schulwesen' kam überein: Notwendig ist eine Einheitsschule für alle gleich, wo die Jugendlichen eine umfassende Bildung in den Grundlagen der Produktion bekommen durch die Verbindung von Theorie und Praxis, anstatt des abgehobenen Zeugs, das wir jetzt lernen müssen. (...)

Herausgestellt hat sich im Streik am Kolleg in Freiburg: Dringend notwen-
Herausgestellt hat sich im Streik am
Kolleg in Freiburg: Dringend notwendig ist der Zusammenschluß der Kollegiaten im Kampf gegen Leistungsdruck, Willkürmaßnahmen und Zwangsmethoden. Eine gute Organisationsform für diesen Zusammenschluß wird der Arbeitskreis sein, wenn er Aktivitäten im Interesse der Kollegiaten entfaltet und sich für kollektive Rechte der Kollegiaten einsetzt."

Wo sich die Kollegiaten mit ihren Forderungen an die Bevölkerung gewandt haben, fanden sie fast immer Zustimmung. In Mannheim sammelten sie bei einem Stand in der Innenstadt an die 1 000 Unterschriften.

Geschwächt wurde die Streikaktion durch das Vorgehen des Bundesringes der Studierenden des Zweiten Bildungswegs, in dem gegenwärtig die Reformisten und Revisionisten bestimmen. Zwar hatte der Bundesring eine Empfehlung zu bundesweiten Streikaktionen ausgegeben, aber nichts unternommen. Häufig wußten die Kollegiaten nicht, was in den anderen Städten beschlossen worden war. An einzelnen Schulen traten die Reformisten und Revisionisten auch direkt gegen Streikbeschlüsse auf.

Bisher ist es den Kollegiaten gelungen, zu erreichen, daß die Kultusministerkonferenz zum Zweiten Bildungsweg immer wieder verschoben worden ist. Jetzt ist eine Tagung für die Osterferien angesetzt, um die Studierenden zu überrumpeln. In Westberlin ist deshalb vorgeschlagen worden, sofort Be-
zu überrumpeln. In Westberlin ist des-
halb vorgeschlagen worden, sofort Be-
schlüsse über weitere Streikaktionen und über ein Ultimatum an die Kultusministerkonferenz anzustreben.

Schüler holten gefeuerten Lehrer in den Unterricht zurück

Hannover-Langenhagen. In Hannover betreibt das Regierungspräsidium den Rausschmiß des Lehrers Wolfgang Binz aus dem Schuldienst. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, an der Integrierten Gesamtschule Langenhagen einen Schülerstreik im Januar gegen die Sparerlasse des Kultusministeriums unterstützt, und die KVZ unter den Lehrerkollegen verkauft zu haben. Der Lehrer Binz hat sich daraufhin in der vergangenen Woche auf dem Marktplatz in Langenhagen mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt. Gegen das Vorgehen des Regierungspräsidiums sind von Eltern, Schülern und Lehrern Beschlüsse gefaßt Am Montag hat das Regierungspräsidium dann versucht, mittels einer Anhörung den Lehrer Binz weichzukochen. Da dies nicht klappte, sprach es ein sofortiges Unterrichts- und Hausverbot gegen den Lehrer aus und leitete ein Disziplinarverfahren ein. Dienstag Morgen zur ersten Stunde wollte die Mehrheit der Klasse 7/2 den Lehrer von draußen ins Schulgebäude holen. Der stellvertretende Schulleiter Stiller konnte sie jedoch mit der Drohung, Polizei zu rufen, einschüchtern. Zur dritten Stunde jedoch holten 22 Schüler der Klasse 9/2 den Lehrer Binz herein. Der Unterricht begann. Nach kurzer Zeit erschienen drei Mitglieder der Schulleitung unter Führung des Schulleiters Dieter Gallas, gleichzeitig Landesvorsitzender der GEW, und befahlen den sofortigen Abbruch des Unterrichts. Die Schüler beschlossen mit Mehrheit, der Lehrer Binz unterrichtet und bleibt. Die Schulleitung mußte abziehen.

Streik für Teilnahme an
mußte abziehen.

Streik für Teilnahme an Facharbeiterklassen

Osnabrück. Am Osnabrücker Berufsschulzentrum haben die Jungarbeiter, die freitags in der Schule sind, den Kampf für die Teilnahme an einer Facharbeiterklasse nach eigener Wahl aufgenommen. Als sie eine Versammlung durchführen wollten, um über ihre Situation zu beraten, wurde diese prompt von Direktor Müller verboten. Die Versammlung wurde trotzdem im Klassenraum durchgeführt, als „Gemeinschaftskundeunterricht". In der Diskussion wurde das vielgepriesene Kurssystem als das entlarvt, was es ist: Ausbildung zum Billigstlohnarbeiter.

Am Ende der Versammlung wurde beschlossen, die Forderung nach Teilnahme an einer Facharbeiterklasse aufzustellen und eine Stellwand zu bauen, die die Lage der Jungarbeiter erläutern soll.

Am Freitag darauf kam der Direktor, um die Jungarbeiter zusammenzustauchen. Daraufhin riefen die Jungarbeiter Vertreter der Schülervertretung zu sich in den Unterricht. Sie erklärten dem Direktor, daß sie ab sofort nicht mehr zur kleinen Gildewart gehen, wo sie beim Aufbau eines Fachwerkhauses beschäftigt werden. Ihnen war gesagt worden, daß dieses Fachwerkhaus ein Jugendzentrum werden sollte. Nur so hatte Müller die Jungarbeiter so weit gekriegt, als kostenlose Arbeitskräfte dort zu schuften. Es kam aber heraus, daß die Technikerschule die Schlüsselgewalt über das Haus bekommt und daß es einen Vertrag mit der Stadt über die Nutzung als Jugendzentrum überhaupt nicht gibt. Aufgefordert, zu der Forderung nach Teilnahme an einer Facharbeiterklasse Stellung zu nehmen, tobte der Direktor herum, sie hätten ja dafür überhaupt keine Ausbildung. Da wären sie ihm fast ans Leder gegangen. Auf die Frage, was sie denn mit dieser „Ausbildung" anfangen sollten, wußte er dann keine Antwort als leere Versprechungen, man würde sich um Lehrstellen bemühen. Er zog ab, und die Klassen beschlossen, ab sofort die Arbeit an dem Fachwerkhaus zu bestreiken.

Jetzt hat die Schulleitung ein paar Zugeständnisse gemacht, Aber damit werden sich die Jungarbeiter nicht zufrieden geben.

Merck Darmstadt

Gegen Nichtübernahme Front gemacht

Darmstadt. Gegen die Absicht der Merck-Kapitalisten, in diesem Jahr 132 Lehrlinge nach Beendigung ihrer Ausbildung auf die Straße zu setzen, hat sich in den letzten Wochen eine breite Bewegung entwickelt.

Die Pläne der Geschäftsleitung waren dem Betriebsrat und der Jugendvertretung in einer Sitzung mit der Geschäftsleitung Anfang Februar mitgeteilt worden. Die geplante Nichtübernahme steht in Zusammenhang mit einem Einstellungsstopp. Merck will bis Ende 1976 300 von 7 500 Beschäftigten „abbauen". Die Jugendvertretung hatte den Vertrauensleuten und Gruppensprechern sofort über die Pläne der Geschäftsleitung berichtet. Die Betriebszelle des KBW verbreitete anderntags mit einem Flugblatt die Information und wies auf den Zusammenhang mit den Rationalisierungsmaßnahmen hin. Auf Versammlungen der einzelnen Lehrjahre – Betriebsrat und Jugendvertretung durften daran nicht teilnehmen – wurde den Lehrlingen noch am gleichen Tag Bescheid gegeben. Denen, die die Prüfung ein halbes Jahr vorweg machen wollten, wurde angeraten, ihre Anmeldung zurückzuziehen. Übernommen werde niemand. Aber so schlimm sei's ja nicht, „die Jungs kommen ja zur Bundeswehr, und die Mädchen heiraten ja eh", waren so die „hilfreichen Ratschläge".

Gleich nach Bekanntgabe kam es unter den Lehrlingen und den älteren Kollegen zu erregten Diskussionen. Die Jugendvertretung verabschiedete eine Stellungnahme, in der die Übernahme aller Lehrlinge gefordert wurde. Noch am selben Tag gingen 35 Lehrlinge zum Betriebsratsbüro, um mit dem Betriebsrat und der Jugendvertretung über Maßnahmen zu beraten. Die Betriebsleitung hatte unterdessen dem Betriebsratsvorsitzenden mitgeteilt, die Jugendvertretung wolle einen Streik organisieren. Unter den Lehrlingen war nämlich über das Beispiel der Aktionen der BASF-Lehrlinge diskutiert worden. Der Betriebsratsvorsitzende holte den IG Chemie Geschäftsführer Terbrack, der vor „unüberlegten Aktionen" warnte. Die Lehrlinge hingegen forderten die IG Chemie auf, ihre Forderungen zu unterstützen und Aktionen gegen die Nichtübernahme durchzuführen.

In der darauffolgenden Woche unternahm die Geschäftsleitung allerlei Spaltungsversuche. In ihrer Zeitung „Merck informiert" wurde behauptet, die Arbeitsplätze der Älteren seien gefährdet. Dem Betriebsrat wurde indirekt nahegelegt, gegen den KBW vorzugehen; es gehe nicht, daß der KBW sich nach einem Tag schon zu Vorhaben der Geschäftsleitung äußern könne, die geheim seien. Durch die Darmstädter Tageszeitungen wurde die Falschmeldung ausgestreut, Betriebsrat und Jugendvertretung würden den Plan der Geschäftsleitung unterstützen. Durch eine einstweilige Verfügung ließ sie ein Plakat der SDAJ verbieten. Genutzt hat all das der Geschäftsleitung nichts. Die IG Chemie Jugendgruppe bereitete ein Flugblatt gegen die Pläne der Geschäftsleitung vor. Als der IG Chemie Geschäftsführer Terbrack sich gegen die Verteilung des Flugblatts aussprach, mit der Begründung, man dürfe die geplanten Verhandlungen mit der Geschäftsleitung nicht stören, wurde er eingeladen, an der Sitzung der Jugendgruppe teilzunehmen und seine Haltung zu erläutern. Als er trotz Zusage nach drei Stunden immer noch nicht erschienen war, zogen die 20 versammelten Jugendlichen zu seinem Büro. Damit hatte Terbrack offenbar nicht gerechnet und er redete sich damit heraus, daß nur der Vorstand entscheiden könne. Mit dieser Ausrede gab sich aber niemand zufrieden. Am anderen Tag wurden die Jugendlichen von der Vertrauensleutekörperleitung unterstützt. Terbrack mußte nachgeben und das Flugblatt kam als IG Chemie Betriebszeitung heraus. 50 Lehrlinge und viele Vertrauensleute verteilten sie vor den Toren.

Auch die Vertrauensleutevollversammlung unterstützte einstimmig die Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge. Die Vertrauensleute sprachen sich gleichzeitig gegen den Personalabbau und den Einstellungsstopp aus. Vorletzten Donnerstag informierte die IG Chemie Jugendgruppe mit einem Stand und Flugblättern die Bevölkerung. Viele ermunterten die Lehrlinge, sich ihrer Haut zu wehren. Jetzt wird die bevorstehende Betriebs- und Jugendversammlung vorbereitet. – (Betriebszelle Merck)

Dem Recht auf Abtreibung Nachdruck verschafft

Gemeinsam zur Beratungsstelle gezogen

Hannover. 20 Mitglieder des Komitees gegen den § 218 und des KBW haben am vorletzten Montag eine junge Arbeiterin zur Ärztekammer in Hannover begleitet. Die junge Frau war schwanger und hatte keinen Ausweg, als eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Sie ist arbeitslos, weil ihr Arbeitsplatz aus ihrem Betrieb wegrationalisiert worden ist. Ihr Freund, mit dem sie in einer kleinen Zweizimmerwohnung zusammenwohnt, ist Lehrling und kriegt gerade 300 DM.

Es wäre unmöglich gewesen, in dieser Situation ein Kind vernünftig aufzuziehen. Die junge Frau wollte aber nicht als Bittgängerin zur Ärztekammer gehen, denn sie hat die Verhältnisse nicht gemacht, die ihr jetzt keinen anderen Ausweg gelassen haben. Um ihrem Recht auf Abtreibung Nachdruck zu verschaffen, ist sie nicht alleine zur Ärztekammer gegangen.

Gleich bei der Ankunft war der Zugang zur Ärztekammer von etwa 15 Polizisten versperrt. Die Gegner des § 218 wurden aus dem Gebäude gedrängt. Kann man klarer zeigen, daß der § 218 ein Unterdrückungsparagraph ist, der mit Polizeigewalt gegen das Volk durchgesetzt wird, und was der Staat mit seinen Beratern nach § 218 vorgesehen hat: Die Frau soll allein und hilflos dem Beauftragten des bürgerlichen Staates gegenübertreten und ihm auf Gnade und Verderb ausgeliefert sein. Wer das nicht zulassen will, kriegt es mit der Polizeigewalt zu tun.

Die junge Frau erhielt schließlich die Adresse von zwei Gutachtern. Sie berichtet: „Ich sollte allein den Weg zu den zwei Gutachtern machen. Trotzdem zogen wir gemeinsam zum ersten Gutachter und sind dann zu dritt in die Praxis gegangen. Fast zur gleichen Zeit kam ein Polizist, ging mit dem Arzt in den Nebenraum, und kurze Zeit später sagte er: ‚Die anderen sollen die Praxis verlassen, das ist Hausfriedensbruch.' Im Wartezimmer sammelte ich zwei Unterschriften gegen den § 218, verkaufte eine Komiteezeitung und bekam eine Spende für das Komitee.

Nachdem der Arzt mich untersucht hatte, schilderte ich meine soziale Lage, die mich zwingt, abzutreiben. Ich fragte ihn, was er ins Gutachten schreiben wollte. Er verweigerte die Auskunft und gab mir einen verschlossenen Umschlag, mit dem ich zum nächsten Gutachter sollte. Als ich dort mit zwei Bekannten ankam, sagte die Sprechstundenhilfe gleich: ‚Machen Sie hier keinen Ärger, sonst müssen Sie das Wartezimmer verlassen.' Den Leuten im Zimmer erzählten wir über die Vorfälle am Vormittag. Die Sprechstundenhilfe nahm uns zur Seite und drohte mit Polizei. ‚Demonstrationen' im Sprechzimmer seien nicht erlaubt. Ich mußte dann aber sofort ins Sprechzimmer der Psychiaterin." Wieder erhielt sie einen versiegelten Brief für die Ärztekammer. Darin wurde ihr seelische Unreife bescheinigt. Nichts macht den Charakter des § 218 deutlicher als diese Erniedrigung. Wer die sozialen Verhältnisse geltend macht, die eine Abtreibung aufzwingen, wird als „seelisch unreif" von den Gutachtern behandelt.

Um den Polizeieinsatz und den ganzen Verlauf des „legalen Weges" bekannt zu machen, wurde noch am selben Nachmittag in der Innenstadt eine Kundgebung durchgeführt. Es wurde erklärt, daß der gleiche Staat, der die Verhältnisse verteidigt, die zur Abtreibung zwingen, die Abtreibungen verbietet und mit Polizeigewalt diejenigen, die abtreiben müssen, durch seine Kontrollen zwingt.

Für den nächsten Nachmittag wurde eine erneute Kundgebung in der Innenstadt vorgeschlagen, um dann um 15 Uhr zum Ärztehaus zu ziehen. Um 15 Uhr sollte die Arbeiterin das Gutachten endgültig ausgehändigt bekommen.

Auch die Kundgebung am Dienstag stieß auf großes Interesse. 25 Menschen zogen zum Ärztehaus, das wieder von Polizei umstellt und verschlossen war. Als die junge Frau das Gutachten forderte, wurde ihr gesagt, es wäre schon zum Hausarzt geschickt. Sie werde ihre Abtreibung bekommen. So groß war die Angst, daß das Gutachten vielleicht öffentlich bekannt gemacht worden wäre. Als die Arbeiterin darauf bestand, mit der verantwortlichen Ärztin, die den Inhalt des Gutachtens kannte, zu reden, kam diese mit einer Moralpredigt und mit einem Zettel von „Pro Vita, Aktion für das Leben von Mutter und Kind", den die kirchlichen Beratungsstellen verbreiten. Etwas anderes als fromme Sprüche hatte sie nicht zur Verfügung.

Die Gutachter haben unter dem Druck der Aktion positive Gutachten ausgestellt. Die ganze Aktion hat aber wieder nur erneut gezeigt, daß der § 218 nichts anderes als ein Instrument der Unterdrückung und Erniedrigung ist, ein Polizeigesetz, mit dem sich niemand abfinden kann, bis es zu Fall gebracht worden ist. – (p., Hannover)



Freiburg: Auf der Wahlkampfveranstaltung von Kohl und Filbinger

„Abtreibung bei Bosch"

Stuttgart. „Abtreibung bei Bosch" stand an den Mauern des Bosch-Werkes in Stuttgart-Feuerbach. Zwei ausländische Arbeiterinnen hatten Fehlgeburten erlitten, weil sie trotz ihrer Schwangerschaft in der Packabteilung weiterhin im Zeittakt arbeiten mußten. Das war vor zwei Jahren. Jetzt, Mitte Februar, standen sechs Angeklagte vor dem Canstatter Amtsgericht, denen Beleidigung und Verleumdung der Bosch-Kapitalisten vorgeworfen wird.

Denn die Angeklagten hatten vor zwei Jahren Flugblätter vor dem Bosch-Werk verteilt, in denen diese Vorfälle aufgedeckt und der Grund für diese Fehlgeburten, die Arbeitshetze bei Bosch, angeprangert wurde. Daß den Kapitalisten das Leben und die Gesundheit der Arbeiter einen Dreck wert sind, wurde festgestellt. Wegen Beleidigung und Verleumdung wurde zunächst Anklage erhoben, was aber wieder fallengelassen wurde mit der Begründung, daß die Frist beim Einreichen der Anklage nicht eingehalten worden sei. Hätte dieser Punkt verhandelt werden müssen, wären die Arbeitsverhältnisse bei Bosch zur Sprache gekommen. Eine öffentliche Auseinandersetzung, warum die beiden Arbeiterinnen damals Fehlgeburten erlitten, stand an. Das sollte vermieden werden. Übrig blieb die Anklage wegen Sachbeschädigung. Bosch-Arbeiterinnen sagten als Zeugen aus, daß die Losungen an den Wänden dazu führten, daß Schwangere fortan an einen Arbeitsplatz ohne Zeittakt gesetzt wurden. Diese Zeugenaussagen wurden als „nicht die Sache betreffend" abgewiesen. Zwei Angeklagte wurden zu einer Geldbuße und einer Geld-
zu einer Geldbuße und einer Geld-
strafe mit Bewährung verurteilt. Begründung: Die Schuld werde dadurch nachgewiesen, daß man beide nachts in einer Industriegegend angetroffen habe, „wo sie dort doch gar nicht wohnen". Dem Hauptangeklagten wurde insbesondere vorgeworfen, er sei vor dem Polizisten davongerannt, der ihn mit einer gezogenen Pistole verfolgte.

Das Leben der Arbeiter hat für die Kapitalisten nur solange einen Wert, wie sie die Arbeitskraft auspressen können. Daß die Arbeitshetze zu Fehlgeburten führt, interessiert sie nicht. Würden sie doch die Arbeitskraft der Frauen weniger auspressen können, wenn sie nicht im Zeittakt arbeiten. Die Kapitalisten setzen ihren Staat ein, um zu bestrafen, daß öffentlich Anklage gegen sie erhoben wird. Der Verschleiß an Menschen durch die Kapitalisten ist hoch. Sie haben dafür gesorgt, daß der Nachschub an Arbeitskräften gesichert bleibt. Mit der neuen, verschärften Fassung des § 218 sollen die Lohnabhängigen gezwungen werden, die Kinder auszutragen, auch wenn ihre Lebensbedingungen das nicht zulassen. Menschen schinden, so daß es zu Fehlgeburten kommt, und gesetzliches Verbot der Abtreibung: Den Kapitalisten geht es um die Sicherung ihres Profits. (Regionalbeilage Mittlerer Neckar zur KVZ Nr. 9/Red.)
Neckar zur KVZ Nr. 9/Red.)

DKP-Manöver verfing nicht

Dierdorf. In dem Ort Dierdorf im Westerwald fand am 20.2. eine Veranstaltung gegen den § 218 statt, zu der eine Dierdorfer Schülergruppe und das Altenkirchener Komitee gegen den § 218 eingeladen hatten. Auf der Veranstaltung trat die DKP auf und versuchte Propaganda für die Fristenlösung zu machen. Auf die Frage, ob denn die DKP dafür sei, daß Abtreibungen nach dem dritten Monat bestraft würden, wurde behauptet, die DKP vestehe unter der Fristenlösung etwas ganz anderes als der Bundestag 1974 beschlossen habe. Mit diesem Manöver konnten die DKP-Vertreter aber nicht landen. In den „sozialpolitischen Vorschlägen der DKP" heißt es nämlich ausdrücklich: „Jeder Frau ist die Möglichkeit zu sichern, entsprechend dem Reformgesetz zum § 218 einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen."

„Ja, aber heißt Nein"

Wyhl. „Die Landesregierung erklärte, daß sie auf die von den Bürgerinitiativen gestellten Forderungen nicht eingehe. Filbinger erklärte: „Der Vorbehalt eines Widerstandsrechts für die Bürgerinitiativen werde unter keinen Umständen angenommen werden, weil er das Prinzip des Rechtsstaates verletze. Genausowenig könne man warten, bis die Bedenken der Bevölkerung ausgeräumt sind." (Badische Zeitung, 5. März) Die Kernkraftwerk Süd erklärte, daß die Forderung der Bürgerinitiativen die Möglichkeit einräumt, „das Projekt beliebig zu verzögern oder gänzlich zu verhindern".

Genau deshalb haben die Bürgerinitiativen die Forderungen aufgestellt und am letzten Samstag erklärt, daß sie von ihren Forderungen nicht abrücken werden. Zweifellos wird die Landesregierung alles daran setzen, um die Bürgerinitiativen zu spalten. Späth (CDU) macht dazu den Anfang und fordert die Bürgerinitiativen auf, am 15. März oder 1. April ihre Entscheidung zu überdenken. Das ist schlichte Erpressung und die Einleitung von Spaltungsmanövern. Darauf muß man sich vorbereiten. – (r., Emmendingen)

Proteste gegen Eingemeindung

Meerbusch/Erkrath. Über 3000 Menschen in Meerbusch und 2000 in Erkrath protestierten bei einer Anhörung von Innenminister Hirsch gegen die von der nordrheinwestfälischen Landesregierung geplante Eingemeindung nach Düsseldorf. Die Bewohner der beiden Orte wehren sich gegen die Eingemeindung, weil sie ihnen nur längere Behördengänge und noch höhere Gebühren bringt. In beiden Orten wurde der Minister mit Pfiffen empfangen. „Hirsch, geh' zurück in den Wald" stand auf einem der Transparente.

Leserbrief

An die Redaktion der
Kommunistischen Volkszeitung
Sandhofer Str. 29
6800 Mannheim

Sehr geehrte Herren!
Mit Interesse habe ich mehrere Ihrer Zeitungen gelesen. Sie sind tatsächlich die einzige Alternative, die das jetzige System ändern kann. Nur eines verwundert mich, daß Sie nicht gegen die Justiz und ihre angefügten Organe angehen. Ich selbst bin Untersuchungsgefangener in der Vollzugsanstalt Mannheim und ich kann Ihnen sagen, daß jedes Verbrechersyndikat im Vergleich mit der Justiz nur ein harmloser Tennisclub ist. Rechtsprechung ist wirklich eine Sache der Brieftasche und der sozialen Stellung. Von den Händen dieser Justiz tropft tatsächlich Blut. Zur Information möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß Ihre Zeitung gerade unter meinen Mitgefangenen ein reges Interesse hervorgerufen hat. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Glück und Erfolg im Kampf gegen diese scheinheilige Gesellschaft.

Hochachtungsvoll
H.

Auf dem Sozialamt

Wozu denn Winterkleidung?

Mein Mann und ich hatten im letzten Jahr erhebliche Schwierigkeiten.
Mein Mann zog daher aus. Unser dreijähriges Kind blieb bei mir. Damit begann für mich eine Zeit fortgesetzter Schikane und Demütigung durch die städtischen Behörden, die mir und meinem Kind nicht einmal das Existenzminimum zubilligten.

Schon bevor mein Mann auszog, hatten wir erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gehabt. Da mein Mann studiert, erhielt er zunächst 500 DM Ausbildungsförderung. Neben 50 DM Kindergeld unterstützte uns das Sozialamt mit weiteren 385 DM als Zuschuß zum Unterhalt für Frau und Kind. Das macht zusammen 935 DM. Nach der Trennung war ich gezwungen, zum Sozialamt zu gehen, um eine Erhöhung des Satzes von 385 DM für mein Kind und mich zu fordern, da wir sonst gehungert hätten. Mit vielen Auflagen und Drohungen versuchten die „Sachbearbeiter" mich einzuschüchtern. Sie lehnten schließlich meine Forderung als unberechtigt (!) ab, da ich gesund sei und arbeiten könnte. Als „großzügige Sozialleistung" gewährte man mir eine einmalige Sommerbekleidungsbeihilfe für mich und das Kind. Ich empfand diese Ablehnung als Frechheit, da ich von vornherein angegeben hatte, daß ich arbeiten wollte, sobald ich einen Kindergartenplatz für meinen Sohn und für mich eine Arbeitsstelle finden würde. Kaum hatte ich es geschafft, meinen Sohn zunächst vormittags im Kindergarten unterzubringen (mit der Aussicht später für den ganzen Tag), als das Sozialamt diese Information schon benutzte, um mich weiter unter Druck zu setzen und noch mehr Geld einzusparen. Man drohte mir an, uns jegliche Unterstützung zu streichen, falls bis zum Datum, an dem mein Sohn ganztags in den Kindergarten käme, ich keine Stelle vorweisen könnte.

Glücklicherweise bekam ich von Bekannten zum 25. Oktober eine Stelle vermittelt, ich traute mich inzwischen nämlich kaum noch zum Sozialamt. Aufgrund dieses Stellungsnachweises gewährte man mir noch bis zum Arbeitsbeginn den bisherigen Satz. Ich hatte schon gehofft, meine Bereitschaft, in Zukunft das Kind und mich selbst zu ernähren, hätte den Beamten davon überzeugt, daß ich keine Strauchdiebin bin.

Daß es diesen Ämtern nur darum geht, auf Kosten der Besitzlosen Geld einzusparen, wurde mir endgültig klar, als ich im Herbst dort ein letztes Mal vorsprach. Inzwischen war es kalt geworden, und es sollte noch ein paar Wochen dauern, bis ich anfangen konnte zu arbeiten. Mein Sohn war aus sämtlicher Winterkleidung herausgewachsen und benötigte dringend wetterfeste Schuhe. Deshalb versuchte ich trotz aller schlechten Erfahrungen, beim Sozialamt Winterbekleidungsbeihilfe zu bekommen. Man überlegte und teilte mir dann mit bedauernd ernster Miene mit, da ich ja schon Sommerbeihilfe erhalten hätte, könnte ich jetzt keine für den Winter bekommen. Empört fragte ich, ob ich mein Kind mit Sandalen und T-Shirt auf die Straße schicken sollte. Dem Beamten leuchtete ein, daß man dieses Argument nicht so einfach von der Hand weisen konnte. Damit aber keiner auf die Idee kommt, die Ämter lehnten Anträge ohne Begründung ab, brachte er folgendes vor: Mein Antrag müßte abgelehnt werden, da ich leider ab Mitte Oktober eigenes Einkommen hätte. Auf meine Frage, was ich bis dahin bzw. bis zur ersten Lohnauszahlung mit dem Kind machen sollte, zuckte er mit den Achseln und wiederholte seine Ablehnung.

Lebensgefährliche Sparmaßnahmen

Kiel. Vor einigen Wochen, in der Nacht vom 4. auf den 5. Januar, wurde in die Ambulanz des Städtischen Krankenhauses ein junger Mann mit Verdacht auf Alkohol- und/oder Tablettenvergiftung eingewiesen. Diese Diagnose bestätigten die Ärzte des Krankenhauses.

Der junge Mann wurde auf einer Station allein in einem Zimmer ins Bett gelegt. Obwohl er bewußtlos war und deshalb der ständigen Kontrolle bedurfte, blieb er ohne Beaufsichtigung im Zimmer.

Als am Abend des 6. Januar die Verwandten des Peter K. anriefen, mußten sie zu ihrem Erstaunen hören, daß er in die Chirurgie verlegt worden war.

Was war geschehen?

Peter K. war im Verlauf des Tages aufgewacht, sah sich in einem fremden Zimmer, zog sich an und wollte raus. In seinem benommenen Zustand verwechselte er das Fenster mit der Tür und stürzte durch das Fenster zwei Stockwerke tief in den Hof.

Das Ergebnis:

In der Chirurgie wurde festgestellt, daß beide Beine, die linke Ferse gebrochen war und die Wirbelsäule etwas abbekommen hatte. Also noch Glück im **vermeidbaren** Unglück: Die Wirbelsäule war nicht gebrochen. Das hätte Peter K. sonst für den Rest seines Lebens an den Rollstuhl gefesselt.

Eine Extrawache im Zimmer hätte das Ganze verhindern können.

Dieser Vorfall zeigt die Konsequenz der Sparmaßnahmen im Krankenhaus. Durch sie kann ein Patient zum Krüppel werden. Gespart wird im Gesundheitswesen nicht an den Chefarztgehältern, sondern gespart wird auf Kosten derjenigen, die auf gesundheitliche Versorgung am meisten angewiesen sind. – (Krankenhaus-Zelle Kiel)

Die Bewegung der Studenten und der Kommunistische Bund (Nord)

Im Aufwind kann manches fliegen, das doch zu Boden fallen muß

Unter der Seitenüberschrift „Schule/Universität" veröffentlichte die Zeitschrift „Arbeiterkampf" aus Hamburg am 1. März einen Artikel „Lichtblicke für konsequente Linke". Damit gibt der Kommunistische Bund Nord nunmehr zu erkennen, daß auch er inzwischen von einem Aufschwung der Studentenbewegung ausgeht. Am 21. Dezember hatte es noch geheißen: „Anstatt sich in scheinradikalen Phrasen den ‚Zerfall' des bürgerlichen Staates herbeizulügen, muß festgestellt werden", nun was wohl: „daß der Staat im wesentlichen ungehindert seine Offensive an den Hochschulen verschärft."

Große Dinge müssen geschehen sein. Verflogen ist die dezembrige Wolkendüsternis der zitierten Einschätzung und hat „Lichtblicken" Platz gemacht. Dem KB Nord, sonst eher für epische Breite bekannt, ist mit der Strophe „Lichtblicke für konsequente Linke" sogar eine lyrische Verdichtung seines Verhältnisses zu Massenbewegungen gelungen. Das wird die Studentenmassen wundern, daß sie sich in Bewegung gesetzt haben, um den KB Nord und ähnlich „konsequenten Linken" einen „Lichtblick" zu verschaffen. Ob die Studenten nicht mehr vorhatten?

Die vielfältigen Aktionen, zu denen die Studentenbewegung übergegangen ist, können das Wichtige für den KB Nord nicht sein. Ebenfalls am 21. Dezember bemerkt er dazu: „Wenn die Aktionstage nicht – wie bisher üblich – ein Spektakel bleiben und verpuffen sollen, muß als erstes eine nüchterne Bilanz gezogen werden." So, so. Bevor Aktionen nicht die nüchterne Bilanzierung durch den KB Nord überstanden haben, bleiben sie – ein Spektakel. Es spricht daraus der tiefe Idealismus eines Buchhalters, der auch glaubt, der Gewinn des Unternehmens würde nicht etwa in der Produktion, sondern auf dem Papier, das er bekritzelt, gemacht.

Auf die ‚nüchterne Bilanzierung' der wirklichen Bewegung durch den KB Nord hat man vergeblich gewartet. Er hat sie versprochen, und zwar „als erstes", aber nicht gemacht. Das nennt man den Idealismus eines betrügerischen Buchhalters.

Nur Roßtäuscher können einfach von „Lichtblicken" sprechen

Indessen waren mittlerweile an rund vierzig Hochschulen des Landes Wahlen zu Studentenparlamenten. Diese haben, im Unterschied zu Aktionen, die er für ein Spektakel hält, dem KB Nord die Mühe der Bilanzierung abgenommen. Wie es Kaufleute gerne tun, verschweigt der KB Nord in seinem Artikel „Lichtblicke" dem Leser jedoch die Zahlen.

Bevor wir die Auseinandersetzung um das Ergebnis weiterführen, wollen wir sie mitteilen. Die Zahlen sind geschätzt, gelegentlich Zuordnungen willkürlich, wir glauben aber, daß sie hinreichend genau sind. Runde 250000 der insgesamt rund 800000 Studenten waren zu Wahlen aufgerufen. Runde 100000 haben sich beteiligt. Die Wahlbeteiligung ist kaum verändert. Rund 20000 haben den Jusos die Stimme gegeben. Etwa 18500 wählten das MSB/SHB-Bündnis oder den MSB. Fast 14000 wählten „Aktionseinheitslisten", die unter der Flagge „Links" oder auch „konsequent links" usw. auftraten. Aktionseinheitslisten, die unter Mitwirkung der Hochschulorganisationen des KBW gebildet wurden, wurden von knapp 9500 Studenten gewählt.

Obzwar bekannt ist, daß anläßlich dieser Wahlen eine Reihe von politischen Umwälzungen stattfand, hat sich an dieser Zahlenverteilung im Vergleich zu den je letzten Wahlen kaum etwas geändert.

Zum Beispiel haben die Listen, an denen Hochschulorganisationen des KBW beteiligt waren rund 800 Stimmen zugewonnen, obschon diese Listen an verschiedenen Hochschulen beträchtliche Einbußen hatten. Zwei auffällige Merkmale zeigen diese Zahlen. Erstens, obwohl die politische Aktivität der Studenten erheblich gestiegen ist, ist die Wahlbeteiligung im Durchschnitt nicht gestiegen. Zweitens, obwohl die Zahl der Studenten, die Aktionen gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat durchgeführt haben, beträchtlich gestiegen ist, schlägt sich das nicht in entsprechenden Stimmen für solche Listen nieder, die als Schrittmacher der Aktionseinheit der Studenten gegen den bürgerlichen Staat auftreten. Addiert man die Stimmenzahl der „Linken Listen" usw. mit den Stimmen der Aktionseinheitslisten, so erhält man rund 25000. Es waren erheblich mehr Studenten, die an Kampfaktionen teilgenommen haben. Nach unseren Erfahrungen war es in den meisten Seminaren möglich, die Mehrheit der Studenten zu Gegenmaßnahmen gegen die kasernenmäßige Unterdrückung zu gewinnen. Alles in allem kommen wir zu der Meinung, daß an einzelnen Kämpfen gegen die Unterdrückung an der Hochschule mehr Studenten teilgenommen haben, als überhaupt zur Wahl gegangen sind.

Dies weist auf einen schreienden Widerspruch zwischen der Stärke der spontanen Bewegung und der Bewußtheit dieser Bewegung hin. Wer kann in einer solchen Lage einfach von „Lichtblicken" sprechen. Nur jemand, der die Roßtäuscherei auf seine Fahne geschrieben hat.

Was die Bourgeoisie jetzt sucht: „Solche, wo man die anderen fangt damit"

Die neue Studentenbewegung ist, wie jeder Klassenkampf, nichts von Kommunisten oder „Linken" initiiertes, sondern Ergebnis der Verschärfung der objektiven Widersprüche. Wer denkt, ein Aufschwung der Massenbewegung würde automatisch, von selbst und irgendwie zu einem ideologischen Fortschritt führen, irrt sich.

Gegenüber jedem Aufschwung einer Massenbewegung verstärkt die Bourgeoisie ihre politischen und ideologischen Anstrengungen, gesetzmäßig treten in solchen Bewegungen bürgerliche Politiker auf, die die Massenbewegung über ihre tiefen Gegensätze zur herrschenden Klasse hinwegtäuschen und über die Ziele und Absichten ihrer Feinde verwirren wollen. Sie rufen den Massen zu: „Eure Aktionen sind ein Spektakel ohne großen Wert, was ihr benötigt, sind nüchterne Männer, die es verstehen, den Boden der Tatsachen auszulotsen und euch zu begrenzten Erfolgen zu führen."

Das Auftreten solcher Richtungen ist ein untrügliches Zeichen für die Wucht des Aufschwungs der Studentenbewegung.

Die Bourgeoisie sieht sich gezwungen, ihre Methoden zur Unterdrückung der Bewegung zweckmäßig zu ergänzen. Die offene Unterdrükkung wird durch ideologische Zersetzung ergänzt. Gegenüber einer Massenbewegung, das weiß die Bourgeoisie, ist eine gewisse Elastizität erforderlich.

Der Hamburger Bildungssenator Biallas läßt sich in einem Aufsatz in der „Frankfurter Rundschau" dazu folgendermaßen aus:

„Behutsames Handeln der Hochschulleitungen und -verwaltungen, auch der Politiker, ist geboten. Und das Nachdenken darüber, was denn wirklich geändert werden muß an den Hochschulen, um ihrer Aufgabe willen, und was nur Demonstration konservativ geneigten Zeitgeistes ist."

Dieser Lockruf ist auch an unsere Sonnenscheinchen und Lichtblicke vom KB Nord und ähnliche gerichtet. An Leute jedenfalls, die die selbständigen Aktionen der Studenten erst nüchtern bilanzieren müssen, damit sie etwas anders wie ein „Spektakel" werden. Biallas hofft, daß er welche findet, die bereit sind, den tiefen Widerspruch zwischen den Studentenmassen und dem bürgerlichen Staat in „nüchternen Bilanzen" vertuschen zu helfen.

Senator Biallas kann nicht hoffen, daß er selber oder seine offiziellen Parteifreunde im Stande wären, die Bewegung der Studenten ideologisch zu fesseln, zu tief und zu schlecht sind bereits die Erfahrungen, die Zehntausende mit den Versprechungen des bürgerlichen Staates und bürgerlicher Politiker gemacht haben. Die Bourgeoisie braucht, nach einem altbayrischen Sprichwort „solche, wo man die andern fangt damit".

Die Kommunisten an der Hochschule müssen lernen, die Bourgeoisie umfassend anzugreifen

Gegenüber solchen Strömungen haben die Hochschulorganisationen des KBW sich nicht durchsetzen können. Wenn auch die Gesamtstimmenzahl der Aktionseinheitslisten gestiegen ist, so sind erhebliche Einbrüche erfolgt gerade an den Hochschulen, wo die politische Auseinandersetzung entwickelt ist (in Hamburg hat die SSG dagegen zugenommen). Diese Einbrüche sind in den Bruttoergebnissen dieser Hochschulen eher abgemildert. Hinsichtlich des Wahlergebnisses in Göttingen haben wir z.B. gemeldet, daß bei einem Verlust insgesamt an einigen Fachbereichen Fortschritte gemacht wurden. Die Narren vom KB Nord halten das für eine Beschönigung. In Wirklichkeit bedeutet es, daß die Einbussen, die an anderen Fachbereichen stattgefunden haben, noch bedeutend höher lagen, als aus dem Durchschnitt erkennbar wird. Das müßte eigentlich den Verfertigern „nüchterner Bilanzen" geläufig sein.

Wir schätzen, daß etwa 3000 Studenten, die bei den jeweils letzten Wahlen Listen gewählt haben, die unter Mitwirkung der KBW Hochschulorganisationen aufgestellt worden sind, solche Listen diesmal nicht mehr gewählt haben. Andererseits haben so um die 3800 Studenten, die bei den je letzten Wahlen solche Listen nicht gewählt haben, diesmal ihnen die Stimme gegeben.

In Verbindung mit der Tatsache, daß alle Stimmen, die man als Kampfansage gegen die Bourgeoisie werten kann, bei weitem nicht die Zahl der Studenten erreichen, die an Aktionen gegen die Unterdrückung durch den Staatsapparat teilgenommen haben, sehen wir, daß die Bourgeoisie ihren ideologischen Einfluß auf die spontane Bewegung weitgehend halten konnte.

Somit ist der Fortschritt der spontanen Bewegung zwar unübersehbar, und die Lage ist gut. Die Kommunisten verstehen es jedoch noch nicht, die Bourgeoisie umfassend anzugreifen und ihren ideologischen Einfluß zu brechen. Diese Lage ist alles andere als lichtvoll.

Indessen sind die Aussichten nicht schlecht. Die objektive Verschärfung der Widersprüche treibt dahin, daß jene, die eine Mittlerrolle zwischen der Bewegung und der Bourgeoisie einnehmen wollen, rasch aufgerieben werden können.

Die KB-Nord Studenten als Tanzbären der Liberalität

In Göttingen hat zum Beispiel der IK KHB, eine Organisation, die sich dem KB Nord und der KB Nord sich zurechnet, es in kurzer Zeit auf diesem Weg ziemlich weit gebracht. Im „Arbeiterkampf" steht in dem „Lichtblicke"-Aufsatz als Schlußwort und Ausblick in die Zukunft:

„Ferner ist es notwendig, daß die unterschiedlichen linken Gruppierungen, die jetzt den KBW ‚abzulösen' beginnen, miteinander in Diskussion treten, um zu einem gemeinsamen Vorgehen (z.B. zu den VDS-Aktivitäten) zu kommen." Wohlan, in Göttingen geschah es schon. Dort wurde von der IK KHB einer „interfraktionellen Vereinbarung" zugestimmt, aus der wir zitieren (Göttinger Nachrichten extra vom 24.2.76):

„Die Göttinger Delegation verpflichtet sich, im VDS Vorstand für einen LHV Vertreter zu stimmen. Die Göttinger Delegation wird der Hauptresolution des VDS nur zustimmen, wenn eine Einigung mit dem LHV erfolgt ist."

Der LHV ist die Jugendorganisation der FDP. Das wird ein spannendes „gemeinsames Vorgehen" (z.B. zu den VDS-Aktivitäten) werden. Man wird stutzig und fragt sich, was ist es, das den KB Nord bewegt, sich mit diesem „Vertrag" selber das Bärenseil zu flechten, an dem ihn Genschers junge Leute der kommenden VDS Mitgliederversammlung vorführen werden? Wer ist schon erpicht auf ein solches Debüt?

Man blättert in dem AStA-Programm, um zu sehen, welch großartige Fortschritte, die den Preis wert scheinen lassen, dort vielleicht zu finden sind. Zu finden ist folgende Festlegung: „Es gilt, an den im Grundgesetz postulierten demokratischen Rechten anzuknüpfen. . . ." „Anknüpfen" ist das passende Wort. „Anknüpfung der Studentenbewegung an die im Grundgesetz postulierten demokratischen Rechte", das ist der Wunschtraum der bürgerlichen Politiker. Dieser Wunschtraum wurde auf der Gründungsversammlung der VDS vor einem Jahr in der Auseinandersetzung um die Satzung zum Platzen gebracht. Die KB Nord Studenten sind dabei, diesen Erfolg zu untergraben. Mit dieser „Festlegung", die ein netter „Kompromiß" ist, macht sich der IK KHB vollends zum Tanzbären der Liberalität. Sie ist der Nasenring, an dem die Liberalen immer ziehen können, wenn die IK KHB etwas in Richtung Sozialismus brummen will.

Denn bekanntlich gehört zu den im Grundgesetz postulierten demokratischen Rechten auch das Recht auf Eigentum. Das macht den bürgerlichen Charakter der Verfassung aus.

Es ist eine bekannte Eigenart bürgerlicher Verfassung, daß sie alles, was sie an Rechten enthalten, in Randglossen für die Volksmassen wieder aufheben. Es ist gewiß nötig, gegen alle Gesetze, die politische Rechte der Massen einschränken, den Kampf zu führen.

Der IK KHB engt den Raum für die Kämpfe der Studenten jedoch auf den engen Zwischenraum, vom realen Gemäuer der Zwingburg Staatsmacht und dem Papier, mit dem sie tapeziert ist, ein.

In diesen Zwischenräumen sollen sich die Studenten wohlfühlen wie gewöhnlich bloß Wanzen. Die Studentenmassen sind für solch beengten Aufenthalt nicht flach genug.

Das wird auch vom KB Nord befürchtet. Um seine Abstammung aus Godesberg zu vertuschen, bezeichnet er jene, die auf programmatische Klärung drängen, wie wir das tun, als „Programmfetischisten". Ein Programm ist etwas, woran man gemessen wird. Jene Dunkelmänner, die die Kämpfe der Studenten auf die Verteidigung der bürgerlichen Liberalität festlegen wollen, haben Sorge davor.

Wenige Wochen erst sind seit der Wahl zu dem Göttinger Studentenparlament vergangen. Und schon ist man dorten so weit heruntergekommen. Es zeigt sich, daß die rote Tünche doch sehr schnell abblättert. Göttingen und der AStA dort, das ist einer der wenigen Punkte, wo der KB Nord gezwungen ist, Führungsaufgaben wahrzunehmen. Das geht schon gut an.

Die Auseinandersetzung an den Hochschulen wird sich weiter zuspitzen. Dafür sprechen alle objektiven Faktoren. Politische Entrechtung und materielle Abhängigkeit werden zunehmen, die Linie der Bourgeoisie ist völlig klar. Die objektive Aufgabe der Studentenbewegung besteht darin, sich vom Wuste bürgerlicher Vorstellungen zu befreien, sich gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staatsapparat unter klaren Forderungen zusammenzuschließen. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, diesen Zusammenschluß zu festigen, indem sie die Gegensätze der Interessen zwischen den Studenten und dem bürgerlichen Staatsapparat herausarbeiten und im Kampf die Studenten für die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse gewinnen. Dabei wird gegenwärtig viel zu wenig darauf gedrungen, daß die politischen Richtungen, die um die Führung der Studentenbewegung kämpfen, sagen, wo sie eigentlich hin wollen. Der KB Nord nennt das „Programmfetischismus". Wir verstehen gut, daß er und seinesgleichen die Klärung programmatischer Fragen im Kampf für ein Brechmittel finden. Man muß diesen Betrügern eine gehörige Portion davon einflößen. Für alle anderen ist die Klärung programmatischer Fragen kein Brechmittel. Sie wird gewünscht, weil sie notwendig ist. Vom KB Nord wird sie befürchtet, weil sie für ihn tödlich ist. – (mf)

Sommersemester beginnt mit Streik

Bremen. Seit dem 2. März, also seit Vorlesungsbeginn, befinden sich die Studenten des Fachbereiches Architektur der Hochschule für Technik im Vorlesungsboykott. Grund dafür ist, daß jetzt das Verhältnis der Hochschullehrer zu den Studenten von bisher 1 : 11 noch weiter verschlechtert wurde auf 1 : 12. Praktisch wirkt sich dies so aus, daß an der gesamten Hochschule für Technik Streichungen von Lehrbeauftragtenstunden in großem Ausmaß vorgenommen werden. Es sind an der Hochschule für Technik annähernd 200 Lehrbeauftragtenstunden, was etwa 80 Prozent ihres gesamten Lehrangebots entspricht, gestrichen worden. Im Fachbereich Architektur allein wurden so etwa 40 Vorlesungsstunden gestrichen. Dagegen haben sich die Studenten des Fachbereichs Architektur erhoben unter den Forderungen „Keine Streichung der Lehrbeauftragtenstunden! Keine Streichung von Hochschullehrerplanstellen! Keine Großvorlesungen!" Diesen Donnerstag findet an der Hochschule für Technik eine Vollversammlung aller Studenten statt, um zu beraten und zu beschließen, wie man sich gegen diese Angriffe des bürgerlichen Staates zur Wehr setzen kann.

Studentenparlamentswahlen

Dortmund. Anfang Februar fanden hier an der Universität und an der Pädagogischen Hochschule die Wahlen zum Studentenparlament statt. Stärkste Fraktion an der Pädagogischen Hochschule wurden die Jungsozialisten bzw. die „Freie Initiative" mit 193 Stimmen (12 Sitze). Die „hochschulpolitisch unabhängige Initiative", in der die CDU-Studenten kandidierten, erhielt 175 Stimmen und 11 Sitze. Die Liste der DKP-Studenten erhielt 47 Stimmen (3 Sitze). Die „Demokratische Liste", die von der Kommunistischen Hochschulgruppe unterstützt wurde, erhielt 59 Stimmen und 3 Sitze. Die „Rote Einheitsliste" des Kommunistischen Studentenverbandes erhielt 31 Stimmen (2 Sitze). An der Universität wurden die DKP-Studenten mit 546 Stimmen (48,9 Prozent) stärkste Fraktion. Die Liste des „Liberalen Hochschulverbandes" erhielt 103 Stimmen (9,2 Prozent). Die „Demokratische Liste" erhielt hier 169 Stimmen bzw. 15,2 Prozent.

Ersatzgelder sollen vor Rückmeldung bezahlt werden

Konstanz. In den letzten Tagen wurden die Fachbereiche der Universität Konstanz (und wahrscheinlich auch in ganz Baden-Württemberg) aufgefordert, einen Mittelwert der Materialkosten, die ein Student im Semester verbraucht, zu errechnen. Bis 9. März sollen diese Kosten dem Kultusministerium mitgeteilt werden, so daß dieses Geld bei der Rückmeldung zum Sommersemester von den Studenten eingezogen werden kann. Bargeldlos müssen sie es schon bei der Rückmeldung bezahlt haben, und der Überweisungsschein gilt dann wohl als Beleg, den man vorzeigen muß, um sich rückmelden zu können. Dieser Schritt des Kultusministeriums ist die Antwort auf die verhältnismäßig breite Bewegung unter den Studenten, die bereit im letzten Semester die Zahlung der Ersatzgelder boykottierte. Denn woher auch sollen diese Gelder von den Studenten aufgebracht werden?

Im Fachbereich Mathematik z.B., wo die aufzubringende Summe für den Studenten mehr als 2 000 DM beträgt, hat bislang noch nicht eine Handvoll der über 150 Studenten, für welche die Ersatzgelder anfallen, diese bezahlt. Allen Erpressungsversuchen des Ministeriums zum Trotz: Dieses stellte eigens eine Hilfskraft ein, um diese Gelder einzutreiben, und den Studenten wurden, wo sie nicht bezahlten, die Übungsscheine vorbehalten. Ergebnislos. Jetzt zum Sommersemester will das Kultusministerium offensichtlich die Zahlung dieser Gelder gleich zur Voraussetzung machen, damit man sich überhaupt wieder zurückmelden kann. Aber wir werden uns auch dieses Mal nicht beugen, und zurückgemeldet wird auch ohne daß diese Ersatzgelder per Überweisung zuvor der Landesregierung in den Rachen geworfen werden. – (m., Konstanz)

Unterstützung der Forderung nach 135 DM für alle gleich

Bochum. „Der Fachschaftsrat Sozialwissenschaften der Ruhruniversität spricht den Kollegen im öffentlichen Dienst seine volle Solidarität aus für den jetzigen Lohnkampf.

Wir begrüßen es, daß der Hauptvorstand der ÖTV eine einheitliche Forderung von 135 DM für alle gleich aufgestellt hat. Diese Forderung ist die richtige Antwort auf die Pläne der Regierung, den Lohnabbau zu betreiben und überall auf Kosten des Volkes zu sparen. Die Forderung ist eine gute Grundlage für ein einheitliches Vorgehen.

Die Studenten, die keine reichen Eltern haben, sind auch von Preissteigerungen und der Abwälzung von Sozialkosten auf ihren Geldbeutel betroffen und haben daher allen Grund, mit den Kollegen im öffentlichen Dienst solidarisch zu sein. Der Fachschaftsrat wird die Studenten seiner Abteilung über den Kampf der ÖTV-Kollegen unterrichten.

Fachschaftsrat Sozialwissenschaften
einstimmig verabschiedet auf der
Sitzung am 20. Februar 1976"

Mensaboykott an der Fachhochschule für Technik

Mannheim. Am Dienstag, dem 9. März, war der erste Tag eines dreitägigen Mensaboykotts, der auf einer Vollversammlung schon vor den Semesterferien beschlossen worden war: Gähnende Leere an den Kassen der Essensausgabe des Studentenwerks, 100 Prozent Beteiligung am Boykott. Auch die Arbeiter und Angestellten, die am Mensaessen teilnahmen, machten beim Boykott mit. Die Landesregierung fordert, daß die Studenten sich mit 10 Pfennig an den Betriebskosten wie Wasser, Strom u.a. beteiligen. Deshalb hat sie dieses Geld als Zuschuß an das Studentenwerk gestrichen.

In der Truppeninformation

Soldaten für 135-DM-Forderung

Wiesbaden/Hafenkaserne Schierstein. Neulich fand eine Truppeninformation über den ÖTV-Tarifkampf statt, auf der aus dem 2. Zug Vertreter für die Arbeiter und Angestellten und aus dem 1. Zug Vertreter des staatlichen Anstellers mit einem bekannten Oberfeldwebel als Wortführer eine Podiumsdiskussion führten.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden hatte am Tag vorher ein Flugblatt vor der Hafenkaserne verteilt, in dem aufgezeigt wurde, wie wichtig die Forderung nach 135 DM mehr für alle gleich ist. Sie verhindert, daß die Lohngruppen immer weiter auseinanderklaffen, die Arbeiter in den unteren Lohngruppen ins Elend absinken und die höheren Beamten noch mehr gemästet werden, wie es bei einem Prozentabschluß wäre, den die Regierung anstrebt. Anhand der Parallelen dazu in der Bundeswehr, der Lage der Wehrpflichtigen und der Gehälter der Offiziere wurde aufgezeigt, daß es für die einfachen Soldaten wichtig ist, den Lohnkampf der Arbeiter und Angestellten zu unterstützen und den Kampf für die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit zu führen.

In der Debatte wird deutlich, daß die 135 DM Forderung richtig ist

Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten brachten in der Auseinandersetzung viele Argumente für die 135 DM und die Vertreter des staatlichen Anstellers konnten dem nichts Stichhaltiges entgegensetzen. Sie stimmten unter anderem auch das Gegenargument über die Verletzung des Leistungsprinzips an. Währenddessen kamen einige Wortmeldungen von den übrigen Kameraden, die Major Mines aber auf den Schluß verschob. Er mußte sie dann schließlich drannehmen, als sich die Diskussion auf dem Podium im Kreis drehte. Einer von ihnen sagte, es wäre ja nicht einzusehen, daß diejenigen, die die ganze Arbeit machen, weniger Lohnerhöhung kriegen, als die, die das Ganze nur beaufsichtigen und in einer höheren Lohngruppe sind.

Offenbar fühlte sich der Herr Major dadurch angesprochen, denn kurz darauf brach er die Diskussion ab, um selbst im Schlußwort noch einmal darauf einzugehen. Dazu sah er sich wohl gezwungen, weil der Verlauf der Sache nicht mehr nach seinen Wünschen ging.

Mit frecher Offenheit sagt der Major, auf welcher Seite er steht

Der Major trat auf gegen die 135 DM Forderung. Sie würde gegen das Leistungsprinzip verstoßen, und unsere ganze Gesellschaft sei auf diesem Prinzip aufgebaut. Wenn die hohen Beamten (darunter zählen ja auch die Offiziere) nicht so viel Geld bekämen, würden sie ihre Funktion ja gar nicht wahrnehmen. Damit hat er vollkommen recht, und seine ganze Söldnermentalität kommt hier zum Ausdruck. Er sagt damit, die Offiziere würden die einfachen Soldaten ja gar nicht zum Einsatz als Kanonenfutter im Interesse der Geldsäcke drillen und ausrichten, wenn sie aus dem Geldsack nicht so gut geschmiert würden. Damit rechtfertigt er praktisch auch, daß die Wehrpflichtigen in der Armee mit einem Hungersold abgespeist werden.

Dann nahm sich dieser Major das Flugblatt des Soldaten- und Reservistenkomitees vor und rief triumphierend, da wären ja falsche Angaben drin! Ein Major würde nicht 2 145 DM, sondern **mindestens** 2 400 DM verdienen, und ein Generalleutnant nicht 6 250 DM, sondern über 7 000 DM! Zugegebenermaßen war wohl unsere Quelle unsicher, und Offiziere sind bei uns auch nicht organisiert.

Der Gipfel seiner Äußerungen war aber, als er wieder auf das Flugblatt einging: Die Truppeninformation hätte ja gar nicht den Zweck, die Soldaten für die Seite des staatlichen Anstellers zu gewinnen. Richtig ist, daß dieser Versuch völlig in die Binsen gegangen ist. Das hat der Herr Major natürlich auch gemerkt, und er sah sich schließlich gezwungen, die Diskussion abzubrechen. Sogar einen Hauptfeldwebel mußte er in die Schranken weisen, der für die 135 DM Forderung auftrat, weil sie verhindert, daß die Löhne immer weiter auseinanderklaffen. Der Herr Major wird durch seine Manöver natürlich nicht verhindern können, daß die Masse der einfachen Soldaten den Lohnkampf der Arbeiter und Angestellten unterstützt. – (Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden/Red.)

Polizei übt „Verhalten bei Demonstrationen"

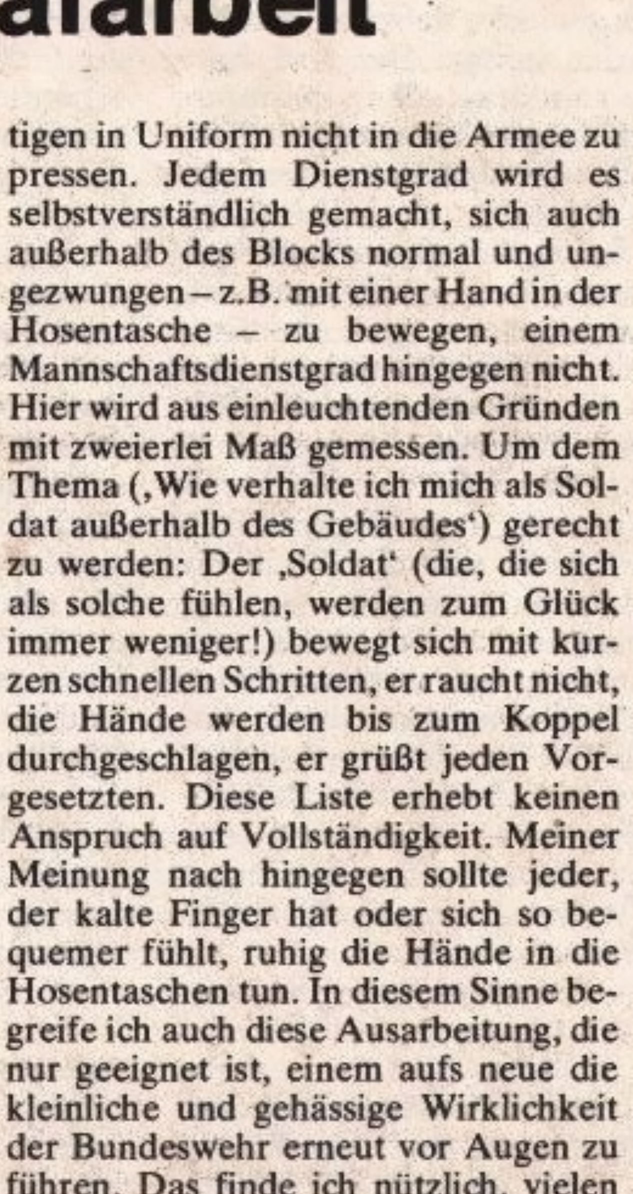
Hannover. Ende Februar nahmen 60 niedersächsische hohe Polizeioffiziere und Knüppelstrategen an einer Stabsrahmenübung in der Nähe von Celle teil.

Angenommene Übungslage waren „neben Katastrophen Verkehrsbehinderungen durch Demonstrationen, wie sie zum Beispiel bei Bürgeraktionen gegen die Errichtung von Kernkraftwerken denkbar sind". (Hannoversche Allgemeine)

An der Übung waren die Führungschargen der Bereitschaftspolizei aus Braunschweig, Hannover und Oldenburg sowie der Schutzpolizei und der Schreibtischtäter aus dem Verwaltungsdienst beteiligt. Weitere Übungen sind in Vorbereitung.

Leserbrief

Eine Strafarbeit



Als Soldat bekam ich neulich eine sogenannte „Erzieherische Maßnahme" von „meinem" Gruppenführer. Ich hatte die Hände in den Hosentaschen und sollte dafür zwei Seiten schriftlicher Ausarbeitung am nächsten Tag abgeben, was ich auch tat. Vorher hatte ich sie aber den Kameraden meiner Teileinheit vorgelesen. Die Kameraden stimmten zu:

„Strafarbeit

Neulich hielt ich auf dem Kasernenhof beide Hände in den Hosentaschen und nahm sie dort auch nach mehrmaliger Aufforderung nicht heraus, weil ich dies nicht einsehen wollte. Wer sich so verhält, handelt sich leicht eine kleine Ausarbeitung – sie muß mindestens zwei DIN A4-Seiten umfassen – ein. Warum diese Aufregung? In einem System, in dem es nötig ist, Menschen zum Essen im Gleichschritt zu führen und ihnen die Stoppelkürze ihrer Haare ständig zu kontrollieren, in dem auf hochglänzenden Schuhputz in übersteigerter Weise Wert gelegt wird, reiht es sich logisch ein, daß auch auf solche Nichtigkeiten ein scharfes Auge gehalten wird. Anders sind die Werktätigen in Uniform nicht in die Armee zu pressen. Jedem Dienstgrad wird es selbstverständlich gemacht, sich auch außerhalb des Blocks normal und ungezwungen – z.B. mit einer Hand in der Hosentasche – zu bewegen, einem Mannschaftsdienstgrad hingegen nicht. Hier wird aus einleuchtenden Gründen mit zweierlei Maß gemessen. Um dem Thema (‚Wie verhalte ich mich als Soldat außerhalb des Gebäudes') gerecht zu werden: Der ‚Soldat' (die, die sich als solche fühlen, werden zum Glück immer weniger!) bewegt sich mit kurzen schnellen Schritten, er raucht nicht, die Hände werden bis zum Koppel durchgeschlagen, er grüßt jeden Vorgesetzten. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Meiner Meinung nach hingegen sollte jeder, der kalte Finger hat oder sich so bequemer fühlt, ruhig die Hände in die Hosentaschen tun. In diesem Sinne begreife ich auch diese Ausarbeitung, die nur geeignet ist, einem aufs neue die kleinliche und gehässige Wirklichkeit der Bundeswehr erneut vor Augen zu führen. Das finde ich nützlich, vielen Dank!" – (m., Hamburg)



Biwak im Winter

Leserbrief mit Schwierigkeiten – ein Wintermanöver in der Presse

Biwak bei „General Winter"

Westerburg. Meine Einheit, die Panzerjägerkompanie 150, war Ende Januar für eine Woche zu Schießübungen auf dem Truppenübungsplatz Daaden (Westerwald). Klar, daß bei extremer Kälte und stiefelhohem Schnee die Stimmung nicht allzu hoch schlug, jeder war froh, als es durchgestanden war.

Das Manöver erscheint in der Zeitung

In der „Westerwälder Zeitung", dem Heimatblatt der „Koblenzer Rheinzeitung" wurde einige Tage später ein ganz anderes Bild gezeichnet. Ohne den Verfasser – einen Offizier unserer Kompanie – zu nennen, brachte die Zeitung unkritisch einen Artikel, der unser Manöver als einzige Gaudi hinstellte mit guten Übungsergebnissen, Freude, Begeisterung und Übungslaune:

Biwak bei „General Winter"

Westerburg/Daaden. Der Schneefall erfüllte einen gehegten Wunsch der Westerburger Panzerjäger, einmal unter wirklich winterlichen Bedingungen ins Manöver zu ziehen. Der Truppenübungsplatz Daaden bot den Soldaten beste Voraussetzungen für den Kampf unter dem Kommando des „Generals Winter". Zahlreiche Schießübungen waren angesetzt; die Trefferbedingungen wurden trotz der scharfen Kälte zufriedenstellend erfüllt. Die Witterungseinflüsse bargen mancherlei Probleme für Mann und Gerät, doch nach einer kurzen Eingewöhnungsphase waren diese kleinen Erschwernisse abgebaut – die Männer waren in ihrem Element. Warme Fleischsuppen und Tee mit „Geschmack" hielten sie in Übung. Der Höhepunkt des Übungsplatzaufenthaltes war ein Ausschnitt aus dem Winterkampfprogramm. Die ganze Kompanie verlegte sich in den tief verschneiten Wald und errichtete dort Behelfsunterkünfte. Die Fähigkeiten, sich für längere Zeit bei starken Kältegraden einzurichten, waren verblüffend. An den Wärmefeuern brach bald lang vergessene Jungenromantik durch. Vielleicht half demjenigen, der doch kalte Füße hatte, die Erkenntnis weiter, daß ein Biwak unter winterlichen Bedingungen ein einmaliger Höhepunkt ist. – (Aus: Westerwälder Zeitung vom 11.2.76)

Wer diesen Artikel las, der konnte nur den Eindruck gewinnen: „Ja, unsere Jungs, die sind schon toll!" Wir hatten uns schon oft über einseitige Presseberichte aufgeregt, in denen Bundeswehr und Wehrdienst ausgerechnet immer als total „heile Welt" dargestellt werden, eine Welt mit einmaligen Höhepunkten für den Wehrpflichtigen, voll technischem und sportlichem Reiz. Dieses Mal betraf es uns selber. Daaden hatte uns schon genug zu schaffen gemacht und jetzt noch dieses Bild. Die Wahrheit war das nicht. Also ein Leserbrief mit einer Gegendarstellung mußte her:

Ohne Romantik

WZ vom 11.2. („Biwak bei General Winter"):

War der Truppenübungsplatzaufenthalt in Daaden Ende Januar für die Westerburger Panzerjäger wirklich ein so einmaliges Erlebnis – mit herrlicher Schneebiwak, Lagerfeuerromantik und voller Übungslaune?

Sie können mir glauben, Schießen auf offenem Gelände bei minus 15 Grad Temperatur, Eis und Schnee, das ist kein Vergnügen. Oder ist es angenehm, wenn die Waffe vor Kälte an der Hand hängen bleibt und man Hände und Füße kaum mehr spürt? Oder auch Handgranaten werfen mit bloßen Händen, das hat wenig mit Romantik zu tun.

Unsere Normalausrüstung, vor allem die Stiefel und Handschuhe, konnte uns bei der scharfen Kälte nur wenig schützen. Hätte der Schießablauf es nicht erlaubt, sich relativ häufig an Wärmefeuern aufzuhalten, es wäre sicherlich nicht bei Erkältungen und Frostbeulen geblieben. Man sagt, daß nur der Dumme und Faule friert. Es friert aber auch der Gescheite, wenn er nicht richtig ausgerüstet ist.

Wir waren deshalb jeden Tag froh, wenn es in die Unterkunft zurückging. Draußen war die Stimmung nur wenig über dem Nullpunkt. Auch beim winterlichen Biwak, als die gesamte Kompanie in den Wald verlegt wurde. Dort war von „langvergessener Jugendromantik" eigentlich wenig zu spüren, denn ein Zelt zum Beispiel war zu klein geraten, so daß kein Feuer angelegt werden konnte. Die Kameraden mußten völlig im Kalten schlafen. Der Stimmung entsprach wohl schlafen. Der Stimmung entsprach wohl eher ein Aushang, den am Morgen vor dem Biwak im Waschraum alle lesen konnten: Aus Zeitungsausschnitten vom Tag zuvor hatten die Mannschaften daraus einen Text erstellt mit Überschriften, wie „27 Grad minus! Kälteste Nacht in Deutschland! Viele Tote!" oder „Vier Finger weg – Körperverletzung! Die kalten Tage nicht vertragen!" oder auch „Zweihunderttausend Unterschriften gegen Härtemanöver bei eisiger Kälte!" – (Dieter Hess, Gefr., Westerburg)

„Wir bitten Sie, Ihren Leserbrief zurückzunehmen!"

Beinahe wäre es nicht zum Abdruck gekommen. Denn zunächst kam der Leserbrief postwendend zurück. Der Redakteur schrieb dazu: „Wir bitten Sie, Ihren Leserbrief zum Artikel ‚Biwak bei General Winter' vom 11.2. zurückzunehmen. Ihre Ausführungen erreichen in der Bevölkerung das Gegenteil von dem, was Sie sicherlich wollten. Wenn Sie im zweiten Absatz in der vorletzten Reihe schreiben, ‚auch wenn angeblich in Rußland noch bei minus 30 Grad Handgrananten geflogen sind', (Anmerkung d. Verf.: dieser Halbsatz stand in dem Leserbrief, wurde von der Zeitung aber nicht abgedruckt), muß ich Ihnen als Teilnehmer des letzten Krieges mitteilen, daß mich das Wort ‚angeblich' genauso stört wie alle übrigen Teilnehmer, denn ich habe als Zwanzigjähriger am Ladogasee in Südfinnland Kältetage von 54 Grad miterlebt. Auf unserem Rückmarsch von Murmansk im Winterhalbjahr 44/45 haben die Kameraden bei Pausen in Schneelöchern geschlafen. Ich könnte Ihnen noch viele andere Dinge anführen. Um auf Ihre Ausführungen nicht noch mehr Leserbriefe zu provozieren, bitte ich Sie um Ihr Verständnis."

Der Redakteur dachte wohl weniger an die Bevölkerung als vielleicht an die guten Beziehungen seiner Zeitung zur Bundeswehr. Die Kameraden vermuteten noch weiteres. Einer meinte etwa: „Der weiß genau, von wem der Brief ist, du bist doch in der Kompanie als Kommunist bekannt." Es war die ganz einfache Wahrheit aus der Sicht der Mannschaften. Sollte das die Zeitung tatsächlich unterdrücken?

Leserbrief im zweiten Anlauf

Einen zweiten Anlauf war es wert, mit „erneuter Bitte zum baldmöglichsten Abdruck" ging der Brief an die Zeitung zurück. In dem Schreiben hieß es u.a.: „Ihr Hinweis auf den 2. Weltkrieg hat mich etwas verwundert. Ich bezweifle nicht, daß in Rußland noch bei 30 Grad minus – und noch bei größeren Kältegraden – Handgrananten geworfen wurden. Auch nicht, daß Sie in Südfinnland Kältegrade von minus 54 Grad erlebt haben, und auf dem Rückmarsch in Schneelöchern geschlafen haben. Vielleicht mag man mir als Vertreter der Nachkriegsgeneration das Recht absprechen, hier überhaupt mitzureden. Doch sei hier ein älterer Kollege von meinem früheren Arbeitsstelle zitiert! Dieser Kollege sagte, als die Sprache auf die enormen Leistungen der deutschen Landser in der Kälte Rußlands und Skandinaviens kam: ‚Alles gut und schön, aber waren wir dort vielleicht eingeladen?' Ich glaube, dieser Kollege hat die Vergangenheit sehr gut bewältigt. Denn sicherlich haben deutsche Soldaten im letzten Krieg enormes geleistet. Aber wozu? Doch enormes geleistet. Aber wozu? Doch für einen schlechten Zweck, die vielen Völkern einen hohen Blutzoll abverlangt und vielen Tausenden von deutschen Soldaten das Leben gekostet hat, weil niemand davon sind erfroren ... Ich glaube, niemand will, daß schon wieder junge Deutsche möglichst hart auf den Winterkrieg vorbereitet werden, um es ‚dieses Mal besser zu machen'! Oder etwa doch?"

Ob es diese Argumente waren, die den Redakteur überzeugten, oder die 20 weiteren Kameraden, die den Leserbrief dieses Mal mit ihrer Unterschrift unterstützten; vielleicht wollte er sich auch ganz einfach nicht ein solches Armutszeugnis ausstellen. Jedenfalls erschien der Leserbrief schließlich in voller Länge, nur der umstrittene Satz war gestrichen.

Es ist fast überflüssig zu sagen, daß wir mit diesem Ausgang zufrieden waren. Wir hatten für den Abdruck unserer Meinung einiges tun müssen, haben aber mit etwas Hartnäckigkeit unser Ziel erreicht.

Einige Tage später kam der stellvertretende Kompaniechef beim Morgenappell und gab bekannt, daß ein Leserbrief in der Zeitung stehe, der genauso übertrieben sei, wie sein Bericht. Er werde ans schwarze Brett gehängt und noch weitere Exemplare beschafft, damit jeder was fürs Familienalbum hat: Der Offizier war getroffen! – (d.h., Westerburg)

12 Tage Bau wegen Teilnahme an Demonstration gegen den § 218

Friedrichstadt/Schleswig-Holstein. Gegen den Soldaten M. aus der 3. Kompanie des Nachschubbataillons, das in Seeth stationiert ist, wurden 12 Tage Disziplinararrest verhängt, weil er am 21.2. an der Demonstration gegen den § 218 in Essen – von dort stammt der Soldat – teilgenommen hatte. Begründet wird die Bestrafung mit der Kleiderordnung, denn der Soldat trug einen Arbeitsanzug. In der Öffentlichkeit im Arbeitsanzug aufzutreten, ist danach verboten. Gegen die Bestrafung des Soldaten M. hat die „Initiative Dithmarschen gegen den § 218" ein Flugblatt vor der Seether Kaserne verteilt. Das Flugblatt wurde auch in den Kasernen Heide/Holstein und Husum verteilt sowie an die Bevölkerung in Seeth.

In mehreren Artikeln haben wir gezeigt, wie wichtig die Frage der Bauern des Nordens und des Zentrums in Portugal für den Fortschritt im Klassenkampf ist.

Es sind mittlerweile viele Erfahrungen gesammelt worden und die Hauptlosung der Arbeiterklasse gegenüber den Bauern „Die Erde denen, die sie bearbeiten" konnte unter den Massen des Nordens und des Zentrums überprüft werden.

Die Erfahrungen zeigen, daß die Losung von den Massen auf dem Lande in diesen Zonen nicht aufgegriffen wurde. In der UDP (Demokratische Volksunion) ist man darüber in eine Diskussion getreten. Am vorigen Sonntag fand in Braga eine Konferenz armer Bauern statt, die von der UDP organisiert wurde und sich vor allem mit den bisherigen Erfahrungen unter den Bauernmassen des Nordens und des Zentrums befaßte.

Eine Bauernkonferenz im Norden Portugals

Die Schwierigkeiten beim Zusammenschluß des Volkes sind überwindbar

Bevor ich auf diese Konferenz zu sprechen komme, muß dem Leser noch einmal der Unterschied in den Verhältnissen auf dem Lande zwischen dem Süden und den nördlicheren Regionen verdeutlicht werden.

Der Minho ist typisch für den Norden. Wem fallen nicht sofort die Baumreihen und die Hekken auf, die die kleinen Parzellen voneinander abgrenzen? Meist sind Baumreihen die Trennlinien. Jeder Baum wird genutzt: An ihm windet sich bis in die Krone ein Weinstock hoch – es ist die alte römische Weise, Wein anzubauen; sie ist nur im Minho anzutreffen. Der Minhote sagt dazu „enforcado", d.h. Hängerebe oder wörtlich: der Gehenkte.

Wenn man in den Dorfkneipen des Minho die Bauern Domino spielen sieht, denkt man sofort: Dieses Spiel – obwohl in ganz Portugal zu Hause – paßt doch nirgends so gut hin wie gerade in den Minho; bruchlos reiht sich ein Feld an das andere. Groß sind die Felder nicht, man braucht höchstens zwei Minuten, um sie zu umlaufen, manchmal nur 40 Sekunden.

Das zweite, was auffällt, ist die Wohnweise der Menschen des Landes. Nicht wie im Alentejo konzentriert sich die ländliche Bevölkerung im Dorf, sondern die Häuser sind zerstreut. Auch hier wieder die Mauer, der Zaun, der das Haus mit dem kleinen Gemüse- und Obstgarten umgibt.

Treffend sagte mir ein Genosse: „Sieh dir diese Felder an: Da kommt keine Maschine durch, alle diese zig Baumreihen im Tal müßten verschwinden, der Boden müßte neu verteilt werden. So gehst du zwanzig Meter, und schon stehst du auf der Parzelle eines anderen. Ein Traktor ist ein selten Ding hier bei uns."

Die Herausbildung des Kleinbesitzes

Wir müssen in die Geschichte zurück, um zu erklären, woher diese Gegensätze in der Landschaft kommen.

Um 1800 spezialisierten sich gewisse Regionen für gewisse Produkte. Im Alentejo und Ribatejo ist es der Weizen, den man schon damals nicht in Schrebergärten züchtete.

Entlang der Küste des Zentrums und im Minho ist es der Mais, in Tras os Montes und in der Beira der Roggen.

Der Anbau des Mais im Minho soll eine „Re-
ist es der Mais, in Tras os Montes und in der Beira der Roggen.

Der Anbau des Mais im Minho soll eine „Revolution" hervorgerufen haben. Noch Ende des 19. Jahrhunderts ist Mais mengenmäßig das Haupt„getreide" Portugals. Orlando Ribeiro beschreibt den Hergang der „Revolution des Mais" so (1963): „Nach der römischen Eroberung hat es keine einschneidendere Veränderung im monotonen Leben unserer ländlichen Regionen gegeben ... Großangelegte Urbarmachungen; Beseitigung der Brache; Vermehrung des bewässerten Gebietes; intensive, vielseitige und kleinliche Agrikultur; Minderung der Weiden; endgültige Trennung von Acker und Obstgärten; größere Initiative familiärer Arbeit; unaufhaltsamer Verfall des Geistes der Gemeinde; Individualismus, der sich in der Parzellierung der Böden ausdrückt, in der Vervielfachung der Hecken, Mauern und sonstigen Trennlinien und der Zerstreuung der Wohnungen – all das hat der Mais hervorgerufen, nach sich gezogen, provoziert." Der Mais (teilweise auch der Roggen) ist im Unterschied zum Weizen ein Produkt, das die Kleinwirtschaft im Minho begünstigt. Der Mais geht gut in der Gegend, die Produktion für den Markt nimmt zu, die Bevölkerung beginnt sich sprunghaft zu vermehren. Als die gepachteten Flächen nicht mehr ausreichen, beginnt die Urbarmachung der Gemeindeländereien. Alberto Sampaio schreibt 1887: „Noch in diesem Jahrhundert, fast bis zum Ende des zweiten Viertels, war der größte Teil der Berge der Provinz (minho) Gemeindeland ... Dort weidete das Vieh von allen, man hackte dort sein Holz ... Selten sah man in diesen Gebieten eine private Einfriedung, und nur vereinzelt tauchten manchmal Landstücke auf, in denen die Rodung privat war, aber die Weide gemeinschaftlich. So ist in den letzten 50 Jahren das Eigentum der Berge verwandelt worden. Zunächst zeigte sich in bezug auf die Nutzung ein Mischsystem, der Acker war privat, das Vieh weidete aber noch frei. Schließlich verbietet der neue Herr dieses immerfort und ... es wird somit das private Eigentum hergestellt."

Höhepunkt dieser Urbarmachung und Aneignung von Gemeindeland ist etwa 1860. Zwischen 1862 und 1871 steigt in Braga die Zahl der Eigentümer um 17,9 Prozent. Der Minho wird damals unter den mehr oder weniger (meist weniger) fortschrittlichen Agrarreformern als das Vorbild für Entwicklung der Landwirtschaft durch Entwicklung der Kleinwirtschaft angesehen. Aber schon 1903 sprechen die Zahlen über die „Eigentümer" diesem Fortschritt Hohn: Im Landkreis Barcelos, nahe bei Braga, finden wir 1903 unter den 16 100 „Eigentümern" von Grund und Boden 9 300, die eine Fläche von 1 100 Hektar besitzen, jeder von ihnen also mit 0,12 Hektar nicht mehr als einen stattlichen privaten Gemüsegarten. Die restlichen 6 800 Eigentümer besitzen 15 300 Hektar. Schon damals haben in Barcelos mehr als 9 000 „Grundbesitzer" im Handel, dem Handwerk, im Straßenbau und vor allem in der damals in dieser Gegend aufblühenden Textilindustrie Lohnarbeiter werden müssen – oder auswandern müssen.

Ab 1900 ist der Minho vom Gesichtspunkt der kapitalitischen Landwirtschaft aus gesehen rückständig. Es verändert sich aber nichts, da einmal die nun im Geldgeschäft und Handel spekulierenden Grundbesitzer die ruinierten Kleinbauern gerne als Pächter bei sich sahen, denen sie die Schlinge mehr und mehr um den Hals ziehen konnten; da die Textilfabrikanten glücklich über „bodenständige", zerstreut lebende Lohnarbeiter waren; und da die Großgrundbesitzer im Alentejo dankbar dafür waren, jedes Jahr zur Weizenernte massenhaft Tagelöhner und Wanderarbeiter aus dem Norden zu billigem Geld zu erhalten – diese Wanderarbeiter wurden im Alentejo die „ratinhos" oder die „kleinen Ratten" genannt.

Bis heute ist der Minho so geblieben wie er um 1900 war. Geändert hat sich nur zweierlei: Er-
nannt.

Bis heute ist der Minho so geblieben wie er um 1900 war. Geändert hat sich nur zweierlei: Erstens ist so langsam der Grund und Boden umverteilt worden – aber nicht mit dem Resultat der Entwicklung der Landwirtschaft durch den dikker werdenden Grundbesitzer, sondern nur mit dem Resultat einer Unterwerfung vieler Pächter unter den einen, Geldgeschäfte treibenden Grundherrn. So konnten sich aufgrund des Ausbleibens einer Konkurrenz die kleine Subsistenzwirtschaft und der kleine Eigentümer bis heute vielerorts und zahlreich halten. Zweitens: Die Fabriken sind größer geworden. Im Dreieck von Guimaraes, Sto. Tirso und Famalicao haben wir nach Porto und Lissabon das bedeutendste Industriegebiet: 80 000 Textilarbeiter konzentrieren sich hier; daneben ist dieses Dreieck das Zentrum für Besteck-Industrie. Aber diese Industrie lebt von der Bindung der Lohnarbeiter an die Erde, jeder Arbeiter ist gleichzeitig Kleineigentümer oder Kleinpächter besagter Schreber- oder Gemüsegärten: Die Löhne sind niedrig, die Luft ist vielfach kleinbürgerlich, die Arbeiterorganisation wenig ausgeprägt. In Guimaraes, wo sich 30 000 Textiler konzentrieren, haben kürzlich zu den Wahlen in der Textilgewerkschaft nur etwa 2 000 teilgenommen (was teilweise natürlich auch auf Konto der revisionistischen Führung der Gewerkschaft zurückgeht). Man findet viele kleine Textilfabriken mitten in der Landschaft und rundherum die zersprengten Häuser der Klein- und Kleinstpächter.

Zersplitterte Klassenverhältnisse

So einfach die Klassenverhältnisse auf dem Lande im Alentejo durch die krasse Gegenüberstellung von Großgrundbesitzer und Landarbeiter sind, so verwickelt und kompliziert sind sie im Minho oder auch im Zentrum Portugals.

Wir finden: den Großgrundbesitzer; den Großpächter; den Großbauern; den Kleinbauern; den Kleinpächter; den Kleineigentümer, der Arzt oder Rechtsanwalt in der Stadt ist und verpachtet; den Kleineigentümer, der selber hinzupachten muß, damit es reicht; den Kleineigentümer, der Lohnarbeit annehmen muß; den Kleinpächter, der Lohnarbeit annehmen muß; den Großpächter, der ein großes Stück Land am Stück pachtet und es in einzelnen Lotten unterverpachtet, mit den Zinsen spekulierend; den alt gewordenen Kleinbauern, der sein Land für einige Jahre verpachtet, bis der Sohn aus Westdeutschland zurückgekehrt ist; usw. usf. Kleinbauern stehen hier gegen Großbauern und Großgrundbesitzer, Pächter gegen Grundbesitzer, Nebenerwerbslandwirte gegen den Industriellen, Kleinpächter gegen Kleinbauern usw. usf.

Eine Klasse scheint der anderen im Weg zu stehen. Es scheint unmöglich, hier eine einheitliche Front des Klassenkampfes aufzubauen. Aber doch muß es gelingen! Es ist offenkundig: Nicht leicht wird es dem Schreibtisch„marxisten" hier fallen, Volk und Feind auseinanderzuhalten.

Bauernkonferenz der UDP

Mit den Erfahrungen in der praktischen Arbeit im Norden und im Zentrum befaßte sich die Konferenz der UDP, bei der ich anwesend sein konnte. Die Tagung fand zeitlich sehr gedrängt statt und ist nicht durch eine endgültige Stellungnahme abgeschlossen worden. Sie diente als Vorbereitung für den bald stattfindenden zweiten Kongreß der UDP, auf dem ein neues Programm der UDP erarbeitet und verabschiedet werden soll. Ich berichte hier also nicht über Diskussions**ergebnisse**, sondern über Beiträge verschiedener Genossen.

Einheitlich wurde von Genossen aus Castelo Branco, Caldas de Rainha, Viana do Castelo, Braga, Mirando do Douro, Viseu, Coimbra usw. festgestellt, daß die Losung „Die Erde denen, die sie bearbeiten" nicht greife. Im Gegenteil hätten die Faschisten sich diese Losung zunutze gemacht, um gegen die Revolution aufzuwiegeln. Ein Genosse sagte: „Die Bauern stellen heute den Kampf um die Erde nicht ins Zentrum. Man sagt gewöhnlich, dem wäre so wegen der Faschisten. Ich meine: Es gibt keinen Rauch ohne Feuer. Wir sind mit unserer Losung ja nicht gegen die kleinen Eigentümer. Aber so empfinden es die Massen." Ein anderer Genosse: „Wir müssen unter den kleinen Eigentümern auseinanderhalten: denjenigen, der selber das Land bestellt, und den, der es nicht tut, sondern als Arzt oder Jurist einem „liberalen Beruf" in der Stadt nachgeht. Der kleine Eigentümer, der selber noch das Land bestellt, akzeptiert unsere Losung nicht, denn weiß er, ob nicht sein Sohn einmal Arzt werden kann? Der Beamte, der noch ein Stück Land besitzt und verpachtet, akzeptiert die Losung auch nicht. Beide aber sind keineswegs unsere Feinde, sondern Parteigänger der Volksdemokratie."

Mehrmals kam es auf der Konferenz zu Debatten über den Widerspruch zwischen dem Pächter und dem kleinen Grundbesitzer, ein Widerspruch, der besonders im Minho und in der Zone zwischen Porto und Aveiro auftritt. Da jetzt das neue Pachtgesetz in Kraft getreten ist, das dem Pächter mehrere Vorteile zukommen läßt, bemühen sich die Revisionisten im Norden durch eine Organisation der Pächter (MARN) wieder Fuß zu fassen. Hervorgehoben wurde, daß die

eine Organisation der Pächter (MARN) wieder Fuß zu fassen. Hervorgehoben wurde, daß die

Revisionisten den Kleineigentümer vom Kleinpächter spalten, indem sie zum Beispiel auf einer Versammlung von Kleinpächtern über das neue Gesetz einem Kleinbauern unter Drohungen das Wort verbaten usw. Diese Spaltung ist fatal. Es gibt viele Kleinbauern, die selber zu alt geworden sind, um noch zu arbeiten, aber keine Pension beziehen und daher von der Verpachtung ihres Kleinbesitzes leben müssen. Hier wurde herausgestellt, daß der Kampf um die Sozialversicherung aller auf dem Lande Arbeitenden aufgenommen werden müsse.

Die Einheit zwischen Kleineigentümer und Kleinpächter werde auch im Kampf gegen den Zwischenhändler und um Handelsgenossenschaften erzielt.

Wie aber stehe es mit dem Tagelöhner, der oft bei mittleren Bauern arbeite? Auch wenn er zahlenmäßig nicht ins Gewicht falle, so könne man ihn nicht draußen lassen.

Der Staat ist der gemeinsame Feind

Es müsse eine Losung her, die einfach und verständlich sei, die umgreifend sei, die Einheit herstelle und klar die Fronten benenne.

Bei der Untersuchung der Feinde der Landbevölkerung machten einige Genossen den Fehler, immer nur den Grundherren und den Zwischenhändler als Hauptfeinde darzustellen. Hier wurde in der Kritik deutlich gemacht, daß so keine Einheit hergestellt werden könne. Der wichtigste Widerspruch sei der zum Staat, denn dieser erhebe Steuern, Strafzahlungen; er lege große Verachtung gegenüber den Analphabeten des Landes an den Tag, was sich in der kleinlichen Schikane der Beamten sowie dem Sparsamkeitsregime in bezug auf Investitionen in der Landwirtschaft ausdrücke; keine Schulen, kein elektrisch Licht, keine Straßen, keine Wasserleitungen, keine Müllabfuhr, keine Abflußkanalisation, keine Krankenhäuser; Polizeichef und Steuerausplünderer – so erscheine dem armen Landvolk der Staat; zudem sei der Staat für den Kredit verantwortlich und fördere indirekt durch die Weigerung eines wohlfeilen Kredits den Wucher; er sei für die Preispolitik und den Handel verantwortlich und fördere den erpresserischen Zwischenhändler. Er stehe als Kapitalist für die hohen Düngepreise und stecke als Imperialistenknecht mit den Landwirtschaftsgerätefabrikanten des Auslands unter einer Decke; usw. usf. Den Hauptwiderspruch zum Staat aus den Augen zu lassen bedeute, die Notwendigkeit der Revolution aus den Augen zu verlieren.

Nicht ganz so deutlich wie dies wurde die Konsequenz dieser Auffassung herausgearbeitet, die mir darin zu bestehen scheint, daß durch einen einheitlichen Kampf gegen den Staat als dem hauptsächlichen Gegner sich auch Feind vom Volk sauber trennen wird; das ganze Bündel der Parasiten, die sich des Staatsapparats gegen das Volk bedienen, wird als Feind in solchem Kampf auftreten.

So sehen wir es zum Beispiel im „Kartoffelkrieg", der seit zwei Wochen immer mehr Gebiete ergreift. Der Staat in Gestalt eines reaktionären Ministers behauptet, in Portugal könnten keine Saatkartoffeln produziert werden. Sie seien schlecht, die ausländischen seien besser. Dabei bevorzugen viele Bauern und Kooperativen gerade die portugiesischen. Soweit, daß Zwischenhändler die besseren portugiesischen in einer Region kaufen, um sie in einer anderen Region nur im Preis als „ausländische" abzusetzen. Offenkundig, daß hinter der „Reklame für die ausländische Saatkartoffel" der Importeur steht. Und der Zwischenhändler. Der harte Kampf der Bauern um die Saatkartoffellieferung, der durch eine klare Forderung gegen den Staat untermauert ist, treibt alle plündernden Figuren dieses Geschäftes als klare Volksfeinde auf den Plan. So wie eine Forderung nach günstigem Kredit den Wucherer auf den Plan ruft. So wie eine Forderung nach Sozialversicherung für alle arbeitenden Menschen des Landes den Privatversicherungsagenten auf den Plan ruft. So wie eine Forderung nach billigem Dünger und landwirtschaftlichen Geräten nicht nur den Düngemittelfabrikanten und Geräteverleiher auf den Plan ruft, sondern gleichzeitig auch den Großgrundbesitzer, der den Pächter dadurch an der Kandare hält, daß er ihm „gnädigerweise" für wenig Leihgebühr Pflug, Zugtier und Düngemittel zur Verfügung stellt.

Kampf um eine Wasserleitung

Ein anderes Beispiel für die Einheit der armen Klassen des Landes gegen den Staat besteht im ständigen Kampf um Wasserleitungen und soziale Einrichtungen. Ein Genosse berichtete, daß sie in ihrem Dorf mehr als einen Kilometer gehen mußten, um Wasser zu holen. Sie hätten die Munizipalkammer aufgefordert, einen Brunnen zu graben. Die hätte Bescheid gegeben: Es gebe kein Wasser in der Dorfnähe. Das Volk hätte daraufhin selber gegraben. Schon nach wenigen Metern sei Wasser gesickert. Der Bürokrat habe daraufhin, ohne sich das anzusehen, gesagt: Das sei vom letzten Regen. Schließlich wurden die Ausflüchte so kraß, daß die Kammer das Werk zu Ende führen mußte. Oder in einem kleinen Dorf nahe Guimaraes erzählt mir ein alter Invalide,

der mit zwölf Kindern und Frau nur 400 DM hat
nahe Guimaraes erzählt mir ein alter Invalide,

der mit zwölf Kindern und Frau nur 400 DM hat, daß sie im Dorf in der großen Mehrheit bei der letzten Wahl die PUP (eine von Marxisten-Leninisten gegründete Wahlfront, die heute in der UDP aufgegangen ist) gewählt hätten. Warum? „Wer hat das Wasser hierher gebracht? Die Regierung? Nein! Es war die PUP! Wer hat die Müllabfuhr besorgt? Die Regierung? Nein! Es war die PUP!" Tatsächlich hatten die Marxisten-Leninisten hier keine großen Reden gehalten (was die Landbevölkerung eh nicht mag), sondern sie haben den einen brennenden Wunsch von allen ausfindig gemacht und haben dann gesagt: Wir müssen vorwärts gehen. Eine Demonstration zur Kammer wurde organisiert und die schlug ein wie eine Bombe. Dann kam der Kammerpräsident selbst ins Dorf. Weil es in Strömen regnete, mußte er sein Auto im Tal stehen lassen und zu Fuß eben die Strecke gehen, die die Leute zum Wasserholen gehen müssen. In strömendem Regen! Wie sich die unter ihren Regenschirmen versammelten Dorfbewohner über die Schlammstraße in ihr Dorf dies eine Mal gefreut haben! „Die PUP hat uns die Wasserleitung gebracht."

Auf der Konferenz der UDP wurde einheitlich festgestellt, daß die Losung „Die Erde denen, die sie bearbeiten" nicht aufgegriffen wird von den armen Massen. Zu sehr sei selbst der ärmste Pächter und der kleinste schrebergartenbesitzende Textilarbeiter mit seinem „Eigentum" verbunden oder fühle aufgrund der Geschichte der Gegend den Respekt vor dem Eigentum an Grund und Boden; dies in einer Gegend, wo der Großgrundbesitz zwar existiert, aber nicht augenfällig ist wie im Alentejo, da er zigmal parzelliert an die verschiedensten Pächter und Unterpächter verteilt ist. In einer Gegend, wo noch viel Kleinbesitz besteht und fast jeder „arme Mann" einst Kleineigentümer gewesen ist, jetzt Pächter vielleicht, aber noch mit Grund und Boden tief verbunden. Die Konferenz diskutierte, welche Losung in dieser Situation die Bauernmassen sofort aufgreifen können. Ein Genosse machte folgenden Vorschlag, mit dem sich die meisten einverstanden erklärten: „Recht auf Arbeit und würdige Lebensbedingungen für alle die, die die Erde mit eigenen Händen bearbeiten". Darin sei der Kampf gegen den Ruin der Kleinbauern und Pächter durch Wucher, Zwischenhändler, hohe Düngemittelpreise enthalten sowie der Kampf um Sozialversicherungen, Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Wasser, Licht sowie der Kampf der Tagelöhner um ihre Arbeitsplätze, der Kampf der Landarbeiter im Alentejo usw.

Dies ist ein Vorschlag, der weiter diskutiert wird.

Die UDP wird auf ihrem zweiten Kongreß noch in diesem Monat ein detailliertes Programm verabschieden, in dem die bisher gesammelten Erfahrungen verallgemeinert werden. Wir werden darüber in der KVZ berichten. – (kkw, Lissabon, 6. März)

Front POLISARIO:

Demokratische Arabische Republik Sahara ausgerufen!

Am 27. Februar, zwei Tage vor dem endgültigen Abzug der spanischen Kolonialtruppen aus West-Sahara begrüßten in der Oase Bir Lahlou etwa 10000 Saharauis die Proklamation der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" durch den Generalsekretär der Front POLISARIO, Al Uali.

Mit der Errichtung von Sklavenjägerstützpunkten begann vor 500 Jahren die spanische Kolonisierung. Seit 1884 versuchte Spanien, Sanguia-el-Hamra und Rio de Oro vollständig unter Kontrolle zu bringen. Als Reaktion auf die gerechte Forderung nach Unabhängigkeit erklärte Franco 1958 West-Sahara zur spanischen Provinz. „Gleichzeitig wurde ein Teil des Gebietes an Marokko bzw. Mauretanien abgetreten und das Volk gezwungen, in diesen Gebieten zu bleiben. Daher begründeten Marokko und Mauretanien ihren Anspruch auf West-Sahara." (Y.Ahmed, KVZ Nr. 50/75)

Tatsächlich konnte jedoch der Zusammenschluß der Stämme von Sanguia-el-Hamra und Rio de Oro stets erfolgreich die Selbständigkeit gegen die Feudalreiche in Marokko und Mauretanien verteidigen. (nach Memorandum der FPOLISARIO an die UNO vom 2.5.1975) Wie wenig es Spanien gelang, mit dem Widerstand des Volkes fertigzuwerden, zeigt sich daran, daß, nachdem es bereits den größten Teil der Bevölkerung außer Landes gejagt hatte, es noch 30000 (manche Quellen sprechen von 50000) Soldaten benötigte, um gegen die verbleibende, etwa 70000 Menschen zählende Bevölkerung die Ausplünderung der Reichtümer des Landes zu sichern.

Zunächst ging es vor allem um die reichen Fischgründe und den Handel. Erst seit Mitte der sechziger Jahre sind die riesigen Phosphatvorkommen, die zweitgrößten der Welt mit einem derzeitigen Wert von über 100 Milliarden Dollar, bekannt. Daneben gibt es Eisen, Kupfer, Uran, Erdgas und Erdöl. Ihre Ausplünderung durch amerikanische und westeuropäische Monopole hat erst gerade begonnen. Zum Beispiel baute Krupp vor wenigen Jahren ein 100 Kilometer langes Förderband zur Küste.

Das Volk unter Führung der FPOLISARIO hat sich zum Ziel gesetzt „die nationale Befreiung von jeglicher Art des Kolonialismus und die Verwirklichung einer vollständigen Unabhänigkeit", „Nationalisierung der Bodenschätze", „Aufhebung jeglicher Ausbeutung", „Unterstützung aller Völker, die gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus und Apartheid kämpfen". (Programm, KVZ Nr.50/75)

Selber direkt gegen die Selbstbestimmung des saharauischen Volkes mit Waffengewalt anzutreten, wagen der US-Imperialismus und seine verbündeten imperialistischen Mächte nicht. Der siegreiche Befreiungskampf des algerischen Volkes gegen die französische Besatzung hat ihnen die Finger verbrannt. Die Völker des Maghreb (arabische Staaten westlich Ägyptens) wollen jede nationale und neokoloniale Abhängigkeit beseitigen. Deshalb setzen die Imperialisten auf Spaltung und nutzen dazu die ökonomische Abhängigkeit von Marokko und Mauretanien sowie deren Regimes und deren Differenzen zu Algerien, das eine antiimperialistische Politik betreibt. Sie schüren einen Krieg gegen Algerien und rüsten dazu Marokko auf, die USA liefern entwickelte Waffensysteme und Frankreich versprach die Lieferung von 75 Mirage-Kampfflugzeugen. Sie spekulieren darauf, die arabischen Völker und die afrikanischen Völker gegeneinander zu hetzen, die Arabische Liga und die OAU über diese Frage zu spalten und damit die Front der Völker der Dritten Welt gegenüber dem Imperialismus insgesamt zu schwächen.

Der algerische Staatspräsident Boumedienne erklärte demgegenüber in einer kürzlichen Rede, Algerien wünsche keinen Krieg mit den marokkanischen und mauretanischen Brudervölkern. „Liegt er (der Konflikt) im Interesse der Völker dieser Region, der Region des arabischen Maghreb? Wir glauben das Gegenteil. Bei diesem Kampf geht es darum, diese Region unter dem internationalen Imperialismus zu erhalten." „... die Politik der vollendeten Tatsachen in dieser Region kann in nichts anderes als in eine Sackgasse führen." Das saharauische Volk wolle nur „nicht Objekt imperialistischer Transaktionen werden", deshalb „wird Algeriens Hilfe für das Volk der Sahara fortgesetzt, weil wir der Überzeugung sind, daß das Land dort den Saharauen und nicht den Marokkanern und den Mauretaniern gehört". Nur durch die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung des saharauischen Volkes und die Aufgabe der marokkanischen und mauretanischen Besetzung kann der Konflikt gelöst werden. Nur dadurch ist es möglich, den Imperialismus wirklich aus Westsahara zu vertreiben.

„Das arabische Volk in der Demokratischen Arabischen Republik Sahara ist entschlossen, seine Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu verteidigen und die Bodenschätze und die Naturreichtümer unter eigene Kontrolle zu nehmen. Es kämpft an der Seite aller Völker, die für Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt eintreten. Es unterstützt alle Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf gegen Kolonialherrschaft." (Aus dem Kommuniqué des Provisorischen Nationalen Rats bei der Gründung der DARS/Le Monde, 29.2.)

Spenden für den Befreiungskampf des Volkes von West-Sahara
Konto des KBW
Commerzbank Mannheim
Nr. 3258589
Stichwort: FPOLISARIO

Zimbabwe: Die alten imperialistischen Herren suchen nach einer neuen Stütze

Das rhodesische Siedlerregime in Bedrängnis

Anfang letzter Woche haben Einheiten des rhodesischen Siedlerregimes bewaffnete Aggressionen gegen Mozambique durchgeführt. Vergangenen Mittwoch hat der Präsident von Mozambique, Samora Machel, angeordnet, daß die Grenzen zum vom weißen Siedlerregime Ian Smiths beherrschten Zimbabwe geschlossen werden. Er ordnete die Beschlagnahme des Besitzes der britischen Siedlerkolonie an und rief das Volk von Mozambique auf, Vorbereitungen gegen rhodesische Aggressionen zu treffen. Nachdem Sambia bereits 1973 die Grenze zu Zimbabwe geschlossen hatte, wird das weiße Siedlerregime jetzt weiter eingekreist und kann den Warenverkehr, die Verbindung zur Außenwelt, nur noch über Südafrika aufrechterhalten. Die rhodesische Aggression gegen Mozambique und die Antwort Mozambiques sind Ausdruck des verschärften Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gegen das Smith-Regime und der Völker im Süden Afrikas gegen eine der letzten Bastionen des Rassismus und Kolonialismus. Die Imperialisten sind in helle Aufregung geraten und ihre öffentlichen Überlegungen überstürzen sich, wie die Beherrschung Zimbabwes, seine Abhängigkeit noch zu retten ist.

gigkeit noch zu retten ist.

Der Angriff der weißen Siedlerarmee erfolgte am Dienstag und Mittwoch auf das Dorf Pafuri, das an der Grenze Mozambiques zu Südafrika und Zimbabwe liegt. „Das Dorf wurde durch Flugzeuge und Hubschrauber angegriffen sowie durch Bodentruppen, die durch Artilleriesperrfeuer unterstützt wurden. Zwei Mozambiquaner wurden getötet, zehn verwundet, die Rhodesier verloren sieben Tote und hatten sieben Verletzte." (Samora Machel, Times, 4.3.)

Der Außen- und Verteidigungsminister des rhodesischen Rassistenregimes van der Byl erklärte in einem Telefoninterview gegenüber der „Welt": „Natürlich hat unsere Luftwaffe und unsere Armee einen Teroristenstützpunkt beim Dorf Pafuri angegriffen. Wir schlagen gegen Mörder zu. Genauso wie Israel die Stützpunkte der PLO im Libanon aus der Luft und über Land angreift." (Welt, 5.3.) Der selbstgewählte Vergleich ist treffend. Das weiße Siedlerregime Zimbabwes ist aufs Haar das gleiche wie der zionistische Besatzerstat Israel, der das palästinensische Volk vertrieben hat, unterdrückt und im Dienst des Imperialismus Aggression gegen die arabischen Länder durchführt. So wie die arabischen Völker selbstverständlich das palästinensische Volk, eines ihrer Brudervölker, unterstützen und aufgenommen haben, so unterstützt Mozambique das Brudervolk Zimbabwes in seinem Befreiungskampf gegen das weiße Siedlerregime.

Die Schließung der Grenze trifft das Siedlerregime. Nach Angaben des rhodesischen Transportministers Hawkins trifft die Grenzschließung etwa 25 bis 30 Prozent der Ausfuhren, die bisher über zwei Eisenbahnlinien durch Mozambique in die Häfen Maputo und Beira erfolgten. (Mannheimer Morgen, 6.3.) Für Import und Export bleiben den Siedlern jetzt noch zwei Eisenbahnlinien über die Strecke Rutenga-Beitbridge-Pretoria sowie eine durch Botswana nach Mafeking.

Auf diesen Transportwegen wird der Reichtum Zimbabwes, den das Siedlerregime durch Ausbeutung der Massen und Plünderung des Landes an sich reißt, an die Imperialisten ins Ausland befördert. Sie transportieren mehr als 4 Millionen Tonnen pro Jahr. Insofern sind sie Lebensadern für die Imperialisten wie für die Siedlerherrschaft. Zwei weitere sind jetzt gekappt. Die verbleibende Eisenbahnlinie nach Mafeking ist nahezu ausgelastet. Ihre Kapazität beträgt 6000 bis 8000 Tonnen pro Tag und sie kann kaum mehr aufnehmen. Die Rutenga-Beitbridge-Linie ist in aller Eile von 18 Monaten fertiggestellt worden, als das Siedlerregime die Unabhängigkeit Mozambiques kommen sah. Diese hat eine Kapazität von 12000 Tonnen pro Tag und kann noch etwas ausgenutzt werden. (nach Times, 4.3.) Hinzu kommt, daß die südafrikanischen Häfen nicht unbedingt die zusätzliche Belastung auffangen können, Durban an der Ostküste ist zum Beispiel überfüllt.

Das Siedlerregime hat angekündigt, „mehr rhodesische Territorialstreitkräfte einzuberufen und die regulären Truppen auszuweiten" (Tribune, 6.3.). Zirka 230000 Weiße leben in Zimbabwe. Knapp 60000 Menschen werden in der einen oder anderen Weise unter Waffen gehalten. Die Weißen stellen ein Drittel der aktiven Streitkräfte, aber drei Viertel der Polizeireserve. Das Siedlerregime kann seine Herrschaft über Zimbabwe nur aufrechterhalten, indem es beständig im Kriegszustand lebt und alle Siedler gleichzeitig ihr Werk bei der Ausbeutung des Landes und der Niederhaltung der Massen verrichten. Deshalb trifft die Auswanderungsrate von 10500 letztes Jahr seine Herrschaft ebenso wie die Verschiebung in der altersmäßigen Zusammensetzung der Kolonialisten. Nach dem Zensus von 1968 hat sich die Altersgruppe zwischen 25 und 44 Jahren seit 1961 von 30,6 % auf 26,3 % verringert, der Anteil der über 65-jährigen ist von 20,3 % auf 27,2 % gestiegen.

Die jetzt angekündigte Mobilisierung wird die Kräfte des Siedlerregimes weiter anspannen und auszehren, es gleichzeitig um so rabiater machen. Nach den Angaben des Instituts für Strategische Studien umfaßt der aktive Teil der Streitkräfte 5700 Mann, davon 1000 in der Luftwaffe. Die Territorialarmee, eine Siedlermiliz, umfaßt etwa 10000. Neu aufgestellt wurde eine zweite Reserve der über 38 Jahre alten Männer, deren Aufgabe vor allem darin besteht, „Objektschutz im Hinterland" zu betreiben. Die Polizeistreitkräfte bestehen im aktiven Teil aus 8000 Mann, in der Reserve aus 35000. In der paramilitärischen Polizei ist das Verhältnis zwischen Weißen und Afrikanern ungefähr 3:1 (Tribune, 6.8.). Hier setzen die Siedler bewußt auf noch vorhandene Stammeskonflikte innerhalb des Volkes von Zimbabwe und auf Spaltungen innerhalb der Befreiungsbewegung: Die schwarzen Streitkräfte sind alle aus dem Stamm Nkomos rekrutiert in der Absicht, Afrikaner gegen Afrikaner kämpfen zu lassen.

Kundgebung der FPOLISARIO

Die sich überschlagenden Erklärungen der Imperialisten, ihre Verwirrung drücken ihre Furcht um den Bestand der weißen Siedlerherrschaft aus. Diese war für sie bislang der Garant dafür, daß sie das Land ausbeuten können. Der UNO-Boykott, 1965 verhängt, hat sie nicht beeindruckt. Die UNO-Kommissionsberichte belegen, welche imperialistischen Länder regelmäßig und dauerhaft den Boykott durchbrechen: Frankreich, BRD, Japan, Schweiz, Belgien, Italien, USA, Portugal und Südafrika.

Für die Imperialisten ist Zimbabwe wichtig wegen seines Rohstoffreichtums. Zu den wichtigsten Exportgütern gehören: Asbest, Eisenerz, Roheisen, Chrom, Kupfer, Tabak, Felle, Häute, Leder. Es besitzt insbesondere solche Rohstoffe, die für die Kriegsproduktion wichtig sind: Chrom, Nickel, Asbest, Lithium. Rhodesien ist der sechstgrößte Goldproduzent der Welt, der drittgrößte Weltproduzent von Chrom. „Mit dem Abbau von Lithium steht Rhodesien an erster Stelle, seine Asbestlagerstätten sind die bedeutendsten der gesamten kapitalistischen Welt und bergen eine der begehrtesten Asbestsorten, das Chrysol-Asbest. Daneben gehört die Siedlerkolonie zu den wenigen afrikanischen Staaten, die über große Kohlevorkommen verfügen; sie besitzt bedeutende Kupferlagerstätten, die neben Nickel seit der gerstätten, die neben Nickel seit der UDI (Lostrennung des Siedlerregimes von Großbritannien, d.Red.) intensiver ausgebeutet werden." (Dekke/Tüllmann: Rhodesien 74/75) Der US-Imperialismus hat weitgehend die Chromgewinnung unter Kontrolle. Diese will er unter keinen Umständen verlieren, denn neben Rhodesien ist die sozialimperialistische Sowjetunion der einzige große Chromproduzent- und Lieferant.

Aus diesen Gründen wollen die Imperialisten Zimbabwe in Abhängigkeit halten und das Kolonialistenregime am Leben erhalten. Es ist eine Bastion gegen den Befreiungskampf der Völker Afrikas. Gleichzeitig ist es eine Waffe gegen den sozialimperialistischen Konkurrenten, der mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft ringt und ihn in der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker ablösen will.

Deshalb drängen die Imperialisten auf die Verhandlungen Smiths mit Joshua Nkomo, der den ANC gespalten hat. Diese Verhandlungen werden von der bürgerlichen Presse als Verhandlungen über die „Mehrheitsregierung" hingestellt. Die Revisionisten unterstützen Nkomo ebenfalls und behaupten, es ginge um die Mehrheitsregierung. Besteht also überhaupt kein Unterschied zu den Forderungen der Volksmassen Zimbabwes, zum Programm der ZANU und des ANC? Handelt es sich lediglich um taktische Differenzen?

So wie Joshua Nkomo die Frage der Mehrheitsregierung behandelt und so Mehrheitsregierung behandelt und so wie die Imperialisten dies unterstützen, ist lediglich eine Beteiligung von Afrikanern an der Regierung gemeint. Dies jedoch bedeutet die Fortexistenz des kolonialen Staatsapparates, die Aufrechterhaltung der bewaffneten Streitkräfte des Siedlerregimes. Eine solche Regierung, selbst wenn die Afrikaner die Mehrheit hätten, kann bei Fortexistenz des kolonialen Staatsapparates die Interessen des Volkes nicht verwirklichen, im Gegenteil, die Unterdrückung bleibt und die Abhängigkeit ebenfalls.

Das Volk von Zimbabwe hingegen führt seinen bewaffneten Befreiungskampf für die Zerschlagung des weißen Siedlerregimes, für eine Mehrheitsregierung, die eine Regierung des Volkes und der nationalen Unabhängigkeit ist. – (hjh)

Kulturgruppe der Revolutionsschulen der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) in der BRD

Solidaritätsveranstaltungen: 25. März in Köln, 26. März in Heidelberg

Von den örtlichen Solidaritätskomitees organisiert können jetzt im Anschluß an die Oman-Solidaritätsaktionen im Februar revolutionäre Kulturveranstaltungen mit einer Delegation der PFLO durchgführt werden. Das teilt der für die Oman-Woche im Februar von elf Solidaritätskomitees und der Generalunion arabischer Studenten eingesetzte Koordinationsausschuß in seinem Abschlußbericht mit.

Bereits im November 1975 war es mit einer Kampagne im Zusammenhang einer Veranstaltungsrundreise eines PFLO-Vertreters gelungen, breite Aufmerksamkeit auf den Kampf auf den Kampf des Volkes von Oman für nationale und soziale Befreiung zu lenken und das Bewußtsein von der Gerechtigkeit seiner Sache zu stärken. „Das Volk von Oman kämpft unter Führung der PFLO an der Spitze der arabischen Völker gegen Hegemonismus und Imperialismus im Nahen Osten und dem Arabischen Golf."

Die Aktionswoche im Februar sollte das Erreichte verbreitern und vertiefen. Tatsächlich ist es gelungen, weitere Organisationen für die Teilnahme an der Unterstützungaktion zu gewinnen und sie in weitere Städte zu tragen. Der Koordinationsausschuß schreibt in seinem Bericht:

„Die Omanwoche, von elf Nahost- und Palästina-Komitees und der GUAS durchgeführt, wurde von vielen Organisationen unterstützt: die Föderation Iranischer Studenten, FIS, die Indonesische Studentenvereinigung, der PBI, Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend, der KBW, die KPDL/ML und die Rote Hilfe Deutschland. In mindestens 25 Städten in Westdeutschland und Westberlin fanden Informationsveranstaltungen, Bilderausstellungen und Kundgebungen statt." „Das Sammelergebnis für die Schul- und Propagandaeinheit beträgt bis jetzt DM 16168 (Stand 4.3.)." (laut Bericht des Koordinationsausschusses)

In Köln konnte im Verlauf einer intensiven Aktion auf Initiative des KBW und der GUAS ein weiteres Nahost-Komitee gegründet werden, in dem zirka 20 Menschen mitarbeiten wollen. Der KBW wird, wie alle bisherigen Aktionen, auch die beiden Veranstaltungen in Köln und Heidelberg unterstützen.

Spendenkonto:
Schul- und Propagandaeinheit für die PFLO
Nr. 5642302 Volksbank Freiburg

(Günter Buschmann)

Ein Brief streikender spanischer Arbeiter

„. . . haben wir es für notwendig befunden, der Öffentlichkeit unseren Standpunkt mitzuteilen“

Den folgenden Brief haben die Arbeiter der Firma Michelin in Valladolid an die Behörden und die offiziellen Medien des Regimes in Spanien gerichtet. Zugleich haben sie ihn ins Ausland geschickt mit der Aufforderung, die Unterstützung der Gewerkschaften, insbesondere der IG Chemie, zu erreichen und den Kampf materiell zu unterstützen. Sie schreiben: „Wir haben schon die solidarische Unterstützung aller Michelin-Werke in den einzelnen Provinzen erreicht und sind entschlossen, bis zum Ende durchzuhalten. Wir sind Euch dankbar für eine möglichst schnelle materielle Unterstützung. Wir müssen allein 225 000 Pesetas (9 000 DM) für neun festgenommene Kollegen aufbringen. Es grüßen Euch Eure Kollegen von Michelin Spanien.“

Die Arbeiter von
SAFEN MICHELIN
Valladolid (Spanien)

Valladolid, 11.2.76

An die Informationsmedien
An die Öffentlichkeit
An die zivilen und militärischen Amtsträger
An die kirchlichen Amtsträger

Angesichts der von der Unternehmensleitung von SAFEN MICHELIN verbreiteten Erklärung sind wir, die Arbeiter dieses Unternehmens, in einer Versammlung zusammengetreten und haben es für notwendig befunden, der Öffentlichkeit unseren Standpunkt zu dem Arbeitskonflikt, den wir durchmachen, mitzuteilen. Diese Situation wurde durch die Entscheidung des Unternehmens verursacht, **alle Arbeiter auszusperren,** wobei sie einige auch noch entlassen hat.

Um die Situation möglichst konzentriert darzustellen, führen wir folgende Punkte an:

1. Arbeitszeit. – Am 31. Juli 1974 wird im Staatsanzeiger die neue Arbeitsregelung für die chemische Industrie veröffentlicht und darin festgelegt, daß für die Beschäftigten dieses Industriezweiges die wöchentliche Arbeitszeit 45 Stunden beträgt, mit Aus-
beitszeit 45 Stunden beträgt, mit Aus-
nahme der Nachtschicht, für welche sie 42 Stunden beträgt.

Darauf verweisend, forderten wir wiederholt von der Firma, daß sie diese Regelung strikt einhielte. Die Antwort der Firma war, einseitig, ohne die Beschäftigten zu fragen, die **soziale Verbesserung,** die diese Arbeitszeitverkürzung darstellte, in eine **Lohnerhöhung** umzuändern. Dabei führte sie an, daß wegen **angeblicher** Produktionserfordernisse man 48 Stunden arbeiten sollte und daß die drei Stunden Differenz als Überstunden bezahlt würden. Diese Haltung der Firmenleitung war es, die die Arbeitsniederlegungen von Oktober 1974 und Februar 1975 verursachte während der Verhandlungen zum jetzigen Tarifvertrag. In der Folge wurden zwei Kollegen entlassen und mehreren wurde eine Strafe auferlegt.

Somit ist es klar, daß diese von uns fast zwei Jahre lang vertretene Forderung niemals angenommen wurde; uns wurde von der Firma nicht einmal dargelegt, welche diese **angeblichen Produktionserfordernisse seien.** (. . .)

2. Die Entwicklung des Konflikts. – Am 28. Januar teilte uns die Firma mit, daß ab dem 1. Februar 1976 46 Stunden wöchentlich gearbeitet würden. Diese Mitteilung, genau 24 Stunden vor der Durchführung einer erlaubten Versammlung bekannt gemacht, rief bei uns allen Empörung hervor. Auf dunklem Wege verschwanden die Produktionserfordernisse, deren Nachweis schon immer so dunkel geblieben war. Andererseits war das Ergebnis des Schiedsspruchs des Arbeitsgerichts bereits im voraus bekannt, da der Bericht des Gewerkschaftlichen Vermittlungsausschusses negativ war, wie uns der Vorsitzende der Gewerkschaft der Chemischen Industrie mitteilte, der auch erwähnte, daß sehr wahrscheinlich das Gericht für 48 Stunden entscheiden würde.

Auf der legalen Versammlung vom 29. Januar 1976 war die allgemeine Meinung die, die Haltung der Firma als schändliches Feilschen zu betrachten, da sie 46 Stunden festlegte und nicht die 45. Wobei wir, die die 40-Stunden-Woche anstreben, uns an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten haben.

In Anbetracht der äußersten Ausschöpfung des Verhandlungsweges (eineinhalb Jahre) wurde einstimmig beschlossen, am Samstag, dem 31. Januar 1976, sobald die 45 Stunden gearbeitet waren, die Arbeit niederzulegen. (. . .) Auf den ebenfalls legalen Versammlungen vom 30. Januar 1976 wurden die vorigen Beschlüsse bestätigt.

So hörten am 31. Januar 1976 gemäß den Beschlüssen die Frühschicht und die Früh- und Spätschicht (das sind Kollegen, deren Arbeitstag auf zwei Teilschichten geteilt wird), als die 45 Stunden gearbeitet waren, mit der Arbeit auf und verließen anschließend den Betrieb. Die Nachmittag-Abend-Schicht hörte um 19 Uhr ebenfalls zu arbeiten auf. Als die Kollegen dieser Schicht sich in einer überdachten Betriebsstraße versammelten, nur um festzustellen, wie weit die Beschlüsse befolgt worden waren, kam der Personalchef, Herr Echave, und entließ grundlos – zumindest war kein Grund erkennbar – einen Kollegen. Es war diese willkürliche Maßnahme, die die Gemüter der Kollegen radikalisierte, so daß in einer späteren Versammlung außerhalb des Betriebes beschlossen wurde, am Montag, den 2. Februar 1976, gleich morgens die Wiedereinstellung des Entlassenen zu fordern. Die Nachtschicht verließ ebenfalls den Betrieb, nachdem ihre 42 Stunden herum waren. Dabei ereigneten sich keine Zwischenfälle.

Am Montag, dem 2. Februar, beantragte der Betriebsrat um 8 Uhr früh eine Zusammenkunft des Vertrauensleutekörpers, um über die möglichen Maßnahmen zu beraten, die Entlassung vom 31. Januar 1976 rückgängig zu machen. Die Betriebsleitung, die dabei sogar die Unabhängigkeit des Vertrauensleutekörpers abstritt, erlaubte diese Zusammenkunft nicht. Die Firmenleitung nahm mit dieser
Die Firmenleitung nahm mit dieser
Haltung die Verantwortung auf sich, über die Stimmung der gesamten Belegschaft, die man unmöglich ignorieren konnte, hinwegzugehen. Um 13 Uhr teilte die Firma fünf Betriebsräten mit, daß sie zum Gewerkschaftshaus gehen könnten, um dort um Rat zu fragen. Diese Kollegen stellten wieder ihren guten Willen unter Beweis und gingen dorthin. Währenddessen war der Rest der Vertrauensleute von ihren Kollegen abgeschnitten, ohne Möglichkeit, sich zu informieren oder an die zu wenden, deren Vertreter sie waren.

Gegen 15 Uhr, nach der offiziellen Mitteilung, daß der Entlassene nicht wieder eingestellt werde, begann einstimmig der totale Streik.

Von da an, fern davon, ihre Bereitschaft zu zeigen, zu verhandeln und nach möglichst annehmbaren Lösungen zu suchen, war die Haltung der Firma die, neue Entlassungen und vorsorgliche Aussperrungen zu verhängen, angefangen beim Betriebsratsvorsitzenden und 16 insgesamt.

Nach diesen Entlassungen, die von allen Beschäftigten als willkürlich angesehen wurden, trat die Frage der Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen an die erste Stelle. Wenn dazu eine gewerkschaftliche Vertretung zum ersten Mal von allen Arbeitern gewählt und unterstützt worden war und sie sofort und auf so eine Weise der Führung beraubt werden soll, so kann die Firma schlecht gültige Gesprächspartner finden, die tatsächlich die Kollegen vertreten. (. . .)

3. Zentraler Betriebsrat – einheitlicher Tarifvertrag. – Wir Arbeiter von Michelin, bewußt, daß Einigkeit stark macht, kamen zum Ergebnis, daß nur die einheitliche Tarifverhandlung aller Michelin-Betriebe in Spanien das Erreichen von Lohnerhöhungen und sozialen Verbesserungen erleichtern würde. Die gewerkschaftliche Vertretung der Betriebe von Lasarte, Vitoria, Aranda de Duero und Valladolid nahm dies auf und begann die Bildung eines Zentralen Betriebsrats zu prüfen, der seinerseits einen einheitlichen Tarifvertrag möglich machen könnte, der für die 11 000 Arbeiter, die Michelin in Spanien beschäftigt, gültig wäre.

Von diesem Augenblick an beginnt die Unternehmensleitung eine wahre Kampagne von Behinderungen und unhaltbaren Argumenten, die die Verwirklichung dieser Forderung verhindern sollte . . . und erklärte, daß jeder Betrieb unabhängig und autonom sei, was die Geschäftsführung und Personalverwaltung betreffe. Diese Darstellung ist unsinnig, ist es doch allen bekannt, daß Michelin, auch wenn es sechs Betriebe in Spanien hat, ein einziges Unternehmen ist, mit einer zentralen Verwaltung und einer zentralen Unternehmensleitung. (. . .)

4. Löhne. – (. . .) Man darf nicht vergessen, daß es eins der Unternehmen mit den höchsten Gewinnen der Welt ist und, das sei noch gesagt, noch von keiner Krise betroffen ist, ist die Forderung nach Lohnerhöhung schon immer eine Forderung der Arbeiter gewesen, besonders da das durchschnittliche Einkommen gegenwärtig vierzehn- bis fünfzehntausend Peseten beträgt (etwa 560 bis 600 DM).

So wurde bei den Lohntarifverhandlungen die Forderung von 6 000 Peseten für alle gleich aufgestellt (etwa 240 DM, umgerechnet auf den Monatslohn), worauf das Unternehmen nicht einging, als es rundheraus ablehnte. Die niederen Löhne und die Weigerung der Firma, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten von einer Kommission von Arbeitern auf der Basis der wirklichen Verbrauchsgüter errechnet würde, stellte uns vor die Notwendigkeit, 8 000 Peseten im Monat (320 DM) für alle gleich zu fordern; eine Forderung, die wir zu jenen nach sozialen Verbesserungen hinzufügten.

5. Standpunkte im Konflikt. – Zuletzt wollen wir darstellen, welche Haltung jeweils von beiden Seiten eingenommen wurde, was uns helfen wird, die ernste Lage, in die wir gekommen sind, besser zu verstehen.

Seit dem zweiten dieses Monats hielten wir in der überdachten Betriebsstraße Versammlungen ab. Diese Versammlungen waren, obwohl sie ein legitimes Recht der Arbeiter sind, bei Michelin undurchführbar geworden. Ständig bemühte sich eine Abordnung des Betriebsrats zu verhandeln, trotzdem, wenn eine Vertretung des Unternehmens zu den Versammlungen kam, dann nur um die Namen der Kollegen bekannt zu machen, die die Liste der Entlassenen vergrößern sollten, wobei sie gleichzeitig ankündigte, daß neue Listen in Vorbereitung wären. (. . .)

Auch wenn das Unternehmen mit der Begründung, die Maschinen könnten beschädigt werden, Bereitschaftspolizei holte, muß man sagen, daß wir ständig die Notwendigkeit der Wartung betonten, um mögliche Unfälle oder Schäden zu verhindern. (. . .)

Gleichzeitig möchten wir unseren Abscheu gegen die Methoden der individuellen Einschüchterung zum Ausdruck bringen, die die Unternehmensleitung angewandt hat, wie z.B. Besuche von Mitgliedern des sogenannten Meisterkörpers bei den Kollegen daheim, wo sie diese und ihre Familien dahingehend einzuschüchtern versuchten, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen sollten, Drohbriefe usw.

Wir hoffen, daß diese Erklärung Licht in die Ursachen und in die Entwicklung dieses Konflikts bringt. Diese Situation ist für niemanden angenehm, und am wenigsten für die Arbeiter, wegen dem, was sie zu einem solchen Zeitpunkt der Krise für unsere wirtschaftliche Lage und den Bestand unserer Familien bedeutet sowie für unsere Würde als Menschen und als Hauptkraft der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes bedeutet.

Im Namen der Versammlung der Arbeiter von Michelin Valladolid (Spanien)
Vom Betriebsratsvorsitzenden unterzeichnet:

Fernando Munoz Montez

Das staatliche Zwangssyndikat befindet sich gegenwärtig in Auflösung. Einerseits haben sich die illegalen comisiones obreras an den Wahlen der untersten Organe dieser Zwangsgewerkschaft, in der Kapitalisten und Arbeiter gemeinsam unter staatlicher Kontrolle zusammengefaßt sind, beteiligt. Diese untersten Vertretungsorgane, die von der Belegschaft und ohne die Unternehmer gewählt werden, haben jedoch keine Befugnisse, Verträge mit dem Unternehmer abzuschließen. Sie sind in dieser Form auch erst seit kurzer Zeit zugestanden worden. Die Arbeiterklasse in Spanien kämpft um die Anerkennung betrieblicher Vertretungsorgane, also von Betriebsräten, um die Vertragsfähigkeit der Betriebsräte und ihre Unabhängigkeit vom staatlichen Zwangssyndikat, dessen Auflösung sie fordert. Da die Arbeiter mit diesen Vertretungsorganen sich Machtpositionen erkämpft haben, gegen die das Zwangssyndikat sich nicht mehr durchsetzen kann, drängen nun auch viele Unternehmer auf Anerkennung von Betriebsräten, um in Streiksituationen überhaupt Verhandlungsmöglichkeiten zu haben und durch Verträge über Lohn und Arbeitsbedingungen Streiks schneller beenden zu können. Zugleich versuchen sie aber die Rechte, die sie zugestehen müssen, klein zu halten, weswegen hier die Michelin-Kapitalisten auch mit Aussperrung antworteten, als ein Gesamtbetriebsrat für alle Michelin-Werke gefordert wurde. Die Arbeiterklasse befindet sich in Spanien auf dem Vormarsch. Sie läßt sich nicht mehr mit Scheinrechten, die nur als Ventil dienen sollen, abspeisen, sondern nutzt jedes Zugeständnis, um ihr Recht zu erkämpfen.

**Spendenkonto:
Frankfurter Sparkasse von 1822, Konto Nr. 312/87845**
(W. Schwertel)

Italien

Imperialisten erpressen Lohnraub

Anfang Januar hatte in Italien die Regierung Moro zurücktreten müssen, weil ihr die „Sozialisten“ die Unterstützung im Parlament entzogen. Letzte Woche hat diese Partei ihren Parteitag abgehalten. Noch diesen Monat werden auch die „Christdemokraten“ ihren Kongreß abhalten. Wenngleich diese Parteitage wichtige Hinweise liefern, welchen Weg die Bourgeoisie einschlagen will, die Weichen werden dort nicht gestellt.

Der Regierung Moro war eine neue, eine Minderheitsregierung Moro, gefolgt. Am 20. Januar hatte Italien seine Devisenbörsen schließen müssen, weil die nationale Reservekasse leer war, und die frisch gebildete Regierung mußte als erstes bei den Imperialisten Westeuropas und der USA um Kredite betteln gehen und sich neue Vorschriften für ihre Politik machen lassen. Bis Rosenmontag mußten die Devisenbörsen geschlossen bleiben. In den 40 Tagen bis dahin ist der Kurs der Lira um etwa 15 % gefallen, Italien ist für die ausländischen Imperialisten billiger geworden.

An den Devisenbörsen handeln die Banken und Konzerne die Währungen des Auslands gegen die des jeweiligen Landes. Jeder Warenhandel mit dem Ausland hat eine Devisenbewegung zur Folge. Der italienische Händler, der in der BRD Bohrmaschinen gekauft hat, muß sich Mark besorgen, um zahlen zu können.

Das Austauschverhältnis der Währungen richtet sich nach den Bedingungen der Produktion und regelt sich im einzelnen nach Angebot und Nachfrage am Devisenmarkt. Könnte der italienische Händler die Bohrmaschine gleicher Qualität billiger in Italien kaufen, so würde er nicht importieren. Wird die Bohrmaschine in der BRD jetzt vorteilhafter gegenüber ähnlichen italienischen Modellen hergestellt, so verkauft der westdeutsche Fabrikant noch mehr an den italienischen Händler. Die Nachfrage nach DM bzw. das Angebot an Lira steigt. Erhöhtes Angebot an Lira bedeutet Fallen ihres Kurses, so wie eine Apfelschwemme die Apfelpreise drückt. Sie ist gegenüber der Mark weniger wert geworden, weil sich die Umstände der Produktion im anderen Land gegenüber dem eigenen relativ verbessert haben.

Dieser Vorgang wird im Imperialismus überlagert und verdeckt durch eine ganze Reihe anderer Transaktionen und Manipulationen, hauptsächlich durch den Kapitalexport. Wenn ein westdeutscher Kapitalist italienische Aktien kauft oder ein italienischer Fabrikant einen Kredit in der BRD borgt, so erfolgen daraus jedesmal Devisenbewegungen.

Soweit bekannt, haben im Januar vor allem US-, aber auch italienische Finanzbourgeois, die mit der politischen Entwicklung unzufrieden waren, ihr Kapital aus Italien abgezogen, um es anderswo besser anzulegen und die Regierung unter Druck zu setzen. Am Devisenmarkt erschien dies so, daß das Angebot an Lira die Nachfrage überstieg, ihr Kurs also sinkt. Gleichzeitig haben italienische Konzerne und die Tochterfirmen ausländischer Konzerne in Italien sich im voraus für ihre Importe mit ausländischer Währung eingedeckt, denn die folgende Abwertung würde für sie den Dollar, die Mark usw. verteuern. Auch dies wirkt sich als sinkende Nachfrage nach Lira und Druck auf seinen Kurs aus.

Die italienische Notenbank versuchte bis zum Januar den Sturz der Lira aufzuhalten. Sie mußte dazu einen Teil der angebotenen Lira aufkaufen. Bezahlen muß sie mit ausländischer Währung aus ihren Devisenreserven.

Nach ein paar Tagen mußte die Notenbank aufgeben, weil die Kasse praktisch leer war.

Die Abwertung der Lira bedeutet für Italien, daß es für alle ausländischen Waren in Zukunft mehr bezahlen muß, alle italienischen Waren werden für das Ausland billiger. Italien muß mehr eigene Waren verkaufen, und bekommt dafür weniger Waren aus dem Ausland. Eine interne Untersuchung des FIAT-Konzerns rechnet damit, daß durch die Verteuerung der ausländischen Waren die Inflation von 14 % letztes Jahr wieder auf 20–21 % steigen wird. (Neue Züricher Zeitung, 19.2.) Die internationalen Ölkonzerne erpressen die Regierung, die staatlich festgesetzten Preise für Benzin und Heizöl zu erhöhen, andernfalls sie den Ölhahn zudrehen.

Um überhaupt wieder Geld in die Devisenkasse zu bekommen, mußte Italien betteln gehen. Schon vor der Lira-Krise betrugen die Auslandsschulden etwa 13 Milliarden Dollar. Selbst seine relativ großen Goldreserven von 11 Milliarden Dollar nutzen dem Land wenig. Da der Goldmarkt von einigen wenigen Imperialisten und Finanzbourgeois beherrscht wird, würde ein Verkauf größerer Goldmengen für kurze Zeit zu raschem Preisverfall des Goldes führen – Italien würde für das Gold weniger erlösen können, als es eigentlich wert ist. Die anderen Imperialisten nutzen dies nach Strich und Faden aus. Die Bundesbank hat jetzt einen Kredit von 500 Millionen Dollar gewährt. Dafür läßt sie sich einen Teil der italienischen Goldreserven als Pfand geben. Dabei wird das Gold nicht zum Marktpreis von gegenwärtig etwas über 130 Dollar je Unze, sondern lediglich zu 120 Dollar bewertet. Italien muß also Gold nicht für 500 Millionen, sondern tatsächlich für 550 Millionen Dollar verpfänden. Die BRD versucht so, das Gold unter seinem Preis an sich zu bringen. Weiter haben der Internationale Währungsfonds einen Kredit von 550 Millionen und die Zentralbank der USA von 750 Millionen Dollar gewährt. Eine Milliarde Dollar Kredit will die EG (Europäische Gemeinschaft) vermitteln. Sämtliche großen Banken der USA, der BRD, Japans und Frankreichs haben sich dazu angemeldet. Der Kredit soll 5 Jahre währen und in dieser Zeit 37,5 % Zinsen kosten. Allein das sind 950 Millionen DM, der Jahreslohn von rund 50000 Arbeitern.

Schon im Dezember wurden Italien bei der Verlängerung einer EG-Anleihe „verbindliche Auflagen für seine Währungs- und Finanzpolitik im Jahre 1976“ gemacht (Frankfurter Allgemeine, 18.2.). Diesmal sind die Minister der EG noch weiter gegangen. Die zu erfüllenden Bedingungen „betreffen diesmal auch die Lohnpolitik“, berichtet die Zeitung „Blick durch die Wirtschaft“ vom 23.2. Dazu sollen die Gewerkschaften „bei all ihrer Autonomie“ direkt zur Unterwerfung erpreßt werden. Anfang März haben die Revisionisten und Christdemokraten in der Gewerkschaftsführung auch schon dienstfertig einer „Verteilung“ der Lohnforderung auf dreijährige Dauer der Tarifverträge zugestimmt. Allerdings wird auch gemeldet, daß die Metallarbeiter „davon nichts wissen wollen“. (Neue Züricher Zeitung, 5.3.)

Die Zinslast und die Verschuldung liefert Italien den Kreditgebern aus. Gleichzeitig muß es seine Einfuhr einschränken, um die Schulden bezahlen zu können. Zwischen der BRD und Italien wurden im letzten Jahr Waren für 33,4 Milliarden DM gehandelt. Damit steht Italien an dritter Stelle der westdeutschen Handelspartner. Die krisenhafte Beschränkung des Handels ist die Kehrseite der imperialistischen Erpresserpolitik.

Im eigenen Land verlangt die westdeutsche Bourgeoisie Unterwerfung der Arbeiterklasse, damit ihre „internationale Konkurrenzfähigkeit“ verbessert würde – um mit dieser „Konkurrenzfähigkeit“ im anderen Land die Unterwerfung der Arbeiter dort zu erpressen.

Den Kredit der US-Zentralbank muß Italien bereits in drei Monaten zurückzahlen, weitere zwei Milliarden Dollar sind im September an die BRD fällig. Damit ist das jetzt demütig erbettelte Geld schon aufgebraucht und reicht nicht mal zur Zahlung der fälligen Zinslast. – (fb)

Über den Klassencharakter der Sowjetunion muß man sich Klarheit verschaffen

„Da die SWAPO (Befreiungsorganisation von Namibia) nicht abgeneigt scheint, sich von der Sowjetunion und Kuba unterstützen zu lassen, wird in der KVZ wohl auch die Hetze gegen die SWAPO losgehen, wie bisher schon gegen die MPLA.“ „In den antikommunistischen Schrei der Bourgeoisie ‚Hilfe, Afrika wird rot!‘ stimmt der KBW schrill und laut ein. Wo in Wirklichkeit die Völker Afrikas auf dem Vormarsch sind, vermag der KBW nur noch ‚sozialimperialistische Einmischung‘, ‚sozialimperialistische Expansion‘ usw. zu sehen.“

Wie man an dem ganzen Durcheinander gleich merkt, stammen die zitierten Sätze aus der Zeitschrift „Arbeiterkampf“. Jeder Leser der KVZ weiß, daß die angebliche Hetze gegen die MPLA eine freie Erfindung des „Arbeiterkampf“ ist. Jedermann weiß, daß die KVZ noch nie die Auffassung vertreten hat, der Vormarsch der Völker Afrikas im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus verdanke sich der Unterstützung der Sowjetunion. Niemand kann auf die Idee kommen, die KVZ hätte die Befreiung Mozambiques, Guinea-Bissaus oder Angolas vom portugiesischen Kolonialismus für ein Werk des Sozialimperialismus gehalten. Es war das Werk der Völker Afrikas und die Völker Afrikas haben dieses Werk im Vertrauen auf die eigene Kraft in jahrelangem bewaffneten Kampf vollbracht. Befreien können sich die Völker nur selber. Das gerade ist die Meinung der KVZ und jedes aufrechten Revolutionärs.

Worauf aber will der „Arbeiterkampf“ hinaus? Sein Angriff gilt folgenden Auffassungen: Solange der Sozialimperialismus nicht durch die Afrikanischen Völker aus Afrika vertrieben ist, kann keine Rede davon sein, daß Afrika rot sein wird. Wer den Befreiungskampf der afrikanischen Völker unterstützt, muß die Einmischung des Sozialimperialismus bekämpfen. Dies ist die Auffassung der KVZ und sie hat sie stets vertreten und nicht erst in ihrer Stellungnahme gegen die Einmischung der Sowjetunion in Angola.

Darin liegt die Differenz: Die KVZ ist der Auffassung, daß die Befreiung der afrikanischen Völker von Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus und die Einmischung des Sozialimperialismus in Afrika sich verhalten wie Feuer und Wasser. Wo es Einmischung der Sowjetunion gibt, kann es einen Vormarsch der afrikanischen Völker nur im Kampf gegen diese Einmischung geben, niemals mit Hilfe dieser Einmischung. Beim Eingreifen der Sowjetunion und der in ihrem Auftrag handelnden kubanischen Truppen in den Bürgerkrieg in Angola handelt es sich um eine flagrante Einmischung in die Angelegenheiten des angolanischen Volkes und der Völker Afrikas. Niemals kann diese Einmischung damit gerechtfertigt werden, daß sich andere imperialistische Mächte ebenfalls eingemischt haben.

Angolas Unabhängigkeit war durch den bewaffneten Kampf des angolanischen Volkes errungen und durch den Vertrag von Alvor gegenüber dem portugiesischen Kolonialismus gesichert. Liegt es nicht auf der Hand, daß die Sowjetunion sich mit keinem anderen Zweck in die inneren Angelegenheiten Angolas eingemischt hat, als den Vertrag von Alvor außer Kraft zu setzen und die Unabhängigkeit Angolas zu zerstören? Das kann man nur begrüßen, wenn man in Wirklichkeit mit dem Vormarsch der afrikanischen Völker nicht viel im Sinn hat, wenn man in Wirklichkeit nicht auf der Seite der Völker steht in ihrem Befreiungskampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus, sondern auf der Seite des Sozialimperialismus in seiner Rivalität mit dem US-Imperialismus.

Kann es eine andere Erklärung für die Bemühungen geben, eine klare Sache durcheinanderzubringen?

Liefert die sozialimperialistische Sowjetunion für den Befreiungskampf eines Volkes Waffen etc., dann tut sie dies nicht im Interesse der Befreiung dieses Volkes, sondern in ihrem eigenen imperialistischen Interesse. Solange die Völker diese Waffen in der Hand behalten, solange ihre Führer den mit den Waffenlieferungen verbundenen Erpressungsversuchen Widerstand leisten, dienen die Waffen nicht den imperialistischen Interessen der Sowjetunion, sondern dem Befreiungskampf der Völker.

Meist stellt die Sowjetunion die Waffenlieferungen dann ein. Auch die MPLA kann davon ein Lied singen. Vor dem Sieg im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus hat die Sowjetunion kaum Waffen geliefert. In den letzten Jahren hatte sie die Waffenlieferungen fast ganz eingestellt. Ägypten hat die Sowjetunion sofort die Waffen verweigert als es im Oktoberkrieg von diesen Waffen selbständig Gebrauch machte. In Kambodscha hat die Sowjetunion nicht die Befreiungsbewegung unterstützt, sondern das Lon-Nol-Regime. In Zimbabwe unterstützt die Sowjetunion nicht die ZANU, sondern die Nkomo-Fraktion. Die Revisionisten singen ein hohes Lied auf „Entspannung“ und friedlichen Übergang. Die ZANU diffamieren sie in ihren Zeitungen. Was die Sowjetunion jetzt machen wird, nachdem das „Entspannungsmanöver“ geplatzt ist und sich Nkomo vollständig isoliert hat, wird man sehen. Stets kennt der Sozialimperialismus nur ein Prinzip: Wie kann er Fuß fassen und die Reichtümer fremder Völker in die Hand bekommen.

Jetzt, als es für die Sowjetunion darum ging, die kaum errungene Unabhängigkeit Angolas und den Vertrag von Alvor, der die Unabhängigkeit sicherte, zu zerstören, hat sie nicht nur Waffen geliefert, sondern auch Menschen. Die Menschen lieferte sie deshalb gleich mit, damit die Waffen in ihrer Hand bleiben. Das hat sie vom US-Imperialismus gelernt, dessen „Berater“ in der ganzen Welt berüchtigt sind. Damit ihre schmutzigen Absichten nicht allzu offen liegen, hat die Sowjetunion statt russischer vorwiegend kubanische Soldaten nach Angola geschickt. Das ist nur ein fauler Trick, um die Weltöffentlichkeit hinters Licht zu führen und die Kriegslast auf andere Schultern zu legen. Bereits Chrustschow hat die Kubaner in ein politisches Abenteuer hineingezerrt, als er Atomraketen nach Kuba verbrachte und dann unter Mißachtung der kubanischen Souveränität amerikanische Kontrollen über ihren Abtransport zuließ. Mit seiner Einmischung in Angola hat der Sozialimperialismus Kuba in ein neues Abenteuer hineingezogen und diesmal direkt auf Kosten des angolanischen Volkes und seiner Unabhängigkeit. Was soll man davon halten, wenn die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ folgende Hymne auf die sowjetische Einmischung zustimmend veröffentlicht:

„Der MES (portugiesische ‚Links'organisation) meint, daß die militante Hilfe des kubanischen Volkes für den antiimperialistischen Kampf der MPLA eine neue Phase des proletarischen Internationalismus eröffnet, indem sie die Beziehungen zwischen Staaten überwindet und eine neue historische Dimension annimmt, die mit Klarheit die Solidarität zwischen den Kämpfen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung in irgendeinem Teil der Welt annimmt. . . .“ Dieses trotzkistische Gefasel dient ausschließlich dazu, den sozialimperialistischen Drahtzieher dieser „neuen Phase des proletarischen Internationalismus“, in der es keine nationale Souveränität und keine staatliche Unabhängigkeit mehr gibt, zu decken. Dabei wird die sozialimperialistische Theorie der „begrenzten Souveränität“ noch übertroffen und die ganze Welt zum Interventionsgebiet des sowjetischen Sozialimperialismus erklärt, sofern diese Intervention nur durch Kubaner durchgeführt wird und durch Phrasen verhüllt wird. Im übrigen arbeitet diese Geringschätzung der nationalen Souveränität und staatlichen Unabhängigkeit unter dem Deckmantel des proletarischen Internationalismus nicht nur dem Sozialimperialismus direkt in die Hände, sondern erleichtert auch die Lügengeschichten der imperialistischen Bourgeoisie, die selbstverständlich die sozialimperialistische Einmischung in Angola und die Anwesenheit kubanischer Truppen zum Anlaß nimmt, nun die Befreiungskämpfe gegen ihre Herrschaft auf sozialimperialistische Intervention und kubanische Truppen zurückzuführen. Die Intervention des Sozialimperialismus in Angola erleichtert die Interventionsvorbereitungen des US-Imperialismus und seiner Verbündeten in Zimbabwe oder anderswo.

Um den Imperialismus zu bekämpfen, muß man jede imperialistische Einmischung bekämpfen. Die Trotzkisten verschiedener Couleur in Europa aber schwafeln etwas von „neuer Phase des proletarischen Internationalismus“, um Verwirrung zu stiften und die Befreiungskämpfe der Völker und die Solidarität mit diesen Kämpfen zum Spielball des Hegemoniestrebens der Supermächte zu machen. Das wird ihnen nicht gelingen.

Verherrlichen diese Helden die verstärkte Einmischung der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten anderer Völker und Staaten als neue „Phase des proletarischen Internationalismus“, so lassen sie ihre Angriffslust vor allem an den Staaten aus, die sich gegen die Einmischung des Sozialimperialismus wehren und sich von ihm bedroht fühlen. Seltsame Antiimperialisten müssen das sein, die mit starken Worten gegen Mobutu und Kaunda zu Felde ziehen und diese beschimpfen, wie sie früher Ghaddafi als Faschisten beschimpft haben, die Einmischung der Sowjetunion aber für fortschrittlich halten.

Sie predigen Einheit, wo es auf den Bruch mit dem Sozialimperialismus ankommt. Und sie predigen Spaltung, wo es auf die Einheit gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus ankommt. Ihr Haß richtet sich gegen Mobutu, Kaunda, FNLA und UNITA. Gegenüber dem Sozialimperialismus dagegen entwickeln sie das Bewußtsein von Klienten und finden es großartig, „sich von der Sowjetunion und Kuba unterstützen zu lassen“, wo die Sowjetunion Waffen und Menschen im Austausch für politische Selbständigkeit handeln will. Das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft und der Einheit der Dritten Welt gegen Imperialismus und das Hegemoniestreben der Supermächte wird sich jedoch durchsetzen, denn anders können sich die unterdrückten Völker nicht befreien. Befreiung und nicht neue Abhängigkeit ist das Ziel ihres Kampfes.

Der „Arbeiterkampf“ scheut vor keiner Dummheit zurück, um den KBW mit Dreck zu beschleudern. So schreibt er z.B.: „KBW und Imperialisten werden sich aber wohl oder übel daran gewöhnen müssen, daß sie alle beide in Afrika nicht mehr fest im Sattel sitzen!“ Der Witz mag ausreichen, damit am Stammtisch einiger hanseatischer Krämerseelen ein bißchen Stimmung aufkommt. Er wird ernsthaft Menschen jedoch kaum davon ablenken können, daß der „schonungslose“ Kampf der Zeitschrift „Arbeiterkampf“ gegen die Auffassungen des KBW Hand in Hand geht mit einer äußersten Schonung und Tarnung der Revisionisten und des Sozialimperialismus. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ äußert sich selten über die Sowjetunion. In einer ihrer seltenen Äußerungen schreibt die Zeitschrift, daß die Sowjetunion „kein sozialistischer Staat“ sei, „vielmehr in ihrer Außenpolitik selbst imperialistische Züge angenommen“ habe (Arbeiterkampf 65 / August 75). Was ist die Sowjetunion denn nun, wenn sie kein sozialistischer Staat ist und in ihrer Außenpolitik imperialistische Züge angenommen hat? Darauf sollte die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ gelegentlich einmal eingehen.

Nur wenn man sich über den Klassencharakter der heutigen Sowjetunion Klarheit verschafft und über ihre Rolle in der Welt, kann man sich Klarheit über die Widersprüche in der Welt verschaffen. Die Politik der Zeitschrift „Arbeiterkampf“, und es handelt sich trotz allem um Politik und nicht nur um Pornographie, lebt vom Ungefähren und von Zweideutigkeiten in dieser theoretischen Frage.

In der Praxis führt sie zur Rechtfertigung des Sozialimperialismus. (js)

Neues Spiel aus Hamburg:

„Bäumchen wechsel dich“ oder „Blinde Kuh in der Lohnbewegung“

Am 1. März findet sich die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ mit der Forderung nach 135 DM ab und schreibt: „. . . so ist doch klar, daß jetzt dafür eingetreten werden muß, daß bei 135 DM abgeschlossen wird.“ Weiter heißt es: „Resolutionen, Anträge und entsprechende Beschlüsse an die ÖTV-Führung sowie auch einheitliche Demonstrationen aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten – wie in einzelnen Bereichen gefordert – können geeignete Mittel sein, die Forderung der Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck zu bringen und die Kampffront gegen die ‚Krisenpolitik‘ des bürgerlichen Staates einen Schritt voranzubringen.“

Am 21. Januar hat es noch geheißen: „Mit der Aufstellung der 135 DM Forderung wurde von den Gewerkschaftsführern ein an sich richtiges Prinzip (lineare Lohn- und Gehaltserhöhungen zu fordern), für das die Kommunisten und zunehmend mehr klassenbewußte Gewerkschafter beharrlich eintreten und das die DGB-Oberen bzw. ihre Gefolgsleute bisher immer verbissen bekämpft haben! - in sein Gegenteil verkehrt.“

Nimmt man den Kommunistischen Bund (Nord) beim Wort vom 21. Januar, so tritt er somit am 1. März dafür ein, ein „an sich richtiges, aber in sein Gegenteil verkehrtes Prinzip“ – voll durchzusetzen. Am 1. März kann man sogar durch das Eintreten für dieses „an sich richtige, aber in sein Gegenteil verkehrte Prinzip“ die „Kampffront gegen die ‚Krisenpolitik‘ des bürgerlichen Staates einen Schritt voranbringen“.

Verbrecher überführt man durch Gegenüberstellung. Bürgerlichen Journalismus durch Gegenüberstellung von Zitaten. Wir halten den Unterschied zwischen der Stellungnahme vom 21. Januar und der vom 1. März für erheblich. Der „Arbeiterkampf“ nicht. Er verliert dazu kein Wort.

Hier wird tatsächlich das an sich richtige Prinzip, nämlich Linienänderungen zu begründen, in sein Gegenteil verkehrt. Die Änderung wird vertuscht. Zu diesem Zweck beruft sich der „Arbeiterkampf“ auf das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Er schreibt von „durchaus anders lautenden Kommentaren vor einigen Wochen“ im „Spiegel“, als es dort noch geheißen habe, daß die Regierung mit „ ‚Wohlgefallen . . . die Verzichtstrategie der Gewerkschaften sehe und sogar nicht mit Anerkennung sparte‘ - zitiert nach Spiegel 53/75“

Über die „anderslautenden“ Kommentare im „Arbeiterkampf“ wird kein Wort verloren. Das ist ein beliebter Journalistentrick.

Wir begrüßen es, daß der „Arbeiterkampf“ sich unserer seit dem frühen Herbst vertretenen Auffassung anschließt, daß das Eintreten für eine solche Forderung „die Kampffront gegen die ‚Krisenpolitik‘ des bürgerlichen Staates einen Schritt voranbringen“ kann. Wir möchten darüber aber nicht in Vergessenheit geraten lassen, daß der „Arbeiterkampf“ vom 21. Januar noch mit folgenden Worten zu dieser Linie Stellung bezogen hat:

„Sogar dem Kanzler Schmidt hat der KBW schwer eine ausgewischt: ‚Wenn er bemerkt, wie sehr ihm die Arbeiterklasse damit in die imperialistischen Träume spuckt (!), wird er wild (!) werden.‘ “

Der Irrtum, die 135 DM seien eine Forderung des Ausgleiches, der Versöhnung und der Abstumpfung von Widersprüchen, wurde nicht vom „Arbeiterkampf“ erfunden. Die bürgerlichen Pressestimmen, z.B. im „Spiegel“, die diesem Irrtum folgten und in deren Kielwasser der Kommunistische Bund (Nord) die obige Einschätzung mit zwei (!) geschmückt hat, gab es tatsächlich.

Folgerichtig gab es auch den Umschwung der Pressestimmen, der in der KVZ vorhergesagt wurde, was wir nie für eine Kunst gehalten haben. Auf seiten der Bourgeoisie wurde die Korrektur des Irrtums durch die objektive Entwicklung der Widersprüche besorgt. Das ging flott, denn der Irrtum, von der Kassenbelastung der öffentlichen Haushalte auszugehen, die bei einer 135-DM-Forderung ja niedrig ist, anstatt von der Preisbildung für das teure Gut Arbeitskraft, wo 135 DM gegenwärtig viel sind, ist für die Bourgeoisie einsichtig.

Dem „Arbeiterkampf“ hingegen mußte erst in der Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf“ vom 15. Februar nachgewiesen werden, daß es falsch ist, die Preisbildung der Ware Arbeitskraft aus der „Teuerungsrate“ auszurechnen und zu übersehen, daß die Tendenz des Lohnsystems nicht auf „satte Arbeiter“, sondern auf absolute Verelendung gerichtet ist, welcher Tatsache bloß durch Kampf und Zusammenschluß entgegengewirkt werden kann.

Jetzt, am 1. März, gibt der „Arbeiterkampf“ zu, daß man die „Kampffront gegen das Krisenprogramm“ durch Eintreten für diese Forderung voranbringen kann. Ist der „Arbeiterkampf“ der Meinung, daß er damit etwas anderes sagt als von uns in jenem ausrufungszeichengeschmückten Zitat gesagt wurde? Glaubt der „Arbeiterkampf“, es gebe keinen Zusammenhang zwischen dem „Krisenprogramm“ und den „imperialistischen Träumen“ des Kanzlers Schmidt? Wir meinen, es gibt einen engen Zusammenhang. Wenn der „Arbeiterkampf“ darauf verzichtet hätte, unsere Meinung anstatt mit Argumenten oder Beweisen mit zwei (!) zu kritisieren, wär' ihm das vielleicht schon früher aufgegangen.

Ansichten, wie er sie jetzt teilt, hat der „Arbeiterkampf“ im Januar noch als „frivoles Spiel von Narren“ oder aber „schmutziges Handwerk geschulter Provokateure“ gefaßt.

In „Kommunismus und Klassenkampf“ vom Februar haben wir, nachdem festgestellt wurde, daß die Linie der Zeitschrift „Arbeiterkampf“ zur Lohnbewegung im öffentlichen Dienst aus vorwiegend bürgerlichen Gedankengängen besteht, zu den Regeln des „Arbeiterkampf“-Spiels „Bäumchen wechsel dich“ bemerkt: „Die Redaktion hat aber schon vorgesorgt. Die Äußerungen werden einem Komitee Öffentlicher Dienst/KB Gruppe Hamburg in die Schuhe geschoben, das keiner kennt und das sich nicht gut wehren kann.“

Prompt wird die „anderslautende“ Stellungnahme vom 1. März von einer „Kommission ÖTV / KB Gruppe Hamburg“ unterzeichnet. Damit der Widerspruch nicht offensichtlich werden soll. Und für den Fall der Fälle hat man das „Komitee Öffentlicher Dienst“ als Sündenbock präpariert.

Ihr lieben Freunde vom „KB Gruppe Hamburg“, mit solchen ausgeschlabberten Methoden bürgerlichen Journalismus' werdet ihr nicht durchkommen. Die Berufsgeheimnisse des bürgerlichen Journalismus, nach denen ihr wirkt, werden von uns nicht gedeckt, wir benötigen sie nicht. Das geht euch an die Nerven. Das mag der Grund für folgende Bemerkung, ebenfalls im „Arbeiterkampf“ vom 1. März, sein:

„Welche verlumpte Mentalität aber hinter den Lügen des KBW steht, demonstriert schlagend ein gewisser f. in der KVZ vom 19.2.76. Er gerät ins Entzücken über die bürgerliche Propaganda, die nachträglich mit ihren Märchen den Zweiten Weltkrieg noch gewinnen will, und schreibt: ‚Es ist eine Lüge, der man den Respekt (!), den man (???) unwillkürlich vor Frechheit (!) hat, nicht versagen kann.‘ “

Es ist pikant, daß Leute, die ihre Einschätzung der Klassenkampfsituation nach unfreiwilligem Geständnis aus dem „Spiegel“ abgeschrieben haben, sich aufregen, wenn eine typische Methode des bürgerlichen Journalismus entlarvt wird. Etwas in die Welt setzen, eine Tatsachenbehauptung aufstellen, die nicht zutrifft, nach der Methode „Es bleibt immer etwas hängen“ vorgehen, auf jeden Fall Verwirrung stiften, so verbreitet die bürgerliche Presse Unsicherheit. Sie setzt darauf, daß man selbstverständlich an seinen Anschauungen unwillkürlich irre wird, wenn schlicht irgendwo das Gegenteil behauptet wird. Sie setzt darauf, daß Lügen nicht kurze, sondern lange Beine haben, wenn man sich ihnen gegenüber „unwillkürlich“ und nicht bewußt verhält und alles überprüft. Worin mögen die Gründe bestehen, die den „Arbeiterkampf“ bewegen, diese Enthüllung über Methoden bürgerlichen Journalismus' wieder zuzudecken? Stört sie ihn vielleicht beim Spielchen „Bäumchen wechsel dich“? – (mf)

Erfolgreiche Unterschriftensammlung im Wahlkreis Ettlingen

Der Wahlkreis Ettlingen ist ein ländlicher Bezirk in der Nähe von Karlsruhe. Der KBW arbeitet seit eineinhalb Jahren mit einer Zelle in Rheinstetten (20 000 Einwohner). Wie die Unterschriftensammlung für die Kandidatur des KBW genutzt wurde, um die kommunistische Agitation und Propaganda zu verbreiten, und daß sie in die Arbeit der Zelle einbezogen wurde, zeigt der folgende Bericht über die Sammlung in Ettlingen.

„Vom 15. Februar bis 1. März machten wir fast jeden Tag Stände in der Stadt, auf denen die Abschaffung des Paragraphen 218 gefordert wurde, die Maßnahmen der Reaktion in Stuttgart im neuen Schulgesetz angegriffen wurden und zur Unterstützung der Kandidatur des KBW aufgerufen wurde. Wahlaufrufe des KBW wurden verteilt, etwa 15 KVZ pro Woche verkauft und 10 Programme und etwa 30 Wahlbroschüren.

Die Stände stießen auf großes Interesse, Leute kamen und wollten den Unterschied zwischen der DKP und dem KBW wissen, es entzündeten sich Diskussionen über unsere Parole im Wahlaufruf „Aufhebung des Privateigentums, nieder mit dem Lohnsystem!".

Soviel Wirkung erzielte der Agitationsstand, daß der Oberbürgermeister persönlich kam, um die Entfernung des Standes anzordnen. Auf einer Wandzeitung griffen wir den Polizeiüberfall und seine Grundlage, das KPD-Verbot, an, in dem kommunistische Agitation und Propaganda generell verboten ist, und daß durch das KPD-Verbot dem ganzen Volk ein Maulkorb umgehängt werden soll. In den Diskussionen vor der Wandzeitung stimmten viele der Forderung „Weg mit dem KPD-Verbot" zu. Ein weiterer Räumungsversuch wurde verhindert.

So sind wir im Aufbau einer organisierten Arbeit in Ettlingen ein gutes Stück vorangekommen. 310 Menschen unterschrieben die Unterschriftenliste. In dieser Woche beginnt ein KVZ-Leserkreis. Ein Kranführer, der durch unser Auftreten neuen Mut geschöpft hat, übergab uns einen Brief, der mit dem Satz endet: „Genossen, spuckt euch in die Hände, mit dem Kapitalismus geht's zu Ende."

Was die Reaktion vorhat: Imperialistische Aggression gegen die Völker der Dritten Welt

Brandt (zitiert nach „Die Welt" vom 8. März): „Frieden durch Stärke, sagt der amerikanische Präsident, das stimmt. Wir müssen stark sein, um den Frieden über Europa sicherer zu machen."

Strauß in Mannheim

„Mit seiner kürzlichen Äußerung, Angola habe doch nichts mit Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu tun, sei die ‚Kleinkariertheit, Engstirnigkeit, begrenzte Horizontfähigkeit' von Bundeskanzler Schmidt – der offensichtlich nicht in kontinentalen Verhältnissen denken könne – aufgedeckt worden." (Mannheimer Morgen, 8. März)

Ausplünderung des Volkes

Strauß in Mannheim (Mannheimer Morgen, 8. März): „Die Bundesbürger müssen entweder auf absehbare Zeit höhere Steuern und steigende Sozialabgaben aufbringen oder eine drastische Senkung der öffentlichen und sozialen Leistungen hinnehmen, ‚einen dritten Weg gibt es nicht'."

Schmidt in Karlsruhe, konfrontiert mit der Forderung nach Erhöhung des BAFöG auf 600 DM:

„Schmidt wettert gegen ‚die viel zu langen Studienzeiten' und meint, 380 DM als Beihilfe ‚sind doch sehr viel', denn er selbst habe nach dem Kriege ‚nur sieben Semester und ohne jeden Zuschuß studiert'." (Frankfurter Rundschau, 8. März)

Lohnkürzung und Bemächtigung der Versicherungskassen

Strauß (Mannheimer Morgen, 8. März): „Und wer beispielsweise in Kenntnis der finanziellen Situation verspricht, daß es bei den derzeitigen Rentenversicherungsbeiträgen bleibt, der ist ein Lügner!"

Unterdrückung des Volkes durch Anwendung des KPD-Verbots

Biedenkopf in Heidelberg, konfrontiert mit Sprechchören für den Sozialismus:

„Ich bin froh über das KPD-Verbot." (Heidelberger Tageblatt, 8. März)

Filbinger in Freiburg:

„Die Tatsache, daß diese Kommunisten so groß werden konnten", gehe auch auf das Konto der Bonner Regenten. (Frankfurter Rundschau, 8. März)

Kanzler Schmidt fiel zu Sprechchören auf der Großveranstaltung in Stuttgart nichts anderes ein:

„Und den Maoisten vom KBW sage ich, sie sollten doch in ihr Musterländle nach China gehen."

Wahlsendung des KBW

Donnerstag, 11. März, 19.55 Uhr
Erstes Programm, Regionalprogramm Baden-Württemberg

Baden-Württemberg:

Die Landtagswahl für einen Propagandafeldzug nutzen!



Agitationsstand des KBW in Mannheim. Diese Stände müssen ständig gegen Polizeiüberfälle verteidigt werden.

Freiburg:

Die Jubelfeier der Reaktion mißlang

Trotz massiven Polizeieinsatzes konnte es der CDU-Reaktion in Freiburg nicht gelingen, ihre Hetze gegen die Arbeiterbewegung und die Volksmassen vorzutragen.

„Filbinger: Das Land bleibt weiter ein Hort der Demokratie", berichtet die „Badische Zeitung" in Freiburg.

Was sie unter dem Hort der Demokratie verstehen, machen sie in ihren Reden deutlich: Die Arbeiterjugend soll durch Sonntagsarbeit ausgebeutet werden. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst besitzen noch zuviel Rechte, die Arbeitshetze ist noch zu gering. Die Betriebe müssen entlastet werden, die Löhne und die Sozialleistungen müssen gekürzt werden.

So trugen sie es in ihren Reden vor und hatten alle Vorbereitungen getroffen, daß sie dies unwidersprochen tun können. Durchgekommen sind sie damit nicht.

Sofort, als sie die Halle betraten, erwartete sie ein Pfeifkonzert. Sprechchöre empfingen sie, Transparente wurden entrollt. „Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Es lebe der Sozialismus!", dieser Sprechchor erscholl in der Halle. Wörner, Kriegsminister der vorgesehenen CDU-Regierung, wurde von einem Ei getroffen und mußte das Jackett wechseln. Auf Transparenten wurden den Reaktionären Losungen des Volkes entgegengehalten: „Filbinger, du Landesfürst: paß auf, sonst wirst du weggekürzt!" „Weg mit dem § 218 – Volksentscheid!" „Filbinger, du kommst nicht durch, das KKW wird nicht gebaut!".

Nachdem ihr Trimphzug durch die Stadthalle so gründlich mißlang, versuchten die CDU-Ord-
so gründlich mißlang, versuchten die CDU-Ord-
ner zu retten, was zu retten war, um der Reaktion ein ruhiges Publikum zu schaffen. 200 Leute konnten sie aus dem Saal treiben.



Kohl und Filbinger in Freiburg

Doch hatten Filbinger und Kohl noch immer keine Ruhe, um ihr Programm der Reaktion zu verbreiten. Trotz der weiter folgenden Polizeieinsätze bildeten sich immer wieder Gruppen, durch Sprechparolen wurde die Hetze der Reaktionäre beantwortet. Auf die chauvinistische Hetze, sich Interventionsmöglichkeiten in Polen zu erhalten, wurde geantwortet: „Kriegstreiber!"
zu erhalten, wurde geantwortet: „Kriegstreiber!"
Auf ihre Verlangen, die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu beseitigen, erscholl die Parole: „Weg mit dem Schieß-Erlaß! Weg mit dem KPD-Verbot!"

Nun versuchte Kohl in die Offensive zu kommen und brachte nur seine Furcht vor dem Sozialismus zum Ausdruck: „Wir können hier sehen, was uns ins Haus steht, wenn derartiger kommunistischer Pöbel die Herrschaft übernimmt." Schon immer hat die herrschende Klasse die unterdrückten Massen, wenn sie sich zur Wehr setzen, als Pöbel bezeichnet. Mit Schrecken wird er daran gedacht haben, daß Schluß mit allen parasitären Existenzen ist, wenn die Arbeiterklasse den von ihr produzierten Reichtum selbst in die Hand nimmt und sich ihn nicht mehr die Bourgeoisie und ihr Lumpenpack aneignen kann.

Als durch die CDU zum Schluß das Deutschlandlied angestimmt wurde, übertönte es die Internationale, das Lied der Arbeiterklasse, in deren letzter Stophe es heißt: „Diese Welt muß unser sein!"

Ein Arbeiterehepaar zur Wahl

Man muß gegen das Grundübel vorgehen ...

Warum werdet ihr dem KBW bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg die Stimme geben?

F.: Ich sag das ganz kurz: Weil's den Interessen von uns entspricht, daß ihr euch für das normale Volk einsetzt, für die Arbeiter und so.

Du hast mir mal erzählt, daß du und dein Mann vorher nicht gewählt habt, daß ihr euch vorher nie an bürgerlichen Wahlen beteiligt habt. Warum habt ihr euch nicht beteiligt und warum wollt ihr dieses Mal wählen?

F.: Also ganz ehrlich, ich hab das jetzt das erste Mal mitgekriegt, daß eine Partei da überhaupt einen Stand macht oder sowas ... Normal hab ich das noch nicht gesehen, daß sich eine Partei mit der Bevölkerung in Verbindung setzt und die erst mal fragt, verstehst, nach unserer Meinung, nach der Meinung eben des Volkes. Bisher habe ich nur gesehen, daß Parteien über unseren Kopf hinweg entscheiden. Wir können hingehen und wählen, aber daß da was von abhängt von unserer Meinung, das habe ich bisher noch nicht festgestellt.

Früher hab ich mich nicht für so Sachen interessiert, weil auch gar nichts auf uns zugekommen ist. Und wenn ich mir's im Fernsehen angeguckt hab, da hab ich's ein paar Minuten angehört und dann hab ich's wieder ausgeschaltet.

Und wie bist du auf den KBW gestoßen?

F.: Durch die Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung, zufällig halt in der Stadt. Dann bin ich mitgegangen mit Kinderwagen und den Kindern.

Ihr habt selbst unterschrieben auf unseren Listen zur Zulassung zur Landtagswahl, und dann hast du (der Mann) viele Unterschriften gesammelt in deinem Bekanntenkreis. Kannst du ein bißchen erzählen, wie du diese Menschen gewonnen hast?

M.: Die hab ich direkt angesprochen. Ich hab gesagt: Hör zu, der KBW braucht Unterschriften zur Zulassung zur Landtagswahl. Wie sieht's aus? Hast du was dagegen, wenn einer von denen im Landtag wäre? Und da ham' die gesagt: Nee. Und manche, die gefragt haben: Was ist denn das überhaupt?, denen hab ich es erklärt: Der KBW ist eine kommunistische Partei, und die verfolgt eben Ziele, die für den Arbeiter sind, und die versuchen eben das zu ändern, was z.B. Fahrpreiserhöhungen belangt. Grad zu der Zeit bringen die zum Beispiel Fahrpreiserhöhungen, wo Arbeitslose genug da sind und wo jeder seinen Pfennig braucht, net? Ich hab gesagt: Diejenigen sind das, die du manchmal gesehn hast in der Stadt, wenn die rumgegangen sind mit Schildern usw. und ham gesagt: Stop Fahrpreiserhöhungen oder stop Wassergeld und was nicht alles. Dann ist es wohl für dich nicht schwer, wenn du da unterschreibst.

Also die Entscheidung zum Unterschreiben hat sich dann festgemacht an bestimmten Aktionen, die wir gemacht haben, zu denen die Leute gesagt haben, das ist eine richtige Sache.

M.: Weil ich ja nicht viel wußt', hab ich halt so Sachen rausgepickt, wo ich wußt – selbst wußt –, daß es für eine Sache ist, die richtig ist.

Und das ist auch für euch der Grund, warum ihr jetzt mitmacht z.B. gegen den § 218, weil ihr für dessen Beseitigung seid aufgrund eurer Lage?

M.: Nicht nur wegen dem § 218. Da sind verschiedene Sachen auch noch. Zum Beispiel, was der Adenauer gesagt hat: „Lieber baue ich Gefängnisse von hier bis nach Rom, bevor ich einen begnadige."

Könnt ihr noch Beispiele nennen, wo wir eurer Meinung nach eine richtige Politik machen, bzw. Ziele unserer Politik nennen, die ihr für richtig haltet?

M.: Das eine, was ich noch meine – und das ist tatsächlich auch der Fall – das ist, daß sich der Kapitalist am Arbeiter bereichert, und daß man da etwas dagegen unternimmt. Daß sie nur für sich wirtschaften, und der Arbeiter, der steht ewig für die da, der muß für die dastehen, wenn nicht ... Jetzt hat der Kapitalist sogar noch eine große Auswahl, er kann sich aussuchen, was er braucht und wen er will an Arbeitern. Da kann er sogar gute Leut, die ihm aber nicht passen, weil sie ihm die Meinung sagen, die kann er entlassen. Es sind ja genug da, die kann man sich ja raussuchen. Und da muß unbedingt was dagegen gemacht werden. Das ist das Grundübel.

Was hast du für Vorstellungen, wie man das ändern kann und wer?

M.: Wie ein Geschwür muß man's wegmachen. Im Moment ist noch keiner stark genug, um das zu machen.

Schaust du dabei auf eine Partei oder auf einen „starken Mann"?

M.: In dem Fall ist ja das Volk für zuständig. Und da würd ich sagen, da müßten wir eben das Volk so weit bringen – und das ist ja der KBW, der versucht es ja zu überzeugen – da müssen wir halt so lang weitermachen, bis eben die Leut so weit sind, daß sie denen mal richtig Zunder geben. Dadurch, daß die Bevölkerung mehr diskutiert über die Lage und über euch, da merken die da oben ja auch schon, daß ihr Stuhl nicht mehr so steht. Die sagen, die radikale Partei lassen wir nicht zu bzw. die muß weg.

Das ist doch schon eine Provokation, wenn die kommen und tun eine Demonstration dadurch provozieren, indem sie bewaffnete Polizei von oben bis unten ans Ende der Straße hinstellen, mit Schlagstöcken, mit Schutzschilden, mit Kopfschutz usw. Das ist doch ein Beweis dafür, daß von denen die Gewalt ausgeht. Die sagen, wir wollen keine Radikale, dabei tun sie selber alles radikal niederknüppeln, was nicht für sie ist.

F.: Mit Gewalt laß ich mir nichts aufzwingen. Die soll wählen wer will, aber nicht ich. Die sind ja so, daß sie sich gar nicht mit dir unterhalten. Die fragen nicht, warum bist du gegen den § 218, hast du 12 Kinder oder 5 und warum. Die hauen nur zu. (Mannheim)